

LANDESHAUPTSTADT



Jahresabschlussbericht



für das Geschäftsjahr 2014

www.wiesbaden.de

Jahresabschluss 2014

Jahresabschluss 2014

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
1. Jahresabschluss	6
1.1 Vermögensrechnung	7
1.2 Ergebnisrechnung Wiesbaden und AKK	9
1.3 Finanzrechnung	10
2. Rechenschaftsbericht	11
2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen	11
2.2 Entwicklung der Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen	12
2.3 Strategien und Ziele	13
2.4 Haushaltsplan 2014	14
2.5 Ergebnissituation	15
2.5.1 Entwicklung der Ergebnisrechnung über fünf Jahre	15
2.5.2 Die Ergebnislage der Landeshauptstadt Wiesbaden im Plan-Ist Vergleich	23
2.6 Erläuterung der Plan-Ist-Abweichungen in den Dezernaten einschließlich bedeutsamer Investitionen, Aufgabenschwerpunkte	25
2.6.1 Dezernat I	26
2.6.2 Dezernat II	29
2.6.3 Dezernat III	34
2.6.4 Dezernat IV	38
2.6.5 Dezernat V	43
2.6.6 Dezernat VI	46
2.6.7 Dezernat VII	49
2.6.8 Allgemeine Finanzwirtschaft	54
2.7 Entwicklung der Finanzlage	55
2.8 Entwicklung der Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	59
2.9 Chancen	61
2.10 Risiken	62
2.11 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres 2014 sowie Ausblick	68
2.12 Erklärung zu den verwendeten Kennzahlen	70
3. Anhang/ Erläuterungen zum Jahresabschluss	71
3.1 Erläuterungen zu Posten der Vermögensrechnung	71
3.1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	71
3.1.2 Sachanlagevermögen	72
3.1.3 Finanzanlagen und sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	78
3.1.4 Umlaufvermögen	82
3.1.5 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	86
3.1.6 Eigenkapital	87
3.1.7 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge	87
3.1.8 Rückstellungen	88
3.1.9 Verbindlichkeiten	90
3.1.10 Passive Rechnungsabgrenzungsposten	93
3.2 Erläuterungen zur Ergebnisrechnung	94
3.2.1 Allgemeine Erläuterungen zur Ergebnisrechnung	94
3.2.2 Restmittel und Überleitungen	94
3.2.3 Ergebnisverwendung	94
3.3 Erläuterungen zur Finanzrechnung	95
3.3.1 Einleitung	95

Jahresabschluss 2014

3.3.2	Erläuterungen der erheblichen Unterschiede ... Fehler! Textmarke nicht definiert.	
3.4	Übersicht über die Investitionen und Instandhaltungen inkl. Überleitungen	97
3.4.1	Übersicht über die fünf größten Investitionsmaßnahmen.....	98
3.4.2	Erläuterungen zu Investitionen und Instandhaltungen	99
3.5	Rechtliche Grundlagen.....	99
3.6	Organe und Vertretungsbefugnis.....	100
3.7	Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen	103
3.8	Haftungsverhältnisse.....	104
3.9	Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen.....	105
3.10	Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	107
4.	Tabellenteil	111
4.1	Anlagenspiegel (in Tsd. €).....	112
4.2	Forderungsspiegel	113
4.3	Verbindlichkeitspiegel	113
4.4	Eigenkapitalsspiegel	114
4.5	Rückstellungsspiegel	115
4.6	Übersicht über die fremden Finanzmittel	116
4.7	Teilergebnisrechnung Wiesbaden	117
4.8	Teilergebnisrechnung AKK.....	118
4.9	Teilergebnisrechnungen der Dezernate Wiesbaden und AKK	119
4.10	Budgetabschluss Investitionsmaßnahmen	127

Jahresabschluss 2014

Vorwort

Die Landeshauptstadt Wiesbaden legt ihren Abschluss für das Jahr 2014 vor.

Im abgelaufenen Jahr konnte die Landeshauptstadt Wiesbaden erneut von der guten Konjunktur profitieren. Einmaleffekte an Steuererträgen, wie im Vorjahr, waren jedoch nicht zu verzeichnen.

Mit besonnenem Wirtschaften konnte der Fehlbetrag mit 16,4 Mio. € gegenüber dem Planansatz (21,4 Mio. €, ohne Fortschreibung) um 5 Mio. € unterschritten werden.

In einigen guten Vorjahren konnten auf diese Weise Überschüsse erwirtschaftet werden. Diese Überschüsse werden dazu verwendet, auch in wirtschaftlich schwächeren Jahren das Leistungsniveau der Verwaltung zu halten und damit Schwankungen auszugleichen. Dies ist uns in den vorangegangenen Jahren erfolgreich gelungen. Während andere Kommunen ihre kommunalen Steuern anheben mussten, konnte die Landeshauptstadt Wiesbaden die Steuern bislang konstant halten.

Seit dem Jahr 2014 haben sich die Flüchtlingszahlen zunehmend erhöht. Waren es in Wiesbaden 2014 noch 788 Zuweisungen, werden für 2015 inzwischen mehr als 1.500 Menschen erwartet, die - aus vielen Ländern (u. a. Syrien, Afghanistan, Pakistan, Somalia, Eritrea, Irak) kommend - in Wiesbaden Schutz suchen und sowohl in Gemeinschaftsunterkünften, die über die gesamte Stadt verteilt sind („Wiesbadener Linie“), als auch in Privatwohnungen, untergebracht werden. Besonders wichtig ist dabei die zielgruppenspezifische Arbeit des Sozialdienstes Asyl sowie die große Welle der Hilfsbereitschaft in der Wiesbadener Bevölkerung, die zu einem guten und gelingenden Miteinander - und somit zu einer wahren „Willkommenskultur“ in unserer Stadt - beitragen.

Nach wie vor bilden der Ausbau der Kinderbetreuung und die Schaffung bezahlbaren Wohnraums Schwerpunktthemen, die wir als Investitionen für die Zukunft betrachten. Diesen Weg ging die Landeshauptstadt Wiesbaden mit großen Anstrengungen konsequent weiter. Alleine unsere stadtverbundene Wohnungsbaugesellschaft GWW Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH¹ beabsichtigt bis 2021 200 Mio. € zu investieren, um damit 1200 bis 1300 Wohnungen zu bauen. 370 Wohnungen wurden bereits fertig gestellt und übergeben. 504 Plätze in der Kinderbetreuung in Kindertagesstätten und 415 Plätze in der Grundschulkinderbetreuung wurden 2014 neu geschaffen.

Allerdings stellen alle diese Leistungen der Landeshauptstadt Wiesbaden auch eine dauerhafte Haushaltsbelastung dar, die es langfristig zu finanzieren gilt, entweder durch Priorisierungen innerhalb des Haushalts oder durch die Erhöhung der städtischen Einnahmen.



¹ Im Folgenden GWW

Jahresabschluss 2014

Die bisherige positive Entwicklung ist keine Selbstverständlichkeit, wenn man bedenkt, dass die steuerlichen Hebesätze von Kommunen unter dem Schutzschirm des Landes Hessen teilweise um mehrere Hundert Prozent über denen der Landeshauptstadt Wiesbaden liegen.

Auf unserem sicher weiterhin erfolgreichen Kurs hilft die Erkenntnis, dass Wiesbaden sich als grüne Stadt über viele hohe Bäume freuen kann, dass aber auch diese nicht in den Himmel wachsen. Deshalb werden wir auch in Zukunft mit Augenmaß wirtschaften.



Axel Imholz

Kämmerer

Jahresabschluss 2014

1. Jahresabschluss

Gemäß § 112 der Hessischen Gemeindeordnung² besteht der Jahresabschluss aus

- Vermögensrechnung
- Ergebnisrechnung
- Finanzrechnung

Die Finanzrechnung wird bei der Landeshauptstadt Wiesbaden³ indirekt entsprechend des vorgegebenen Musters dargestellt. Auf die direkte Darstellung wird verzichtet.

In der Ergebnisrechnung wurden Konten, die Zuschüsse betreffen, von der Zeile „Transferaufwendungen“ in die Zeile „Zuweisungen, Zuschüsse und besondere Finanzaufwendungen“ verschoben. Dies gilt auch für die Historie.

² Im Folgenden HGO

³ Im Folgenden LHW

Jahresabschluss 2014

1.1 Vermögensrechnung

AKTIVA Position	31.12.2014		31.12.2013	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1 ANLAGEVERMÖGEN				
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände				
1.1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	3.572.529,00		2.993.773,00	
1.1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	43.585.549,16		46.006.122,00	
		47.158.078,16		48.999.895,00
1.2 Sachanlagevermögen				
1.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	471.902.031,29		464.100.804,18	
1.2.2 Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	488.453.375,70		430.621.175,70	
1.2.3 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	397.913.319,99		401.798.076,06	
1.2.4 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	158.436,00		167.382,00	
1.2.5 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	68.150.192,95		27.067.572,99	
1.2.6 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	75.182.986,74		64.146.238,43	
		1.501.760.342,67		1.387.901.249,36
1.3 Finanzanlagevermögen				
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	450.926.345,42		455.679.383,22	
1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	66.475.793,48		67.090.739,84	
1.3.3 Beteiligungen	183.629,00		183.629,00	
1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	17.243.919,90		17.485.632,55	
1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00		35.700.000,00	
1.3.6 Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	78.346.829,01		42.323.639,11	
		613.176.516,81		618.463.023,72
1.4 Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	173.640.000,00		173.640.000,00	
		173.640.000,00		173.640.000,00
		2.335.734.937,64		2.229.004.168,08
2 UMLAUFVERMÖGEN				
2.1 Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		0,00		0,00
2.2 Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren		0,00		0,00
2.3 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
2.3.1 Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	46.227.109,23		52.927.359,52	
2.3.2 Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	18.318.832,06		23.579.959,48	
2.3.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	632.904,68		1.303.258,63	
2.3.4 Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	28.578.705,12		21.521.070,56	
2.3.5 Sonstige Vermögensgegenstände	13.307.683,73		22.090.464,02	
		107.065.234,82		121.422.112,21
2.4 Wertpapiere des Umlaufvermögens		0,00		0,00
2.5 Flüssige Mittel		142.190.214,05		175.857.929,10
		249.255.448,87		297.280.041,31
3 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		27.983.892,36		27.786.135,94
		2.612.974.278,87		2.554.070.345,33

Jahresabschluss 2014

PASSIVA Position	31.12.2014		31.12.2013	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1 EIGENKAPITAL				
1.1 Netto-Position		1.259.089.688,26		1.259.089.688,26
1.2 Rücklagen und Sonderrücklagen				
1.2.1 Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	79.584.228,83		52.017.275,69	
1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	11.224.491,41		11.224.491,41	
1.2.3 Zweckgebundene Rücklagen	0,00		0,00	
1.2.4 Sonderrücklagen	0,00		0,00	
1.2.4.1 Stiftungskapital	1.883.960,87		1.883.960,87	
1.2.5 Rücklage für Budgetüberleitungen und Mehrbedarfe	0,00		0,00	
		92.692.681,11		65.125.727,97
1.3 Ergebnisverwendung				
1.3.1 Ergebnisvortrag	0,00		0,00	
1.3.1.1 Ordentliche Ergebnisse aus Vorjahren				
Verlustvortrag 2009	0,00		0,00	
1.3.1.1 Außerordentliche Ergebnisse aus Vorjahren				
Verlustvortrag 2009	0,00		0,00	
1.3.2 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag				
1.3.2.1 Ordentlicher Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-13.857.121,37		39.849.822,95	
1.3.2.2 Außerordentlicher Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-2.550.166,81		-12.282.869,81	
		-16.407.288,18		27.566.953,14
		1.335.375.081,19		1.351.782.369,37
2 SONDERPOSTEN				
2.1 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge				
2.1.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	236.974.561,12		201.558.306,91	
2.1.2 Zuweisungen vom nicht öffentlichen Bereich	8.610.429,73		3.404.291,38	
2.1.3 Investitionsbeiträge	33.868.883,00		36.346.823,00	
		279.453.873,85		241.309.421,29
2.2 Sonstige Sonderposten		163.130,00		0,00
		279.617.003,85		241.309.421,29
3 RÜCKSTELLUNGEN				
3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	481.114.550,00		467.773.565,00	
3.2 Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse	422.046,12		125.374,95	
3.3 Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	0,00		0,00	
3.4 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	579.985,77		458.663,62	
3.5 Sonstige Rückstellungen	13.806.414,44		25.758.590,84	
		495.922.996,33		494.116.194,41
4 VERBINDLICHKEITEN				
4.1 Anleihen		0,00		0,00
4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen				
4.2.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	350.447.405,84		309.945.446,16	
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 15.625.489,35				
4.2.2 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	34.296.334,04		35.876.908,01	
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 3.381.061,54				
4.2.3 Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten *)	1.302.541,72		1.371.053,00	
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 1.175,07				
		386.046.281,60		347.193.407,17
4.3 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung	0,00		0,00	
		0,00		0,00
4.4 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften		46.109,34		88.870,68
4.5 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen		2.687.779,32		13.540.862,09
4.6 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		10.383.969,36		11.052.562,53
4.7 Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben		3.487.715,24		4.130.544,74
4.8 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen		23.093.440,60		11.439.361,26
4.9 Sonstige Verbindlichkeiten		40.029.281,07		42.904.592,86
		465.774.576,53		430.350.201,33
5 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		36.284.620,97		36.512.158,93
		2.612.974.278,87		2.554.070.345,33

Jahresabschluss 2014

1.2 Ergebnisrechnung Wiesbaden und AKK

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2013	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2014	Ergebnis des Haushaltsjahres 2014	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-14.568.479	-16.100.151	-14.978.966	-1.121.185
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-37.399.942	-36.242.160	-40.208.708	3.966.548
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-17.386.084	-17.111.696	-18.830.718	1.719.022
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	-1.192.244	-1.630.000	-1.203.786	-426.214
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-554.950.603	-502.964.100	-500.186.821	-2.777.279
6	Erträge aus Transferleistungen	-161.889.688	-160.621.700	-163.759.246	3.137.546
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-201.708.119	-193.603.067	-194.705.623	1.102.556
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-16.166.182	-19.105.093	-15.940.435	-3.164.658
9	Sonstige ordentliche Erträge	-33.907.332	-29.851.375	-54.100.056	24.248.681
10	Summe der ordentlichen Erträge	-1.039.168.673	-977.229.342	-1.003.914.358	26.685.016
11	Personalaufwendungen	204.369.071	213.354.403	214.230.828	-876.425
12	Versorgungsaufwendungen	45.820.910	36.689.778	38.561.728	-1.871.950
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	144.127.584	154.826.976	152.594.602	2.232.374
14	Abschreibungen	62.310.663	58.082.525	66.883.384	-8.800.858
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	108.921.683	112.012.620	107.698.478	4.314.142
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	115.201.762	109.202.960	106.073.819	3.129.141
17	Transferaufwendungen	332.619.734	328.840.901	345.791.647	-16.950.746
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.467.966	4.301.631	2.312.308	1.989.323
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	1.016.839.373	1.017.311.795	1.034.146.794	-16.834.999
20	Verwaltungsergebnis	-22.329.300	40.082.453	30.232.436	9.850.017
21	Finanzerträge	-35.841.066	-47.927.420	-37.912.175	-10.015.245
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	18.320.543	21.721.300	21.536.861	184.439
23	Finanzergebnis	-17.520.523	-26.206.120	-16.375.314	-9.830.806
24	Ordentliches Ergebnis	-39.849.823	13.876.333	13.857.121	19.212
25	Außerordentliche Erträge	-18.343.042	-18.216	-5.145.144	5.126.928
26	Außerordentliche Aufwendungen	30.625.912	4.364	7.695.311	-7.690.947
27	Außerordentliches Ergebnis	12.282.870	-13.852	2.550.167	-2.564.019
28	Jahresergebnis	-27.566.953	13.862.481	16.407.288	-2.544.807

Jahresabschluss 2014

1.3 Finanzrechnung

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis des Haushaltsjahres 2013	Ansatz des Haushaltsjahres 2014	Ergebnis des Haushaltsjahres 2014
1	Jahresergebnis aus Gesamtergebnisrechnung	27.566.953,14	-21.411.514,00	-16.407.288,18
2	+ / - Abschreibungen / Zuschreibungen auf Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	44.673.988,70	58.730.526,00	48.945.072,82
3	- Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen/-zuschüsse	-16.196.283,08	-19.105.093,00	-15.940.435,18
4	+ / - Zunahme/Abnahme von Rückstellungen	35.419.215,54	nicht planungsrelevant	1.806.801,92
5	- / + Erträge/Aufwendungen a. d. Abgang v. Verm.ggst. d. Anlageverm.	11.348.442,45	nicht planungsrelevant	-3.890.179,86
6	+ / - sonstige nicht zahlungswirksame Aufwendungen u. Erträge	-10.968.997,39	-	-466.018,12
7	- / + Zunahme/Abnahme d. Vorräte, der Forderungen a. Lief./Leist. sowie anderer Aktiva, d. nicht d. Invest./Finanz.tätigkeit zuzuordnen sind	62.117,97	nicht planungsrelevant	12.628.276,67
8	+ / - Zunahme/Abnahme d. Verbindl. a. Lief./Leist. sowie anderer Passiva, die nicht der Invest./Finanz.tätigkeit zuzuordnen sind	-16.766.776,99	nicht planungsrelevant	-3.656.037,19
9	Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit (Positionen 1 bis 8)	75.138.660,34	18.213.919,00	23.020.192,88
10	+ Einzahlungen a. Investitionszuweisungen/-zuschüsse sowie aus Investitionsbeiträgen	14.343.711,38	15.088.000,00	15.434.476,74
11	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögen u. d. immateriellen Anlagevermögens	8.166.070,59	31.496.000,00	7.835.045,72
12	- Auszahlungen für Investitionen i. d. Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-44.842.387,80	-128.490.000,00	-120.549.379,51
13	+ Einzahlungen a. Abgängen von Vermögensgegenständen d. Finanzanlagevermögens	4.049.474,01	2.176.000,00	2.915.644,32
14	- Auszahlungen f. Investitionen i. d. Finanzanl.verm.	-3.958.558,67	-8.265.000,00	-2.382.175,21
15	Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit (Positionen 10 bis 14)	-22.241.690,49	-87.995.000,00	-96.746.387,94
16	Einzahlungen a.d. Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen	5.857.000,00	77.600.000,00	74.530.540,14
16a	Korrektur für Aufnahmen Sonderkonjunkturprogramm, Landesanteile	0,00	nicht planungsrelevant	
17	- Auszahlungen a.d. Tilgung v. Krediten und inneren Darlehen und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen	-17.207.088,47	-16.244.000,00	-36.002.904,43
17a	Korrektur für Tilgung Sonderkonjunkturprogramm, Landesanteile	1.530.844,30	nicht planungsrelevant	1.530.844,30
18	Zahlungsmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit (Position 16 + 17)	-9.819.244,17	61.356.000,00	40.058.480,01
19	Einzahlungen aus haushaltsunwirksamen Vorgängen (u.a. fremde Finanzmittel, Aufnahme von Kassenkrediten, Rückzahlung von angelegten Kassenmitteln)	0,00	0,00	0,00
20	- Auszahlungen aus haushaltsunwirksamen Vorgängen (u.a. fremde Finanzmittel, Anlegung von Kassenmitteln, Rückzahlungen von Kassenkrediten)	0,00	0,00	0,00
21	Überschuss oder Bedarf aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen (Nr. 19 ./ 20)	0,00	0,00	0,00
22	Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf (Nr. 9, 15, 18, 21)	43.077.725,68	-8.425.081,00	-33.667.715,05
23	Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Haushaltsjahres	132.780.203,42	21.009.941,00	175.857.929,10
24	Veränderung des Zahlungsmittelbestandes im Haushaltsjahr (Nr. 22)	43.077.725,68	-8.425.081,00	-33.667.715,05
25	Zahlungsmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres (Nr. 23 und Nr. 24)	175.857.929,10	12.584.860,00	142.190.214,05

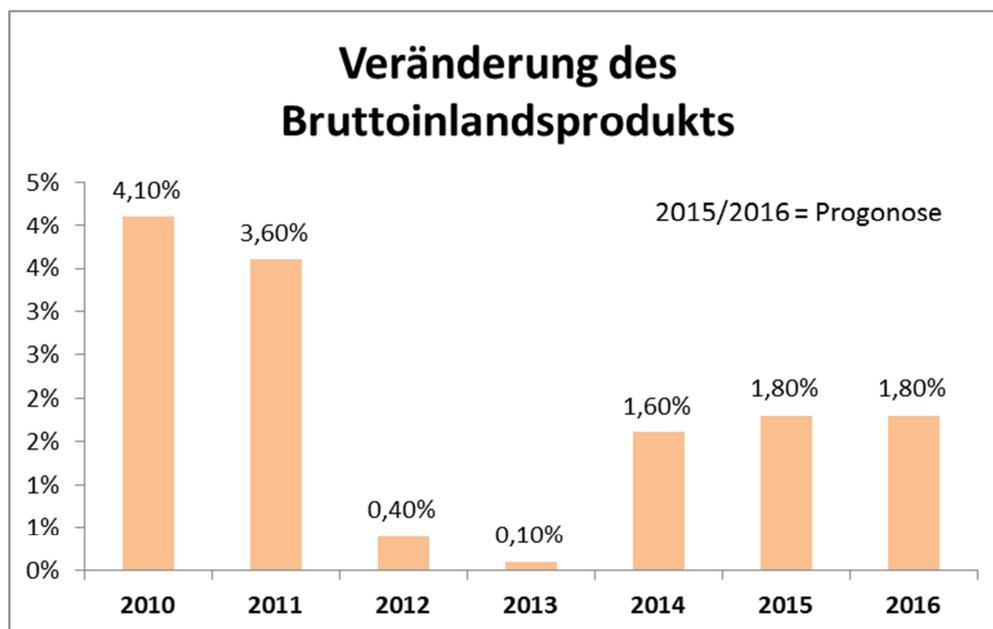
Jahresabschluss 2014

2. Rechenschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Nach einem überraschend guten Start in das Jahr 2014 hat die deutsche Konjunktur einen deutlichen Dämpfer erhalten. Hierfür dürften die geopolitischen Risiken ebenso eine Rolle gespielt haben, wie die ungünstige Entwicklung im Euro-Raum. Für das Jahr 2014 erwartet der Sachverständigenrat eine Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts von 1,2 %, für das Jahr 2015 von 1,0 %. Demgegenüber geht Eurostat von einer Zuwachsrates von 1,6 % für das Jahr 2014 und 1,8 % für das Jahr 2015 aus.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung stellt fest, dass die ungünstigeren Perspektiven zu einer lebhaften Diskussion um eine vermeintliche Investitionsschwäche in Deutschland geführt haben. Anstatt Steuererhöhungen oder eine Ausweitung der Verschuldung zu fordern, sollten jedoch die Prioritäten in den öffentlichen Haushalten hinterfragt werden.



Quelle: Eurostat, Online-Datenbank, Wachstumsrate des realen BIP (Stand: 07/2015)

In Hessen stieg das Bruttoinlandsprodukt um 3,2 %. Hierbei hatten das Baugewerbe und das Dienstleistungsgewerbe die stärksten Steigerungsrates zu verzeichnen.

Wie den Konjunkturdaten der Industrie- und Handelskammer⁴ Wiesbaden zum Jahr 2014 zu entnehmen ist, sank der Klimaindex von 126 nach einem zwischenzeitlichen Hoch von 134 im Jahresverlauf auf 124 am Jahresende, mit steigender Tendenz im ersten und zweiten Quartal 2015.

Die Gewerbesteuererträge im Haushaltsjahr 2014 lagen mit 251.918 Tsd. € etwa 66.703 Tsd. € unter denen des Vorjahres. Ergebnisverschlechterungen bei sinkender Konjunktur führen bei gewerbetreibenden Unternehmen dazu die Vorauszahlungen vorsichtiger anzusetzen.

⁴ Im Folgenden IHK

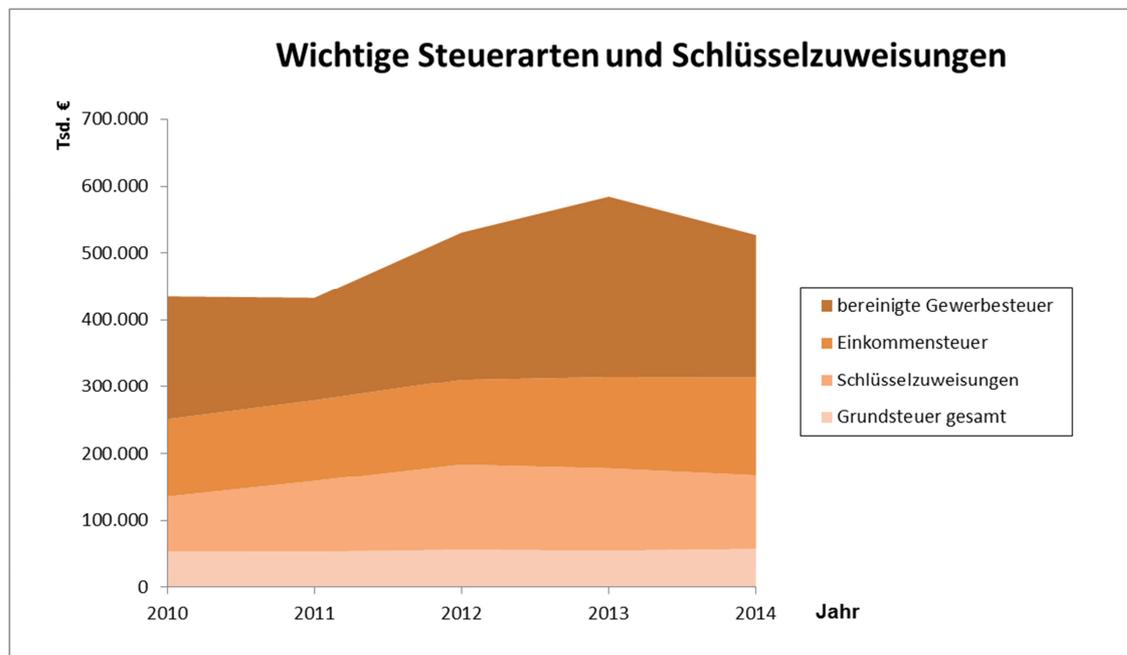
Jahresabschluss 2014

Die Entwicklung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer konnte sich weiter auf 146.146 Tsd. € verbessern (+ 9.563 Tsd. €) und erreichte somit fast die gleiche Steigerung wie im Jahr 2013.

Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat sich um 1.983 auf 128.144 erhöht. Die Arbeitslosenquote stieg in Wiesbaden, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, leicht von 7,4 % im Jahr 2013 auf 7,6 % im Jahr 2014 (Stand 09/14). Da sich im Berichtszeitraum die Einwohnerzahlen auf 282.313 Einwohner (+ 2.205) erhöht haben, kann gleichzeitig mit der Anzahl der Arbeitsplätze auch die Arbeitslosigkeit ansteigen.

2.2 Entwicklung der Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen

Im Jahr 2014 gehen die Gewerbesteuereinnahmen um insgesamt 66.702 Tsd. € (55.924 Tsd. € bereinigt um die Gewerbesteuerumlage) zurück. Dies erklärt sich unter anderem durch einen Einmaleffekt von 50.000 Tsd. €, der das Ergebnis in 2013 verbesserte.



in Tsd. €	2010	2011	2012	2013	2014
Gewerbesteuer	216.244	188.941	255.324	318.620	251.918
Gewerbesteuerumlage	-33.111	-35.815	-35.815	-50.510	-39.732
Gewerbesteuer bereinigt ⁵	183.133	153.126	219.509	268.110	212.186
Einkommensteuer	115.914	120.515	126.555	136.583	146.146
Schlüsselzuweisungen	80.826	104.850	127.463	123.293	110.312
Grundsteuer gesamt ⁶	54.795	54.109	56.906	55.562	58.124

⁵ Die Gewerbesteuererträge stehen der Gemeinde nicht in vollem Umfang zur Verfügung. Sie sind um die Gewerbesteuerumlage, als den Teil der Gewerbesteuer, der an Bund und Länder abzuführen ist, zu bereinigen. Ab dem Jahresabschluss 2014 zeigt die Grafik die bereinigte Gewerbesteuer.

⁶ Auf den Ausweis interner Grundsteuern, die nach Ziff. 3 der Verwaltungsvorschriften zu § 4 der GemHVO-Doppik in der Ergebnisrechnung auszuweisen sind, wurde in dieser Darstellung verzichtet. Sie sind als rein interner Vorgang für die Finanzlage der Landeshauptstadt Wiesbaden irrelevant.

Jahresabschluss 2014

Jeweils mit der Steuerkraft korreliert auch die Schlüsselzuweisung. Bedingt durch die wieder ansteigenden Steuererträge seit 2011 sinkt die Schlüsselzuweisung⁷ um 12.981 Tsd. € auf 110.312 Tsd. €. Da die Tarifverträge die Gewinne aus der guten Konjunktur weitergeben, steigt in der Folge auch der Gemeindeanteil der Einkommensteuer weiter leicht an.

2.3 Strategien und Ziele

Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist eine weltoffene, grüne Stadt im Herzen des Rhein-Main-Gebietes, ein wirtschaftliches, kulturelles und soziales Zentrum.

Die kommunale Aufgabenwahrnehmung der LHW fokussiert sich auf eine moderne Stadtentwicklung, die Schaffung eines wirtschaftsfreundlichen Klimas, kulturelle Vielfalt, den Umwelt- und Naturschutz sowie die Gesundheitsförderung. Gleichmaßen kümmert sie sich um die Belange ihrer Bürgerinnen und Bürger, bietet gute Jobchancen und achtet auf ihr historisches Erbe.

Wiesbaden ist eine der wenigen Städte, für die entgegen dem Bundes- und Landestrend ein Bevölkerungswachstum in den kommenden Dekaden vorhergesagt wird. Im Hinblick auf diese und die allgemeine demografische Entwicklung, werden in den kommenden Jahren einige strategische Handlungsfelder zu bearbeiten sein. Hierzu zählen Kindergärten und Schulen, der Wohnungsbau, Nahverkehr und Energieversorgung, medizinische und soziale Einrichtungen, sowie die Schaffung von Bedingungen, die einen weiteren Zuwachs an Arbeitsplätzen gewährleisten.

Auch im ersten Jahr des Doppelhaushalts 2014/2015 lag der Hauptschwerpunkt der kommunalen Aufgabenwahrnehmung auf der Absicherung des Leistungsspektrums für die Bürgerinnen und Bürger. Darüber hinaus lagen Schwerpunkte der Investitions- und Instandhaltungstätigkeit im Bereich Sport⁸, Schulen und städtischer Infrastruktur sowie der weitere Ausbau der Kinderbetreuungsplätze in den Bereichen Krippe, Kindertagesstätte und Schulkinderbetreuung.

Eine weitere große Herausforderung des Jahres bestand darin, eine stetig anwachsende Zahl von Flüchtlingen aufzunehmen und adäquat unterzubringen. Hierzu waren zusätzliche, auch finanzielle, Lasten zu stemmen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der städtischen Ämter hatten und haben in diesem Zusammenhang zusätzliche Anstrengungen zu schultern. Zugleich setzen sich viele Menschen ehrenamtlich mit Zeit, Engagement, Einfallsreichtum, Sachspenden und Herz in der Flüchtlingshilfe ein.

Ferner zählte die Sicherung bezahlbaren Wohnraums bei gleichzeitig steigenden energetischen Standards zu den strategischen Themen der Landeshauptstadt Wiesbaden im Bereich Beteiligungen⁹. Sie unterstützt Ihre Unternehmen hierbei durch zinsgünstige Darlehen und Zuschüsse. Im strategischen Handlungsfeld „Gesundheitsstadt Wiesbaden“ nahm der Erhalt der Dr. Horst-Schmidt-Kliniken als städtisches Krankenhaus der Maximalversorgung einen bedeutenden Stellenwert ein. Durch die Genehmigung des Übergangs der Geschäftsanteile der Rhön Klinikum AG an die Helios Kliniken GmbH konnte der Betrieb weiter in einer strategischen Partnerschaft gesichert werden.

⁷ Berechnungsgrundlage für die Schlüsselzuweisung 2014 sind die Daten des 2. Hj. 2013 und des 1. Hj. 2014.

⁸ Inbetriebnahme der Sporthalle mit Geschäftshaus „Platz der deutschen Einheit“

⁹ Näheres zur Geschäftstätigkeit der Beteiligungen kann dem jeweils aktuellen Beteiligungsbericht der LHW entnommen werden.

Jahresabschluss 2014

Aufgrund der bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2014/2015 bekannten gesamtwirtschaftlichen Eckdaten wurde ein Fehlbetrag im Gesamtergebnis erwartet. Das Jahresergebnis fiel mit einem Fehlbetrag von 16.407 Tsd. € gegenüber der Planung (21.412 Tsd. € Fehlbetrag) geringfügig niedriger aus. Bedingt durch die Vielzahl der Einflüsse, der eine Landeshauptstadt ausgesetzt ist, stellt das Ergebnis bei einem Haushaltsvolumen von rund 1 Milliarde € eine Punktlandung dar.

2.4 Haushaltsplan 2014

Der Doppelhaushalt 2014/2015 wurde am 19.12.2013 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen und am 13.02.2014 noch einmal korrigiert. Am 05.05.2014 erteilte die Aufsichtsbehörde die Haushaltsgenehmigung unter Auflagen. Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014 ging - unter der Berücksichtigung der bekannten Risiken - von einem Gesamtjahresfehlbetrag in Höhe von 21.412 Tsd. € aus.

An Auszahlungen für Investitionstätigkeit wurden 136.755 Tsd. € (Sachanlagen, Investitionszuschüsse und Finanzanlagen) geplant. Der Gesamtbetrag der Kredite zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wurde auf 77.600 Tsd. € festgesetzt.

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Plan / Ansatz 2014	Vortrag 2013 auf 2014	apl/üpl 2014	Sperre 2014	Plan fortg. ¹⁰ 2014	Vortrag 2014 auf 2015	Plan fortg. bereinigt ¹¹ 2014
10 ordentliche Erträge	-976.013	0	26.350	27.567	-977.229		-977.229
19 ordentlicher Aufwand	1.022.532	33.930	31.228	36.448	1.051.242	33.001	1.018.241
20 Verwaltungsergebnis	46.520	33.930	57.578	64.015	74.013	33.001	41.011
21 Finanzerträge	-46.827	0	-926	174	-47.927		-47.927
22 Zinsen und sonstige Finanzaufw.	21.721	0	0	0	21.721		21.721
23 Finanzergebnis	-25.106	0	-926	174	-26.206		-26.206
24 ordentliches Ergebnis	21.414	33.930	56.652	64.190	47.807	33.001	14.805
25 außerordentliche Erträge	-2	0	0	16	-18		-18
26 außerordentliche Aufwendungen	0	0	4	0	4		4
27 außerordentliches Ergebnis	-2	0	4	16	-14		-14
28 Jahresergebnis	21.412	33.930	56.657	64.206	47.793	33.001	14.792

Die im fortgeschriebenen Plan enthaltenen Werte sind um die nach 2015 übertragenen Ansätze (Vortrag) zu bereinigen, da diese Mittel dem Haushalt 2014 durch die Übertragung nach 2015 wieder entzogen werden. Die Plandaten wurden mit Datenstand vom 10.07.2015 ausgewertet. Es ist nicht auszuschließen, dass nach diesem Termin noch Budgetumsetzungen erfolgten.

¹⁰ = Haushaltsansatz 2014 (gem. Satzung) + Budgetüberleitungen 2013 nach 2014 (Vorträge)
+ außer- / überplanmäßige Plananpassungen (apl/üpl) - Haushaltssperren (Sperre)

¹¹ = Haushaltsansatz 2014 (gem. Satzung) + Budgetüberleitungen 2013 nach 2014 (Vorträge)
+ außer- / überplanmäßige Plananpassungen (apl/üpl) - Haushaltssperren (Sperre)
- Budgetüberleitungen 2014 nach 2015 (Vorträge)

Jahresabschluss 2014

2.5 Ergebnissituation

2.5.1 Entwicklung der Ergebnisrechnung über fünf Jahre

Position/ Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014
Privatrechtliche Leistungsentgelte	-12.983	-14.351	-13.995	-14.568	-14.979
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-33.188	-33.303	-36.247	-37.400	-40.209
Kostenerstattungen und -erstattungen	-17.517	-16.935	-17.445	-17.386	-18.831
Bestandsveränder. /andere aktivierte Eigenleist.	-2.124	-1.688	-1.269	-1.192	-1.204
Steuern und steuerähnliche Erträge	-423.357	-403.307	-480.989	-554.951	-500.187
Erträge aus Transferleistungen	-162.227	-164.873	-163.468	-161.890	-163.759
Erträge aus Zuweisungen / Zuschüssen	-151.163	-157.420	-188.479	-201.708	-194.706
Erträge aus der Auflösung von SoPos	-11.336	-12.526	-14.522	-16.166	-15.940
sonstige ordentliche Erträge	-40.115	-35.001	-32.925	-33.907	-54.100
ordentliche Erträge	-854.010	-839.405	-949.338	-1.039.169	-1.003.914
Personalaufwendungen	185.069	190.970	195.466	204.369	214.231
Versorgungsaufwendungen	30.419	29.470	28.535	45.821	38.562
Aufwendungen f. Sach- und Dienstleistg.	139.118	135.225	138.650	144.128	152.595
Abschreibungen	54.790	56.057	66.100	62.311	66.883
Zuweisungen, Zuschüsse, bes. Finanzausgaben	98.055	99.195	102.061	108.922	107.698
Steueraufw. u. Aufw. gesetzl. Umlageverp	94.576	93.921	98.062	115.202	106.074
Transferaufwendungen	315.064	310.133	317.722	332.620	345.792
sonstige ordentliche Aufwendungen	642	699	1.961	3.468	2.312
ordentliche Aufwendungen	917.733	915.672	948.557	1.016.839	1.034.147
Verwaltungsergebnis	63.723	76.266	-781	-22.329	30.232
Finanzerträge	-31.111	-42.439	-40.613	-35.841	-37.912
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	18.534	22.207	20.442	18.321	21.537
Finanzergebnis	-12.577	-20.232	-20.172	-17.521	-16.375
ordentliches Ergebnis	51.146	56.035	20.953	39.850	13.857
außerordentliche Erträge	-1.804	-12.287	-6.310	-18.343	-5.145
außerordentliche Aufwendungen	4.527	5.600	8.115	30.626	7.695
außerordentliches Ergebnis	2.723	-6.687	1.806	12.283	2.550
Jahresergebnis	53.869	49.348	-19.147	-27.567	16.407

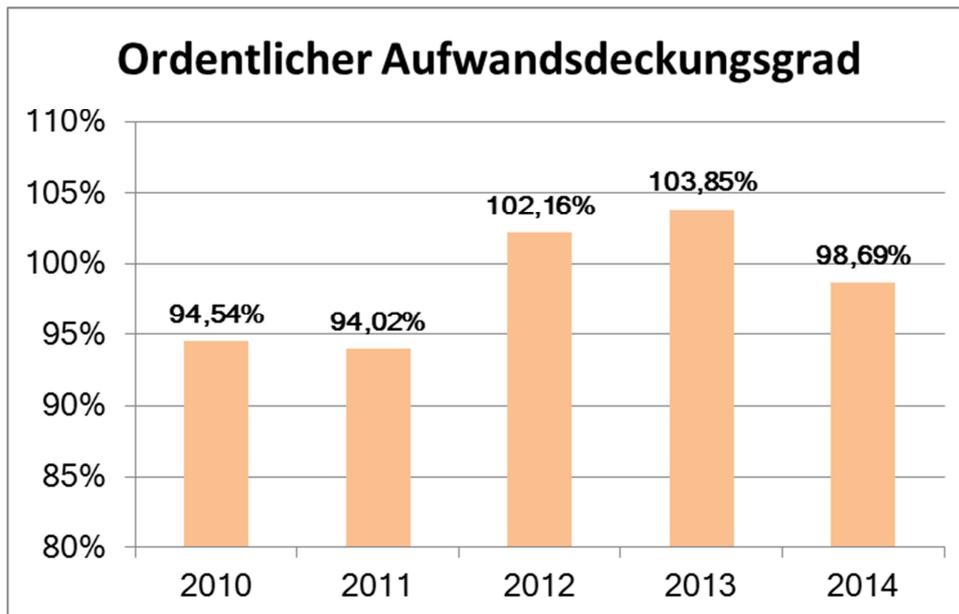
Jahresergebnis:

Das Jahresergebnis liegt mit 16.407 Tsd. € nach zwei positiven Jahren wieder im negativen Bereich. Dies bedeutet eine Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr von 43.974 Tsd. €.

Jahresabschluss 2014

Ordentliches Ergebnis / Verwaltungsergebnis:

Der Haushaltsausgleich kann auch mit einem Fehlbetrag im ordentlichen Ergebnis in Höhe von 13.857 Tsd. € durch Rücklagenentnahmen erreicht werden. Kostensteigerungen durch eine anwachsende Anzahl zu betreuender Flüchtlinge, der Ausbau der Kinderbetreuung und eine damit verbundene Ausweitung des Personalbestands, sowie der Sachaufwendungen wirken einem nachhaltigen Haushaltsausgleich entgegen.



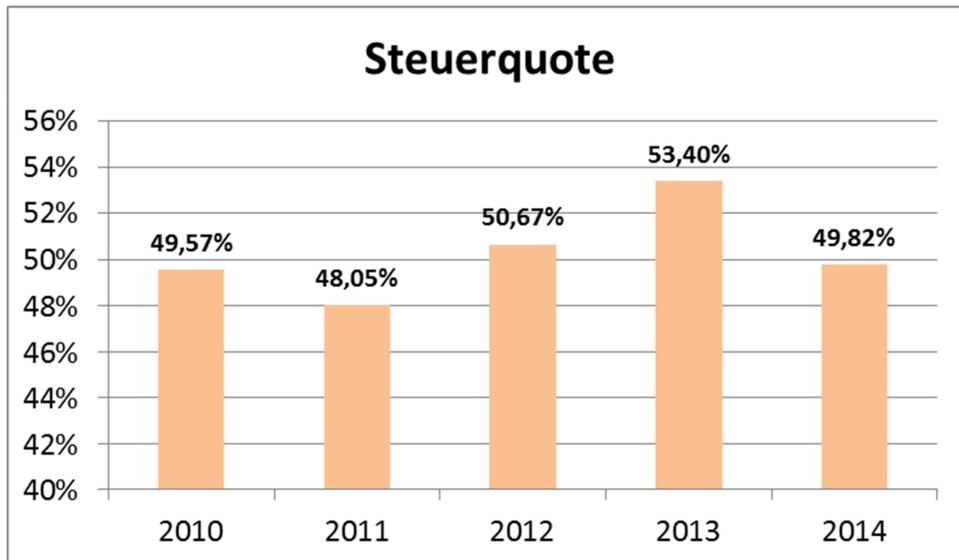
In einigen Vorjahren seit 2008 war es möglich, Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen wie außerordentlichen Ergebnisses zu bilden, welche die entstandenen Jahresfehlbeträge ausgleichen konnten bzw. können. Die positiven Abschlüsse der Jahre 2012 und 2013 ermöglichten ein erneutes Anwachsen der Rücklagen.

Jahresabschluss 2014

Ordentliche Erträge:

In der Entwicklung der Ertragssituation spielen die Schwankungen der **Gewerbsteuererträge** eine bedeutende Rolle. Die Steuererträge des Jahres 2013 enthielten allerdings einen Einmaleffekt (Gewerbsteuer ca. 50.000 Tsd. €).

Dies zeigt auch die Entwicklung der Steuerquote im Zeitvergleich:



Die Steuerquote ist im Verhältnis zu den übrigen Ertragsarten zu sehen. Da auch die Mittelzuweisung aus dem kommunalen Finanzausgleich zeitverzögert steigt bzw. fällt, schwankt die Kennzahl nicht so stark, wie vielleicht erwartet.

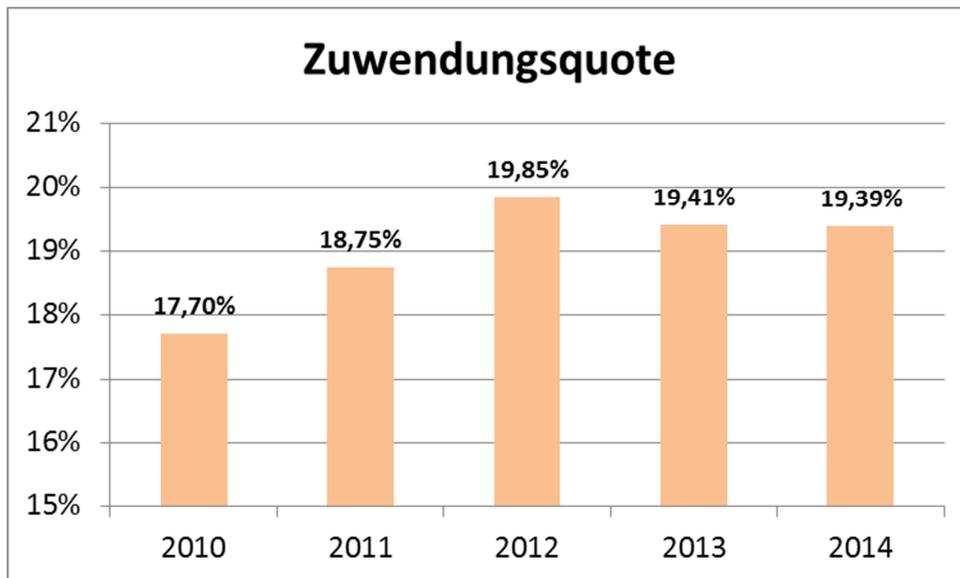
Der Posten **Transfererträge** ist abrechnungsbedingten Schwankungen unterlegen. 2014 stiegen sie um 1.870 Tsd. € weiterhin leicht an.

Im Bereich **Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen** zeigen sich die Schwankungen aus den **Schlüsselzuweisungen**, die mit der Steuerkraft der Kommunen korrelieren. Die Schlüsselzuweisung fiel im Jahr 2014, aufgrund der vorangegangenen höheren Steuererträge, um ca. 12.981 Tsd. € niedriger als im Jahr 2013 aus. Eine Steigerung in Höhe von ca. 6.929 Tsd. € verzeichnen die Erstattungen aus der vollständigen Übernahme der Grundversicherung durch den Bund (SGB XII Kap. 4).

Bezogen auf alle Kommunen des Landes Hessen kürzte das Hessische Ministerium der Finanzen die Zuweisungen an die kommunale Familie ab dem Jahr 2011 um insgesamt 358.600 Tsd. € pro Jahr. Der Betrag setzt sich zusammen aus Streichungen des Anteils der Grunderwerbsteuer (ca. - 160.000 Tsd. €), der Ersatzleistungen des Bundes für KFZ-Steuer (ca. - 159.000 Tsd. €) und der Gewerbesteuerumlage (ca. - 39.600 Tsd. €). Derzeit befindet sich eine Neufassung des Finanzausgleichsgesetzes¹² im Gesetzgebungsverfahren.¹³

¹² Im Folgenden FAG

¹³ Information des Hess. Städtetags aus 2010: Auswirkungen der KFA-Mittelkürzungen und -umsetzungen im FAG-Änderungsgesetz 2011 (auf der Basis von Ansätzen für 2011)



Die Zuwendungsquote sinkt leicht gegenüber dem Vorjahr aufgrund der geringeren Schlüsselzuweisungen. Sie pendelt sich insgesamt zwischen 18 % und 19 % ein. Da mit den Schlüsselzuweisungen auch die Gewerbesteuererträge sanken, blieb das Verhältnis in etwa gleich.

Durch die niedrige Steuerkraft im Bemessungszeitraum (2. Halbjahr 2010 und 1. Halbjahr 2011) erhielt die Landeshauptstadt Wiesbaden im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr höhere Schlüsselzuweisungen (127.463 Tsd. €), die seitdem aufgrund der gestiegenen Steuerkraft wieder sinken.

Positiv wirkt sich die Kostenübernahme des Bundes an den Leistungen zu Kap. 4¹⁴ des 12. Sozialgesetzbuchs aus (+ 19.971 Tsd. € gegenüber 2012, + 7.329 Tsd. € gegenüber 2013, Sachkonto 592032 „Vom Land überlassene Verwaltungskosten“).

Der Anstieg der **sonstigen ordentlichen Erträge** in Höhe von 20.193 Tsd. € resultiert u. a. aus der Auflösung der Verbindlichkeiten aus dem Zuschussvertrag mit dem Hessischen Immobilienmanagement für Maßnahmen zur Aufwertung des Areals im Zusammenhang mit der Errichtung einer juristischen Fakultät durch die European Business School¹⁵, mit 10.000 Tsd. €, sowie aus der Steigerung der „betrieblichen periodenfremden Erträge“ (+ 8.428 Tsd. €) und der „Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen“ (+ 12.637 Tsd. €). Forderungen in Höhe von 7.280 Tsd. €, die bisher als wertberichtigt veranschlagt wurden, wurden 2014 niedergeschlagen. Dies führte einerseits, zu einem Anstieg der „Erträge a. d. Auflösung von Wertberichtigungen“, zum anderen zu einer Abschreibung auf Forderungen für befristete Niederschlagungen in der gleichen Höhe.

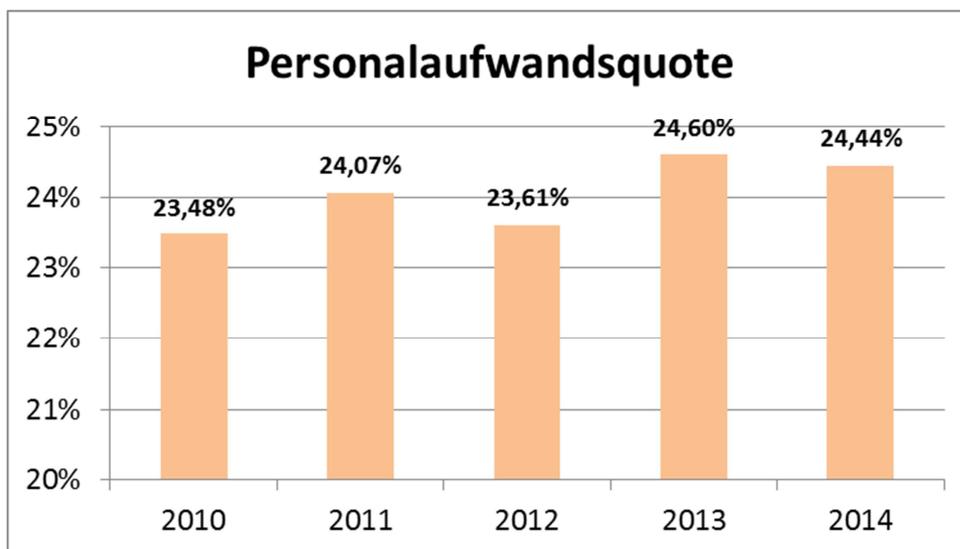
¹⁴ Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

¹⁵ Im Folgenden EBS

Jahresabschluss 2014

Ordentliche Aufwendungen:

Mit einem Anteil von knapp einem Viertel der ordentlichen Aufwendungen und der Finanzaufwendungen fallen die Personalaufwendungen entsprechend der personalintensiven Arbeit eines Dienstleisters deutlich ins Gewicht. Vergleiche mit anderen kreisfreien Städten zeigen die Werte Wiesbadens am unteren Rand der Bandbreite¹⁶. Allerdings entstehen Seitwärtsbewegungen der Kennzahl auch bei gleichzeitig proportionaler Entwicklung der übrigen Aufwendungen.



Die Entwicklung der Vollzeitäquivalente¹⁷ stellt sich wie folgt dar:

	VZÄ	davon Kinder- betreuung	Schulsozial- arbeit	Sozialdienst	SGB II	Sonstige
Stand 31.12.2013	3.643,17	590,03	91,51	135,91	292,57	2.533,15
Stand 31.12.2014	3.753,18	650,63	104,13	142,11	292,28	2.564,03
Differenz	101,01	60,60	12,62	6,20	-0,29	30,88

Der Ausbau der Kinderbetreuung führt zu einem Zuwachs von 60,6 VZÄ. Zur Kinderbetreuung zählen im weiteren Sinn die Schulsozialarbeit (Ausbau Nachmittagsbetreuung) und der Sozialdienst (Verhinderung Kindeswohlgefährdung). Für den Bereich SGB II ist die Teilrefinanzierung sichergestellt (Optionskommune).

In den Bereich „Sonstige“ (+ 30,88 VZÄ) fallen teilweise refinanzierte Stellen (z. B. im Bereich Baugenehmigungen) sowie Wiederbesetzungen nach oft langen Vakanzzeiten. Auch feststellbar sind Differenzen, die durch die Stichtagsbetrachtung entstehen.

Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Personal- und Versorgungsaufwendungen um 2.602 Tsd. €, begründet hauptsächlich durch die Tarifierhöhung im TVöD

¹⁶ Siehe auch: IHK für die Pfalz, Haushaltsanalyse 2013, Ludwigshafen, 2013

¹⁷ Im Folgenden VZÄ

Jahresabschluss 2014

(ca. + 7.200 Tsd. €). Zeitgleich sank u. a. die Zuführung zur Pensionsrückstellung bei den Versorgungsaufwendungen um 8.145 Tsd. €.

Zu berücksichtigen ist im Rahmen eines Gemeindevergleichs auch der Grad der Auslagerung von kommunalen Aufgaben auf städtische Gesellschaften sowie private Träger. Eine Eigenwahrnehmung der sehr personalintensiven Kinderbetreuung im Gegensatz zu den bezuschussten Kindertagesstätten in freier Trägerschaft würden eine höhere Personalaufwandsquote bedingen, ohne in der Regel das Leistungsgefüge gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu verändern.

Relativ starke Schwankungen sind im Bereich **Versorgungsaufwendungen** zu erkennen. Die Ursache liegt hauptsächlich in der sich jährlich ändernden Datenbasis zur Bildung der Pensionsrückstellungen. Zu den Gründen zählen beispielsweise Änderungen der Besoldung, Ein- und Austritte sowie Änderungen am Pensionseintrittsalter.

Im Jahr 2014 stiegen die Zuführungen zu Pensionsrückstellungen unter anderem aufgrund der Berücksichtigung des Besoldungsanpassungsgesetzes 2013/2014 um 6.979 Tsd. € gegenüber dem Vorjahr.

Für die Landeshauptstadt Wiesbaden ist zudem zu beachten, dass die kommunale Arbeitsvermittlung (SGB II) im Optionsmodell mit eigenem Personal erfolgt und somit auf die Kennzahl einwirkt. Die mit der Übernahme der Aufgabe der kommunalen Arbeitsvermittlung verbundenen Personalkosten werden weitgehend durch Kostenerstattungen des Bundes (Transfererträge) gedeckt.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** stiegen ebenfalls gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 8.467 Tsd. €. Mitverantwortlich sind die Positionen „Fremdreinigung“ (+ 1.240 Tsd. €.) „Zusatzausstattung Wivertis“ (+ 1.846 Tsd. €), sowie die in dieser Berichtszeile enthaltenen Instandhaltungsaufwendungen (+ 2.232 Tsd. €).

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind stark beeinflusst durch die Instandhaltungsaufwendungen. Zum einen wurde ab 2009 das Verfahren zur Buchung der Instandhaltungsaufwendungen auf eine kontenscharfe Abrechnung umgestellt. Dies führt zu einer Verteilung der Instandhaltungsaufwendungen über mehrere Positionen. Zum anderen erfuhr der Prozess zur Bildung von Instandhaltungsrückstellungen mit dem Jahr 2009 zwei Änderungen. Die Instandhaltungsrückstellungen wurden von 2010 bis 2012 nicht mehr pauschal durch Budgetreste, sondern über ein differenziertes Meldeverfahren der bauausführenden Ämter ermittelt. Dies führte in der Summe zu deutlich geringeren Instandhaltungsrückstellungen. Aus Gründen der Praktikabilität wurde das Verfahren ab dem Jahresabschluss 2013 erneut geändert. Auf Basis der Rückstellungshöhe des Jahres 2012 wird ein Quotient von 3,5 % der Instandhaltungsaufwendungen als Grundlage für die Bildung der Instandhaltungsrückstellung festgelegt.

Bei den **Abschreibungen** ist für das Jahr 2014 im Vergleich zum Jahr 2013 ein Anstieg um 4.573 Tsd. € zu verzeichnen. Wesentlich hierfür ist der Anstieg der „Abschreibungen auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände“ um 5.005 Tsd. €, aufgrund der erforderlichen Bereinigung von Altfällen. Die „Abschreibungen auf Sachanlagen“ weisen nahezu keine Abweichungen gegenüber dem Vorjahr auf.

Jahresabschluss 2014

Im Bereich **Zuweisungen und Zuschüsse** sind die Zuweisungen an verbundene Unternehmen, sowie die Zuschüsse an Vereine, freie Träger usw. enthalten. Sie stiegen von 2010 bis 2014 um 9.644 Tsd. €. Dies korreliert mit dem Ausbau der Kinderbetreuung bei freien Trägern.

Die **Steueraufwendungen**, sanken gegenüber dem Vorjahr um 9.127 Tsd. € (+ 1.445 Tsd. € Landeswohlfahrtsverbands-Umlage¹⁸, - 10.777 Tsd. € Gewerbesteuerumlage). Sowohl die Gewerbesteuerumlage, als auch die LWV-Umlage hängen von der Steuerkraft ab. Steigt die Gewerbesteuer, steigt auch die LWV-Umlage und umgekehrt.

Den größten Aufwandsposten mit 345.792 Tsd. € bilden in 2014 weiterhin die Transferaufwendungen. Sie erhöhten sich im Vergleich zu 2013 um 13.172 Tsd. €. Die größten Zuwächse bei den Transferaufwendungen sind in den Bereichen Kosten der Unterkunft und Heizung im Bereich SGB XII, 4. Kapitel (1.849 Tsd. €), Leistungen des SGB VIII der Kinder- und Jugendhilfe (2.277 Tsd. €), im Bereich des SGB II (§ 22) bei den Leistungen für Kosten der Unterkunft & Heizung (2.300 Tsd. €) zu erkennen. Weitere Steigerungen im Vergleich zum Berichtsjahr 2013 gab es bei den Positionen Arbeitslosengeld II (ALG II) nach §§ 19 ff SGB II (+ 759 Tsd. €), Krankenversicherungsbeiträge SGB II (+ 1.079 Tsd. €), Mehrbedarf nach § 21 SGB II (+ 1.317 Tsd. €) sowie Ausbildungsmaßnahmen SGB II (+ 1.229 Tsd. €).

Insgesamt sanken die **Zuschüsse, Zuweisungen und besondere Finanzaufwendungen** um 1.223 Tsd. €. Anstiege waren in den vergangenen Jahren durch die Zuschüsse an freie Träger aufgrund des Ausbaus an Krippenplätzen festzustellen. In diesem Bereich wurde zum 01.01.2014 die Fördersystematik des Landes umgestellt, sodass die freien Träger den Landesanteil auch beim Land beantragen. Folglich sind diese Beträge nicht mehr in der Ergebnisrechnung enthalten.

Die gestiegenen Aufwendungen gegenüber früheren Jahren im Bereich **Sonstige Aufwendungen** ergeben sich hauptsächlich aus Steueraufwendungen (+ 1.613 Tsd. € gegenüber 2011).

Finanzergebnis:

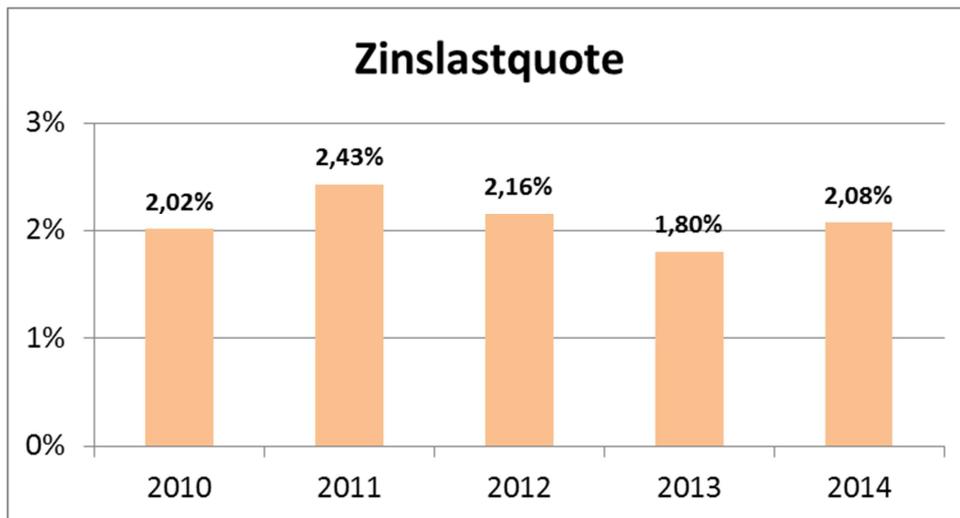
Das Finanzergebnis weist einen Überschuss in Höhe von 16.375 Tsd. € (- 1.145 Tsd. € gegenüber 2013) auf. Hauptursache für den gesunkenen Überschuss sind geringere Zinserträge (Nachzahlungszinsen - 2.300 Tsd. €) und höhere Zinsaufwendungen (Erstattungszinsen Gewerbesteuer + 2.999 Tsd. €).

Die relativ hohen Werte in den Finanzerträgen beruhen hauptsächlich auf den Gewinnabführungen verbundener Unternehmen, Bürgschaftsprovisionen und Zinsen aus Betriebsmittelkrediten an verbundene Unternehmen. Aufgrund der aktuellen Niedrigzinsphase fielen die Zinserträge in der Mehrjahresbetrachtung. So sanken die Zinsen auf Wertpapiere von 2011 (6.228 Tsd. €) nach 2012 und 2013 (2.149 Tsd. €) um 4.079 Mio. €. Der Grund liegt im Wegfall zweier Papiere zum Ende 2011 wegen Fälligkeit und Kündigung. Auf diesem Wert (2.149 Tsd. €) verharren die Zinsen auf Wertpapiere auch im Jahr 2014 aufgrund der Fristigkeit der Anlage. Die vormals gute Verzinsung kann ohne deutlich höheres Verlustrisiko derzeit nicht erreicht werden.

¹⁸ Im Folgenden LWV-Umlage

Jahresabschluss 2014

Durch den im Bundesvergleich niedrigen Schuldenstand (mit und ohne Sonderkonjunkturprogramm) und die derzeit günstigen Bedingungen zur Refinanzierung fällt das Verhältnis von Zinsaufwendungen zu den ordentlichen und Finanzaufwendungen (Zinslastquote) günstig aus. Der Zeitreihenvergleich zeigt ein leichtes Ansteigen. Auch die schwankenden Erstattungszinsen (+2.999 Tsd. € gegenüber 2013) wirken sich verzerrend auf die Kennzahl aus, während die Entwicklung der Bankzinsen keine Auffälligkeit zeigt.



Außerordentliches Ergebnis:

Das außerordentliche Ergebnis lag mit einem Fehlbetrag von 2.550 Tsd. € um 9.733 Tsd. € unter dem Ergebnis von 2013. Dabei sanken sowohl die außerordentlichen Erträge (- 13.198 Tsd. €) als auch die außerordentlichen Aufwendungen (- 22.931 Tsd. €).

Die Verringerung der Erträge resultiert zum Großteil aus dem Rückgang der „sonstigen außerordentlichen Erträge“ von 11.119 Tsd. €. Flurbereinigungen (Waldwiesen) in 2013 trugen zum Großteil der außerordentlichen Erträge (10.803 Tsd. €) im gleichen Jahr bei.¹⁹ In 2014 fanden keine Flurbereinigungen statt, was den diesjährigen Rückgang erklärt.

Im Berichtsjahr ist im Bereich der außerordentlichen Aufwendungen ein Rückgang in Höhe von 22.931 Tsd. € zu verzeichnen. Der Rückgang ergibt sich aus Einmaleffekten aus dem Jahr 2013, die dieses Jahr nicht angefallen sind. Hierzu zählen die Verlustübernahme matiaqua (2.407 Tsd. €) und die Bildung der Rückstellung für den Verlust der TriWiCon²⁰ durch den Abriss Rhein-Main-Halle (8.000 Tsd. €). Ebenso wurde in 2014 keine Flurbereinigung (Waldwiesen-West, Hofheim II in 2013, siehe außerordentliche Erträge) durchgeführt. Hierdurch kam es zu einem Rückgang der Verluste aus dem Abgang von Vermögensgegenständen in Höhe von 15.621 Tsd. €.

¹⁹ Dem stand allerdings auch ein außerordentlicher Aufwand in gleicher Höhe gegenüber. Der Vorgang war somit ergebnisneutral.

²⁰ TriWiCon - Eigenbetrieb für Messen, Kongresse und Tourismus

Jahresabschluss 2014

2.5.2 Die Ergebnislage der Landeshauptstadt Wiesbaden im Plan²¹-Ist Vergleich

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	2014			2013		
	akt. Plan	Ist	Differenz	akt. Plan	Ist	Differenz
10 ordentliche Erträge	-977.229	-1.003.914	26.685	-933.863	-1.039.169	105.305
19 ordentlicher Aufwand	1.017.312	1.034.147	-16.835	1.004.743	1.016.839	-12.097
20 Verwaltungsergebnis	40.082	30.232	9.850	70.879	-22.329	93.208
21 Finanzerträge	-47.927	-37.912	-10.015	-36.557	-35.841	-716
22 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	21.721	21.537	184	22.119	18.321	3.798
23 Finanzergebnis	-26.206	-16.375	-9.831	-14.439	-17.521	3.082
24 ordentliches Ergebnis	13.876	13.857	19	56.440	-39.850	96.290
25 außerordentliche Erträge	-18	-5.145	5.127	-235	-18.343	18.108
26 außerordentliche Aufwendungen	4	7.695	-7.691		30.626	-30.626
27 außerordentliches Ergebnis	-14	2.550	-2.564	-235	12.283	-12.518
28 Jahresergebnis	13.862	16.407	-2.545	56.205	-27.567	83.772

Das Haushaltsjahr 2014 schloss mit einem Jahresfehlbetrag von 16.407 Tsd. € ab.

Gegenüber dem fortgeschriebenen Haushaltsplan von 2014, der einen Jahresfehlbedarf in Höhe von 13.862 Tsd. € vorsah, ergab sich eine Verschlechterung in Höhe von 2.545 Tsd. €.

Die positive Abweichung des Jahresfehlbetrags gegenüber dem Wert des Haushaltsplanes (ohne Fortschreibung, 21.412 Tsd. €) resultierte insbesondere aus der Auflösung der sonstigen Verbindlichkeit aus der geplanten Zuweisung an das Land zur städtebaulichen Entwicklung des Areals Gerichtsstraße (+ 10.000 Tsd. €) und ungeplanten Erträgen aus Auflösung von Wertberichtigungen (+ 17.631 Tsd. €).

Insgesamt ist für die ordentlichen Aufwendungen eine Überschreitung gegenüber dem Plan in Höhe von 16.835 Tsd. € festzustellen.

Der Personalaufwand inklusive Versorgung überstieg den Planansatz um 2.748 Tsd. €, wobei die Personalaufwendungen ohne Versorgung Überschreitung von 876 Tsd. € aufweisen.

Im Bereich Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen wurden Mittel in Höhe von 2.232 Tsd. € eingespart.

Die Abschreibungen weisen eine negative Abweichung in Höhe von 8.800 Tsd. € aus, zu einem bedeutsamen Teil (10.936 Tsd. €) verursacht durch ungeplante pauschale Einzelwertberichtigungen und unbefristete Niederschlagungen. Dabei blieben die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und die Abschreibungen auf Sachanlagen um 2.135 Tsd. € unter den Planwerten.

Bei der Position „Zuweisungen, Zuschüsse, besondere Finanzaufwendungen“ ist eine positive Abweichung in Höhe von 4.469 Tsd. € feststellbar. Auf einigen Kostenarten sind Steigerungen, z. B. Aufgrund des Ausbaus der Kinderbetreuung, erkennbar. Andere weisen positi-

²¹ Zum aktualisierten Planwert zählen der Ansatz, über- und außerplanmäßige Zusetzungen, sowie Sperrungen

Jahresabschluss 2014

ve Abweichungen aus, auch weil die Beschäftigungsförderungsmaßnahmen zwar aus Vereinfachungsgründen auf einer Kostenart geplant, im Ist aber auf andere Sachkonten kontiert werden.

Die Transferaufwendungen weichen um 16.951 Tsd. € vom Plan ab, hauptsächlich resultierend aus den Kosten der Unterkunft (+ 7.087 Tsd. €), Kassenbeiträgen (+ 1.003 Tsd. €), laufenden Leistungen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge (+ 2.507 Tsd. €), sowie Mehrbedarfen nach § 21 SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende, + 3.070 Tsd. €).

Die gegenüber der Planung niedrigeren Finanzerträge in Höhe von 10.015 Tsd. € ergeben sich aus einer Vielzahl von positiven und negativen Positionen, insbesondere Nachzahlungszinsen (- 7.285 Tsd. €) und Zinsen festverzinslicher Wertpapiere (- 1.776 Tsd. €).

Außerordentliche Erträge und Aufwendungen werden aufgrund ihres Charakters nicht geplant. Weitere Ausführungen zum Außerordentlichen Ergebnis sind dem Kapitel

Entwicklung der Ergebnisrechnung über fünf Jahre zu entnehmen.

2.6 Erläuterung der Plan-Ist-Abweichungen in den Dezernaten einschließlich bedeutsamer Investitionen, Aufgabenschwerpunkte

Im Folgenden werden die Plan-Ist-Abweichungen bezogen auf die Teilergebnishaushalte der Dezernate erläutert. Hierbei ist zu beachten, dass die Planzahlen die fortgeschriebenen Haushaltsansätze betreffen (Datenstand: August 2015).

2014 wurden keine nennenswerten organisatorischen Änderungen durchgeführt. Lediglich die Abteilungen Protokoll und kommunale Auslandsbeziehungen sowie das Magistratsbüro wurden vom Hauptamt zum Büro des Dezernates I (Oberbürgermeister) umgegliedert. Allerdings erfolgte die Umstellung im Rechnungswesen aus Gründen der Datenkonsistenz zum 01.01.2015.

Die Tabellen für die wichtigen Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen wurden aus dem Investitionscontrolling der Landeshauptstadt Wiesbaden (Datenstand: 4. Quartal 2014) generiert²² und auf den Stand nach Buchungsende aktualisiert.

Die Dezernate I bis VII weisen Abweichungen im Bereich „Erträge aus der Auflösung von Sonderposten“ aus. Gemäß Ziff. 3 zu § 38 der Hinweise zur Gemeindehaushaltsverordnung sind die Auflösungen der Sonderposten, deren Zuschusszweck ausschließlich dazu bestimmt war, die Auszahlungen zu decken, die von der Gemeinde selbst zu tragen sind, dem Produktbereich „Allgemeine Finanzwirtschaft“ zuzuordnen. Geplant wurde die Auflösung der Sonderposten noch in den Fachbereichen.

²² Die Auswahl der Maßnahmen erfolgte durch Benennung durch die Dezernate im Rahmen des Investitionscontrollings zu Jahresbeginn.

Jahresabschluss 2014

2.6.1 Dezernat I

Hauptamt (10), Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik (12), Revisionsamt (14), Amt der Stadtverordnetenversammlung (16), Feuerwehr (37), Sportamt (52)

Umorganisationen im Jahr 2014 (Abgabe/ Aufnahme von Ämtern/ Abteilungen im Dezernat):

Zur Optimierung von Abläufen und der Schaffung kürzerer Entscheidungswege wurden das Sachgebiet 100220 Magistratsbüro sowie die Abteilung 100300 Protokoll und kommunale Auslandsbeziehungen organisatorisch ab dem 01.07.2014 (im Rechnungswesen ab dem 01.01.2015) als neue Stabsstelle direkt dem Dezernat I zugeordnet.

Beschreibung der bedeutenden Handlungsfelder in 2014

Zu den Handlungsfeldern des Dezernates zählen:

- der Betrieb von Bürgerhäusern,
- die Sicherstellung von Dienstleistungen in den Ortsverwaltungen,
- die Durchführung von protokollarisch wichtigen Veranstaltungen der Landeshauptstadt Wiesbaden,
- die Sportförderung in Form von Bezuschussung von sportlichen Veranstaltungen sowie
- die Gewährung von Zuschüssen für vereinseigene Sportanlagen, der Betrieb von Sporthallen²³ und Sportanlagen und die Gewährleistung eines funktionierenden Feuerwesens.

Welche Ziele verfolgte das Dezernat im Jahr 2014?

Die Hauptzielbereiche lagen in der kontinuierlichen Verbesserung der Bausubstanz im Bereich der Bürgerhäuser und Sportanlagen, sowie die gleichbleibend hohe Förderung im Sportbereich.

Inwieweit wurden diese Ziele erreicht?

Die Sportförderung konnte auf hohem Niveau beibehalten werden. Im Bereich der Bürgerhäuser erfolgt die Durchführung der Instandhaltungsmaßnahmen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel und damit schrittweise. Aus unterschiedlichen Gründen entstehende Mehrkosten im Rahmen von Bauprojekten stellen die betroffenen Ämter vor Budgetprobleme.

²³ Im Folgenden SH

Jahresabschluss 2014

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2013	Fortgeschriebener Plan 2014	Ergebnis 2014
10 Summe der ordentlichen Erträge	-4.315	-5.007	-5.010
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	63.129	63.712	64.603
20 Verwaltungsergebnis	58.814	58.706	59.593
21 Finanzerträge	0	0	0
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5	0	0
23 Finanzergebnis	5	0	0
24 Ordentliches Ergebnis	58.819	58.706	59.593
25 Außerordentliche Erträge	-48	-13	-34
26 Außerordentliche Aufwendungen	144	1	34
27 Außerordentliches Ergebnis	96	-12	0
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	58.915	58.694	59.593
31 Ergebnis aus internen Leistungen	-10.835	-10.080	-12.472
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	48.080	48.614	47.121

Ordentlicher Aufwand

Eine signifikante Abweichung bei den Abschreibungen ist durch die Aktivierung des kombinierten Sport- und Bürokomplexes „Platz der deutschen Einheit“ zu beobachten (+ 395 Tsd. €). Insgesamt beträgt die Abweichung + 890 Tsd. €. Zu beachten ist, dass neben dem fortgeschriebenen Planansatz auch Überleitungsmittel aus 2013 in Höhe von 4.255 Tsd. € im Budget zu berücksichtigen sind. Durch ein gemäßigtes Ausgabeverhalten, sowohl aufgrund der Phase der vorläufigen Haushaltsführung als auch durch stockende Projekte, wurden von den Überleitungsmitteln nur rechnerisch 900 Tsd. € verbraucht.

Analyse Jahresergebnis/ Fazit

Das Ergebnis vor interner Leistungsverrechnung weicht um 898 Tsd. € vom fortgeschriebenen Planwert ab.

Wichtige Investitionsmaßnahmen des Dezernats (Tsd. €)

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme ²⁴	Ausgaben bis 2013	Istausgaben 2014	Noch verfügbar / Rest 2014 ²⁵
I.01701 SH alt I.03413 Gew. I.02258 SH I.02257 Tiefg.	52 Platz der Dt. Einheit	52.526	1.582	49.285	1.658
Der Sporthallen-Gewerbekomplex wurde im Mai 2014 fertiggestellt. Bis auf wenige Restarbeiten ist die Baumaßnahme abgeschlossen. Aufgrund des noch unsicheren Vorsteuerabzugs im Bereich der Tiefgarage verbleibt das Restbudget bis zur Bestätigung durch das Finanzamt auf dem Projekt.					

²⁴ Die Darstellung der Gesamtmaßnahme bezieht sich auf die in SAP verfügbaren Mittel, evt. weitergehende Beschlussfassungen bleiben hier unberücksichtigt.

²⁵ Die Angabe bezieht sich ausschließlich auf die Restmittel 2014. Ansätze der Folgejahre sind nicht berücksichtigt.

Jahresabschluss 2014

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme ²⁶	Ausgaben bis 2013	Istausgaben 2014	Noch verfügbar / Rest 2014 ²⁷
I.03976	52 SP ²⁸ - Igstadt, Neubau Kunstrasen	951	0	813	138
Die Maßnahme ist bis auf Restarbeiten weitestgehend abgeschlossen.					
I.03499	10 BGH ²⁹ Naurod Generalsanierung	1.955	420	591	-189
Die Maßnahme ist bis auf Restarbeiten weitestgehend abgeschlossen.					

Ausblick auf das Haushaltsjahr 2015

Die Hauptaufgabe in 2015 besteht im kontinuierlichen Abarbeiten der geplanten Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen. Mit Blick auf die knappen Haushaltsmittel 2016/2017 beginnen bereits in 2015 erste Konsolidierungsmaßnahmen.

Chancen und Risiken

Sanierungstätigkeiten im Bereich der Bürgerhäuser und Sporthallen bauen langsam den Instandhaltungsstau ab und erhöhen die Sicherheit für seine Nutzer.

Die notwendigen Maßnahmen können nur innerhalb des gegebenen personellen und finanziellen Rahmens abgearbeitet werden. Langfristig geplante Baumaßnahmen, die über mehrere Jahre laufen, bergen das Risiko von nicht voraussehbaren und oft erheblichen Kostensteigerungen.

²⁶ Die Darstellung der Gesamtmaßnahme bezieht sich auf die in SAP verfügbaren Mittel, evt. weitergehende Beschlussfassungen bleiben hier unberücksichtigt.

²⁷ Die Angabe bezieht sich ausschließlich auf die Restmittel 2014. Ansätze der Folgejahre sind nicht berücksichtigt.

²⁸ Sportplatz

²⁹ Bürgerhaus

Jahresabschluss 2014

2.6.2 Dezernat II

Rechtsamt (30), Umweltamt (36) und Amt für Soziale Arbeit (51)

Handlungsfelder

Das Rechtsamt bildet die interne Rechtsabteilung der Landeshauptstadt Wiesbaden und erbringt Serviceleistungen für die städtischen Gremien, Dezernate, Fachämter und Eigenbetriebe in allen Rechtsfragen.

Bedeutende Handlungsfelder des Umweltamtes waren die Fortführung der Projekte „Bäche ans Licht“, Hochwasserschutz Sonnenberg und die Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes unter Beteiligung der Bürgerschaft.

Ausbau Kinderbetreuung

Das strategische Ziel, den gesetzlichen Anspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder vom vollendeten ersten bis zum vollendeten dritten Lebensjahr zu erfüllen, wird durch den Ausbau der Kinderbetreuung weiterhin verfolgt. Insgesamt wurden bis zum Jahresende 2014 insgesamt 3.200 Betreuungsplätze U3 bei der Landeshauptstadt Wiesbaden, bzw. bei freien Trägern in Betrieb genommen. Für weitere 190 Plätze wurden die Ausbauentscheidungen getroffen und befinden sich im Bau bzw. in Vorbereitung.

SGB II (Hartz IV)

Das SGB II hat zwei wesentliche gesetzliche Aufgaben:

- 1) Erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und ihren Angehörigen durch die Grundsicherungsleistungen „...zu ermöglichen, ein Leben zu führen, das der Würde des Menschen entspricht“ (§ 1 Abs. 1 SGB II).
- 2) Erwerbsfähige Leistungsberechtigte durch gezielte Dienst- und Sachleistungen bei der Aufnahme, Ausweitung oder Beibehaltung einer Erwerbstätigkeit zu unterstützen.

Das kommunale Jobcenter im Amt für Soziale Arbeit hat im Dezember 2014

- 20.601 erwerbsfähige Leistungsberechtigte
- 30.415 Leistungsberechtigte - darunter
- 9.814 Sozialgeldbeziehender
- in 15.148 Bedarfsgemeinschaften

gefördert.

Das Leistungsgeschehen der kommunalen Jobcenter wird u. a. über Zielvereinbarungen mit dem Land Hessen und bundesweit geltenden Kennzahlen erfasst.

Im Jahr 2014 konnten 5.922 Personen in eine sozialversicherungspflichtige Arbeit, berufliche Ausbildung oder in Selbständigkeit integriert werden. Die Integrationsquote liegt zum Jahresende bei 24,5 % - dem vereinbarten Zielwert. Die Nachhaltigkeit dieser Integrationen erreicht im Vergleich zu den Rhein-Main-Städten mit 63,8 % aller Integrationen (Stand: 09/2014) einen Spitzenwert. Auch der Langzeitbezug (> 24 Monate) reduziert sich in

Jahresabschluss 2014

Wiesbaden anders als in allen anderen Rhein-Main-Städten mit durchschnittlich 0,8 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum leicht.

Ziele im Haushaltsjahr

Die Ziele des Dezernates für Umwelt und Soziales orientieren sich an den politischen Vereinbarungen der Koalitions-Parteien, die in dem Koalitionsvertrag vom 16.05.2011 niedergeschrieben sind. Diese Ziele sind für die laufende Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung von 2011 bis 2016 gültig und nicht für einzelne Jahre ausgewiesen.

Grad der Zielerreichung

Die Ziele, die in dem Koalitionsvertrag vom 16.05.2011 niedergeschrieben sind, vereinbaren Projekte für die verschiedensten Fachbereiche. Aufgrund unterschiedlichster Projektstrukturen und -laufzeiten ist eine jährlich detaillierte Aufstellung der oftmals jahresübergreifend geplanten und ausgeführten Projekte in dieser Form nicht möglich.

Viele Ziele wurden bereits erreicht. Für die übrigen Ziele befindet sich das Dezernat für Umwelt und Soziales jedoch in einem guten Zeitfenster, die vereinbarten Ziele bis zum Ablauf der Wahlperiode umsetzen zu können.

Plan-Ist-Abweichungsanalyse 2014

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2013	Fortgeschriebener Plan 2014	Ergebnis 2014
10 Summe der ordentlichen Erträge	-237.730	-242.566	-243.889
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	505.954	504.097	525.497
20 Verwaltungsergebnis	268.224	261.530	281.608
21 Finanzerträge	-70	-8	-10
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	54	0	315
23 Finanzergebnis	-16	-8	305
24 Ordentliches Ergebnis	268.208	261.522	281.914
25 Außerordentliche Erträge	-784	0	-321
26 Außerordentliche Aufwendungen	2.513	0	436
27 Außerordentliches Ergebnis	1.728	0	114
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	269.937	261.522	282.028
31 Ergebnis aus internen Leistungen	22.649	21.650	27.080
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	292.585	283.172	309.108

Ordentlicher Ertrag

Die Abweichungen in Höhe von ca. 1.323 Tsd. € resultieren aus dem Amt 51. Gründe für die Mehrerträge sind vielschichtig. Ein Beispiel sind die Mehrerträge im Bereich SGB XII Kapitel 4 in Höhe von 1.646 Tsd. €. Da es sich um eine 100 %ige Bundesbeteiligung an den Kosten handelt, stehen diesen Erträgen allerdings Aufwendungen in gleicher Höhe gegenüber. In diesem Betrag sind jedoch auch aufgrund einer Konsolidierungsmaßnahme geplante, aber nicht realisierte Erträge in Höhe von 4.108 Tsd. € enthalten.

Jahresabschluss 2014

Die Abweichungen bei Amt 36 ergeben sich aus:

- 122 Tsd. € Auflösung Rückstellung Photovoltaik gemäß Prüfbericht 2011.
- 26 Tsd. € Auflösung nicht verbrauchter Altlastenrückstellungen
- 163 Tsd. € Mehrerträge aus der Abrechnung von investiven Projekten von IM nach CO (Sonderposten zu nicht aktivierungsfähigen Aufwendungen bei I.02034 und I.03289)
- 48 Tsd. € Erstattung vom Bund für Klimaschutzkonzept

Ordentlicher Aufwand

Zu der Gesamtabweichung in Höhe von + 21.401 Tsd. € hat größtenteils (19.786 Tsd. €) das Amt 51 beigetragen. Die Abweichungen erklären sich zum Großteil durch Fallzahlsteigerungen und / oder Kostensteigerungen in den Bereich SGB XII Kapitel 3 und 4 und im SGB II.

Ein Zuschuss in Höhe von 843 Tsd. € wurde an Caritas zum Umbau des Bauhofes in Biebrich Süd-Ost gezahlt. Da im Ergebnishaushalt kein Ansatz vorhanden ist, erscheint der Zuschuss als zusätzlicher Aufwand, obwohl er im Förderantrag schon seit Jahren enthalten ist.

Finanzergebnis

Im Finanzergebnis besteht eine Gesamtabweichung 313 Tsd. €. Es wurde eine Rückstellung im Jahresabschluss 2014 gebildet zur Begleichung von Zinsverpflichtungen im Rahmen der Sozialen Stadt Biebrich und -Inneres Westend. Um den drohenden Mittelverfall abzuwenden wurden die Fördermittel in 2010, 2012 und 2013 vorzeitig abgerufen.

Jahresabschluss 2014

Analyse Jahresergebnis/ Fazit

Die Abweichung in Höhe von rd. 20.506 Tsd. € im ordentlichen Ergebnis ist das Ergebnis der Konsolidierung im Haushaltsplan 2014/2015 im Sozialbereich verbunden mit einmaligen Effekten bei der Stadterneuerung (Bildung einer Rückstellung und verbesserter Mittelabfluss durch Umsetzung von Großprojekten) und im Umweltbereich durch Auflösung von Rückstellungen für Altlasten und einer Photovoltaikanlage und Abrechnung von investiven Maßnahmen in den Ergebnishaushalt. Mit diesen Einmaleffekten lässt sich aus dem Jahresabschluss 2014 nur die Tendenz ableiten, dass ohne die einmaligen Effekte das bei der Haushaltsplanung 2014/2015 festgelegte Konsolidierungsziel nicht erreicht wurde.

Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernats (Tsd. €)

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme ³⁰	Ausgaben bis 2013	Istausgaben 2014	Noch verfügbar / Rest 2014 ³¹
I.01585.212	51 Ersatzneubau Kita Schlangebader Str.	2.633	2.434	0.187	-12
Maßnahme abgeschlossen. Inbetriebnahme August 2013. Ersatzneubau mit 3 Elementar- und 3 Krippengruppen					
I.02084.212	51 Neubau Kleinkinderhaus St. Veiter Platz	1.861	1.465	395	0
Maßnahme abgeschlossen. Inbetriebnahme Januar 2014. Anbau von 4 Krippengruppen.					
I.03086.212	51 Ersatzneubau Kita Geschwister-Stock-Platz	4.930	182	4.210	0
Vorgriff auf 2015. Maßnahme abgeschlossen. Inbetriebnahme Januar 2015. Ersatzneubau mit 4 Elementar- und 3 Krippengruppen.					
I.03573.212	51 Neubau Kita Wörtherseestraße	2.485	872	1.613	0
Maßnahme abgeschlossen. Inbetriebnahme Juli 2015. Neubau mit 3 Elementar- und 3 Krippengruppen.					

³⁰ Die Darstellung der Gesamtmaßnahme bezieht sich auf die in SAP verfügbaren Mittel, evtl. weitergehende Beschlussfassungen bleiben hier unberücksichtigt.

³¹ Die Angabe bezieht sich ausschließlich auf die Restmittel 2014. Ansätze im den Folgejahren sind nicht berücksichtigt.

Jahresabschluss 2014

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme ³²	Ausgaben bis 2013	Istausgaben 2014	Noch verfügbar / Rest 2014 ³³
I.03804.212	51 KT ³⁴ Wolfsfeld Neubau Grippe	1.347	82	1.265	0
Maßnahme abgeschlossen. Inbetriebnahme Oktober 2014. Anbau mit 3 Krippengruppen.					
I.00596	36 Sanierungsabschluss Walkmühle/Lackfabrik	1.830	799	21	924
Walkmühle: Bodenluftsanierung 04/2014 - 04/2015 u. Durchführung Grundwasserpumpversuch 01/15 Lackfabrik: Nachuntersuchung - Abschluss 2015; Grundwassermonitoring erfolgreich. Die Vergabe ist in 08/14 erfolgt.					
I.01455	36 HWL Hofgartenplatz, 2. Bauabschnitt (BA)	1.890	160	1.525	0
Baumaßnahme schreitet schneller voran als geplant. Mittelvorgriff auf 2015 ist erfolgt.					
I.02627	36 Kessel-/Wellritzbach Abtrennungs-Umsetzung	5.190	454	2.357	2.379
Der Bauabschnitt ³⁵ 1 (Spülleitung Kesselbach) wurde in 2014 gebaut; Bauabschnitt 2 (Spülleitung Wellritzbach) ist für 2015 geplant. Offene Bauabschnitte werden anschließend fortlaufend geplant.					
I.3540	36 Lärmschutzwand Schiersteiner Brücke BAB6143	925	0	0	0
Die Ausführungsvorlage ist für das 2. Quartal 2015 geplant.					

Ausblick auf das Haushaltsjahr 2015

Aufgrund extremer Wetterlagen, Klimaveränderungen, Urbanisierung oder Bachregulierungen kommt es vermehrt zu Hochwasserschäden. Der Hochwasserschutz muss in 2015 und den Folgejahren vorangetrieben werden.

Die weitere Entwicklung der Zuweisungen im Bereich Asyl / Flüchtlinge muss betrachtet und die für die nötige operative Umsetzung erforderlichen Ressourcen bereitgestellt werden.

³² Die Darstellung der Gesamtmaßnahme bezieht sich auf die in SAP verfügbaren Mittel, evtl. weitergehende Beschlussfassungen bleiben hier unberücksichtigt.

³³ Die Angabe bezieht sich ausschließlich auf die Restmittel 2014. Ansätze im den Folgejahren sind nicht berücksichtigt.

³⁴ Kindertagesstätte

³⁵ Im Folgenden BA

Jahresabschluss 2014

2.6.3 Dezernat III

Personal- und Organisationsamt (11), EB³⁶ Personalräte, Amt für Wirtschaft und Liegenschaften (80)

Handlungsfelder / Grad der Aufgabenerfüllung

Das Dezernat für Wirtschaft und Personal unterstützt und steuert die Ämter und den Eigenbetrieb TriWiCon bei Ihrer Aufgabenerfüllung. Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten erfüllen die Fachbereiche die Tagesgeschäfte optimal und wenn möglich, schaffen sie Freiraum für Projekte und zusätzliche Aufgaben.

Das Personal- und Organisationsamt führte eine Befragung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landeshauptstadt Wiesbaden zu psychosozialen Belastungen durch.

Das Personal- und Organisationsamt analysierte die Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung. Zur Steuerung erstellte das Amt eine Sitzungsvorlage und legte die erarbeiteten Empfehlungen dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vor.

Der Personalrat trug zu einer reibungslosen Nachbesetzung der Freistellungen und der Sekretariatskräfte bei.

Das Amt für Wirtschaft und Liegenschaften bearbeitet das städtische Grundvermögen, vom Grundstücksverkehr über die Fläche- und Projektentwicklung bis zur Vermietung, Verpachtung und Rechte an Grundstücken sowie die Vergabe und Verwaltung von Erbbaurechten an städtischen Flächen. Die zentralen Aufgaben im kommunalen Beschaffungs- und Vergabewesen und die Aufgaben um die Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung zählten ebenfalls zu den Handlungsfeldern des Amtes.

Die wesentlichen Ziele im Bereich der Liegenschaften beinhalten schwerpunktmäßig die Projektentwicklung z. B. Parkhaus Coulinstraße, Rahmenplanung Hessenring, die Vermietung und Verpachtung von Grundstücken, Grundstücksan- und -verkäufe sowie die Entwicklung und Planung verschiedener Flächen z. B. Hainweg und „Unter den Eichen“.

Im Bereich der Vergabe und Beschaffung konnte die Testphase der elektronischen Vergaben erfolgreich abgeschlossen und bereits eine Vielzahl von Vergaben elektronisch durchgeführt werden. Das Projekt „Verfahrensmigration AVA Software“ wurde erfolgreich eingeführt und produktiv gesetzt. Das jährlich durchgeführte Beschaffungscontrolling wurde weiterentwickelt. Ein weiteres Ziel der Referenzeinkaufsorganisation war die Einführung der digitalen Bestellübertragung und die Mitarbeit beim Upgrade SAP R/3 ERP/SRM.

Im Bereich der Vergabe und Beschaffung erfolgt eine Vielzahl von Vergaben elektronisch. Die Referenzeinkaufsorganisation setzte die digitale Bestellübertragung (per Mail) bei Kleinbestellungen unter 1.000 € erfolgreich um.

Die Wirtschaftsförderung als zentrale Anlaufstelle bei der Stadtverwaltung für Unternehmen pflegt enge Kontakte zur Wiesbadener Wirtschaft (sog. Bestandspflege), begleitet die Neu-

³⁶ Einzelbudget

Jahresabschluss 2014

oder Umsiedlung von Unternehmen innerhalb des Stadtgebietes und organisiert Netzwerkveranstaltungen.

Bei der Beschäftigungsförderung werden Projekte zur Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser in den ersten Arbeitsmarkt initiiert und durchgeführt. Jugendliche erhalten Unterstützung beim Übergang von der Schule in den Beruf. Für Existenzgründer und Start-ups gibt es von hier initiierte und (teil-)finanzierte Angebote zur Beratung und Netzwerkarbeit.

In der Hauptabteilung Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung wurden verschiedene Netzwerk-Veranstaltungen für Unternehmen durchgeführt, diverse gewerbliche Flächen zwischen Eigentümern und neuen Nutzern vermittelt und städtische Gewerbegrundstücke zum Verkauf angeboten. Diverse Beschäftigungsprojekte konnten verlängert werden, ein Kooperationsprojekt mit Schloss Freudenberg wurde beispielsweise neu aufgelegt.

Im Bereich der Liegenschaften wurden zur Realisierung städtischer Maßnahmen sowie zur gezielten Flächenbevorratung (z. B. Wolfsfeld Nord, Eichen, Hainweg) Grundstücke angekauft, getauscht und verkauft, diverse Flächen weiterentwickelt z. B. beim Gemeindezentrum Hessenring wurde der Entwurf des Rahmenplans erreicht und beim Hainweg startete in Verbindung mit der SEG Stadtentwicklungsgesellschaft mbH³⁷ der B-Plan³⁸. Bei der Entwicklung des Wohngebiets Eichen wurde ein städtebaulicher Wettbewerb durchgeführt. Weiterhin wirkte das Amt aktiv an der Entwicklung neuer Wohnbauflächen, insb. Wolfsfeld Nord, Eichen und Hainweg mit. Der Abriss und Neubau des Parkhauses Coulinstraße wurde vorangetrieben sowie die Aktivierung und Entwicklung vom Abraham-Lincoln-Park. Zudem unterstützte das Amt aktiv die Ansiedlung der Firma AbbVie, nicht zuletzt durch die Bereitstellung von Parkflächen für PKW, womit auf lange Sicht hohe Steuererträge für die LHW gesichert werden konnten.

Beim Neubau der Rhein-Main-Hallen³⁹ zählt die Überwachung der Einhaltung des Terminplanes sowie der geplanten Kosten zu den Zielen als zuständiges Dezernat für den bauausführenden Eigenbetrieb TriWiCon. Ziel ist es die Rhein-Main-Hallen im Januar 2018 wieder zu eröffnen.

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2013	Fortgeschriebener Plan 2014	Ergebnis 2014
10 Summe der ordentlichen Erträge	-13.684	-12.731	-13.815
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	33.525	33.015	34.471
20 Verwaltungsergebnis	19.840	20.283	20.656
21 Finanzerträge	-24	0	-5
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	360	6	38
23 Finanzergebnis	335	6	33
24 Ordentliches Ergebnis	20.175	20.290	20.689
25 Außerordentliche Erträge	-4.683	0	-3.855
26 Außerordentliche Aufwendungen	6.149	0	1.513
27 Außerordentliches Ergebnis	1.466	0	2.342
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	21.642	20.290	18.347
31 Ergebnis aus internen Leistungen	-12.219	-14.390	-14.798
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	9.423	5.900	3.548

³⁷ Im Folgenden SEG

³⁸ Bebauungsplan

³⁹ Im Folgenden RMH

Jahresabschluss 2014

Ordentlicher Ertrag

Aufgrund erhöhter Nachfragen bei den Personaldienstleistungen für Gestellungen in den BgA⁴⁰ sowie erhöhter Erstattungen des Bundes für Auszubildende, die im kommunalen Jobcenter ihren Einsatz fanden, konnten die ordentlichen Erträge des Personal- und Organisationsamtes erhöht werden.

Dem Amt für Wirtschaft und Liegenschaften gelang es Mehreinnahmen bei den Verpachtungen, sowie durch Erstattungen in Form von Eingliederungszuschüssen bei Beschäftigungsförderungsprojekten, zu generieren.

Ordentlicher Aufwand

Gegenüber dem fortgeschriebenen Planwert ergibt sich eine Überschreitung in Höhe von 1.457 Tsd. €. Jedoch ergibt sich unter Einbeziehung der von 2013 nach 2014 übertragenen Haushaltsmittel eine Unterschreitung der Planwerte um 4.832 Tsd. €.

Die Ursache liegt bei den Personaldienstleistungen für Gestellungen in den BgA sowie bei den Erstattungen des Bundes für Auszubildende, die im kommunalen Jobcenter Ihren Einsatz fanden. Weitere Einsparungen konnten durch personelle Veränderungen, die zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung noch nicht bekannt waren sowie verzögerte Stellenbesetzungen erzielt werden.

Finanzergebnis

Aufgrund der Steuernachzahlung bei den Parkhäusern entstanden unvorhersehbare Nachzahlungszinsen. Die große Abweichung gegenüber dem Ergebnis des Vorjahrs (- 306 Tsd. €) resultiert ebenfalls aus Nachzahlungszinsen aufgrund einer Steuerprüfung.

Außerordentliches Ergebnis

Durch die Veräußerung von Flächen bzw. Grundstücke konnten Erträge in Höhe von 3.764 Tsd. € erzielt werden. Dies führt insgesamt zu einem Außerordentlichen Ergebnis in Höhe von - 2.343 Tsd. €. Die Grundstücke wurden verkauft oder liegen nicht mehr in der Zuständigkeit des Amtes für Wirtschaft und Liegenschaften.

Analyse Jahresergebnis/ Fazit

Das Ergebnis vor Interner Leistungsverrechnung schließt mit einer positiven Abweichung in Höhe von 1.943 Tsd. € gegenüber dem fortgeschriebenen Planwert ab.

Auf der Grundlage des beschlossenen Haushaltssicherungskonzeptes suchten die Fachbereiche nach Wegen, um mit den beschlossenen Mitteln nicht nur das laufende Geschäft, sondern neue Aufgaben effizienter zu gestalten. Dies ist im vollen Umfang gelungen.

⁴⁰ Betrieb gewerblicher Art

Jahresabschluss 2014

Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernats (Tsd. €)

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme ⁴¹	Ausgaben bis 2013	Istausgaben 2014	Noch verfügbar / Rest 2014 ⁴²
I.03414	Investitionszuschuss Neubau RMH	22.127	2.426	5.502	14.199
Im August begann der planmäßige Abriss der alten RMH, es gilt den Zeit- und Kostenplan bis zur Eröffnung in 2018 einzuhalten.					
I.00129	11 Investive Beschaffungen	310	65	51	174
Einführung des Loga-Batchmodus					

Ausblick auf das Haushaltsjahr 2015

Das Personal- und Organisationsamt führt die Planung und Umsetzung der Sofortmaßnahmen aus der Mitarbeiterbefragung durch und stellt die Weiterführung der Projekte Integriertes Gesundheitsmanagement und Beruf und Familie sicher. Loga wird um das integrierte Chart Modul „org.manager“ erweitert.

Im Jahr 2015 werden weitere Steuernachzahlungen für das BgA Parkplätze anfallen, die bei der Haushaltsplanaufstellung in dieser Höhe nicht vorhersehbar waren.

Dennoch ist zunächst davon auszugehen, dass die Aufgaben des Amtes erledigt und die Zielsetzungen erreicht werden können.

Die Entwicklung des Abraham-Lincoln-Parks sowie der Abriss und Neubau des Parkhauses Coulinstraße werden umgesetzt. Die Entwicklung des Hainwegs und der Wohnbauflächen wird fortgesetzt. Die Sanierung des Schläferskopfturms soll begonnen und abgeschlossen werden. Der Abriss des Parkhauses Coulinstraße führt zu vorübergehenden Mindererträgen.

Chancen und Risiken

Durch die Nachbesetzungen der Freistellungen sowie der Sekretariatskräfte beim Personalrat ist zum Ende des Jahres 2015 mit einem Defizit bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen zu rechnen.

Ein mögliches Risiko birgt der Abbruch des Parkhauses Coulinstraße mit den damit verbundenen Einnahmeverlusten. Ebenso kann die weitere Nachzahlung der Steuern bei dem BgA Parkplätze zu höheren Aufwendungen führen, die nicht im Haushalt berücksichtigt sind. Die Betriebsprüfung wird voraussichtlich das ganze Jahr 2015 in Anspruch nehmen.

⁴¹ Die Darstellung der Gesamtmaßnahme bezieht sich auf die in SAP verfügbaren Mittel, evt. weitergehende Beschlussfassungen bleiben hier unberücksichtigt.

⁴² Die Angabe bezieht sich ausschließlich auf die Restmittel 2014. Ansätze im den Folgejahren sind nicht berücksichtigt.

Jahresabschluss 2014

2.6.4 Dezernat IV

Stadtplanungsamt (61), Bauaufsichtsamt (63), Hochbauamt (64), Tiefbau- und Vermessungsamt (66)

Handlungsfelder

Neben den klassischen Tätigkeiten im Hoch- und Tiefbau mit direktem Einfluss auf das Vermögen der LH Wiesbaden, erstrecken sich die Handlungsfelder vielfach auf Planungen und Rahmensetzungen im Bauplanungs- und Bauordnungsbereich, die generell das Leben in der Gemeinde in vielfältiger Weise gestalten und beeinflussen.

Handlungsfelder im Haushaltsjahr

Hierzu gehörten im Geschäftsjahr:

- die Fortschreibung des Flächennutzungsplans und des Verkehrsentwicklungsplans,
- die soziale Bodenordnung,
- die Schaffung von Baurecht für den Neubau Rhein-Main-Hallen,
- die Gewährleistung wohnortnaher Versorgung in den Stadtteilen,
- der vierspurige Ausbau der Boelckestraße,
- das Wisek (Wiesbadener integriertes Stadtentwicklungskonzept),
- die Entlastung des innerstädtischen Verkehrs,
- der Radverkehrsplan/ das Radverkehrsforum,
- die Stärkung des Rad- und ÖPNV⁴³-Verkehrs,
- die Entwicklung von Wohnbauland,
- die Fortführung des Entwicklungs- und Handlungskonzepts für den Stadtumbau Kostheim /Kastel,
- die Durchführung von Bauleit- und Baugenehmigungsverfahren für große und bedeutende Vorhaben,
- Neubau, Sanierung, Bauunterhaltung, Wartung, Energiemanagement und Reinigung der städtischen Gebäude,
- das Mietvertragsmanagement für die Verwaltungsgebäude,
- die Aufrechterhaltung der Mobilität und Gewährleistung der Verkehrssicherheit (Straßenzustandserfassung und -bewertung).

⁴³ Öffentlicher Personennahverkehr

Jahresabschluss 2014

Plan-Ist-Abweichungsanalyse 2014

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2013	Fortgeschriebener Plan 2014	Ergebnis 2014
10 Summe der ordentlichen Erträge	-13.830	-19.084	-11.713
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	74.988	69.277	64.789
20 Verwaltungsergebnis	61.157	50.193	53.076
21 Finanzerträge	-2		-0
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0		70
23 Finanzergebnis	-2		70
24 Ordentliches Ergebnis	61.155	50.193	53.146
25 Außerordentliche Erträge	-247		-661
26 Außerordentliche Aufwendungen	348	2	302
27 Außerordentliches Ergebnis	101	2	-359
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	61.256	50.194	52.786
31 Ergebnis aus internen Leistungen	-11.499	-1.327	-989
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	49.757	48.867	51.798

Die ordentlichen Erträge liegen 7.371 Tsd. € und die Aufwendungen 4.488 Tsd. € unter dem fortgeschriebenen Plan. Die Abweichungen ergeben sich aus der Veranschlagung in Höhe von 1.615 Tsd. € Allg. Finanzzuweisungen der Gemeinde/Gemeindeverbände.

Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten zeigen eine Abweichung in Höhe von 4.246 Tsd. €. Der Ist-Betrag für die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten war bereits in 2013 gemäß Ziff. 3 der Hinweise zu § 38 der GemHVO⁴⁴ dem Produktbereich „Allgemeine Finanzwirtschaft“ zugeordnet. Dadurch ergibt sich hier eine Abweichung.

Die Differenz i. H. v 2.570 Tsd. € aus den sonstigen ordentlichen Erträgen resultiert aus der Veranschlagung der Erträge der Baulandumlegung. Dem gegenüber steht entsprechend ein geringerer Aufwand für Einstellung in die Zwecksonderrücklage ebenfalls für die Baulandumlegung.

Insgesamt liegt das Ergebnis vor direkter Leistungsverrechnung um 2.070 Tsd. € über dem fortgeschriebenen Planwert.

⁴⁴ Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO)

Jahresabschluss 2014

Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernats (Tsd. €)

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme	Ausgaben bis 2013	Istausgaben 2014	Noch verfügbar / Rest 2014
I.00619	Straßenmeisterei der LHW - Investition	4.125	25	0	4.100
<p>Errichtung einer zentralen Straßenmeisterei der Landeshauptstadt Wiesbaden auf dem Grundstück Berliner Str. 112. Die Durchführung der Maßnahme setzt die Mitfinanzierung durch Dezernat III voraus. Die Maßnahme ist haushaltstechnisch mit 100 %iger Refinanzierung veranschlagt. Wiederanmeldung der Einsparung aus den Jahren 2014 (2.000.000 Euro) und 2015 (2.100.000 Euro) in den Jahren 2017/ 2018.</p>					
I.01488	KP ⁴⁵ Äppelallee-Friedrich-Bergius-Straße - Investition	1.100	0	45	1.055
<p>Umbau des Knotenpunktes Äppelallee/Friedrich-Bergius-Straße gemäß einer Verkehrsuntersuchung zur Strukturplanung Gewerbe Biebrich Schierstein. Baubeginn war im April 2015. Voraussichtliches Bauende Herbst 2015.</p>					
I.01521	Söhnleinstraße Investition	1.471	192	675	604
<p>Zur Sicherung des Wassergewinnungsgebietes Schierstein / Niederwalluf baut das Land Hessen (Abschnitt1) die Söhnleinstraße (K 638 und K 648) auf einer Länge von insgesamt 1.660 m um. In diesem Zusammenhang wird auch der „INTRA-Knoten“ (Einmündung K 638 / K 648) zu einem Kreisverkehrsplatz umgestaltet und ein Geh- und Radweg zwischen Niederwalluf und Schierstein angelegt. Die vom Land Hessen durchzuführende Baumaßnahme endet unmittelbar an der Ortsdurchfahrtsgrenze. Zur Fortführung einer durchgehenden Radwegeverbindung von Walluf bis Schierstein wird deshalb ein kombinierter Geh- und Radweg von der Ortsdurchfahrtsgrenze bis zur Kleinaustraße ausgebaut (Abschnitt 2). Der 1. BA wurde im September 2014 abgeschlossen. Geplante Bauzeit für den 2. BA ist Juni bis November 2015.</p>					
I.01845	Glarusstraße WI Investition	8.821	2.353	1.913	820
<p>Die Stadt Wiesbaden beabsichtigt zur innerstädtischen Verkehrsentslastung des Stadtteils Biebrich die vorhandene Glarusstraße (Kurfürstenstraße), die derzeit auf der Höhe der Straße „Am Rheinbahnhof“ endet, bis zur Breslauer Straße fortzuführen. Mit dem Bau der Glarusstraße entsteht eine wirkungsvolle Entlastung der Hauptverkehrsstraßen „Straße der Republik, Rathausstraße und Stettiner Straße“ in Biebrich. Weiterhin erhalten die Gewerbegebiete in Biebrich-Ost bzw. Amöneburg eine direkte Anbindung über den Amöneburger Kreisel an die A 671. Als Trennung zwischen der gewerblichen Nutzung und dem Wohnen entsteht ein breiter Grünzug auf den Flächen von InfraServ, der auch öffentlich nutzbar sein soll. Sowohl die Verfügbarkeit der Flächen von InfraServ, als auch die Herstellung des Grünzuges durch InfraServ sind gewährleistet. Diese Trennung wird wesentlich auch durch die Glarusstraße definiert. Die Umsetzung erfolgt in 3 Bauabschnitten im Zusammenhang mit der Förderung durch das Land Hessen. Der 1. und 2. BA⁴⁶ ist zwischenzeitlich baulich abgeschlossen. Der 3. BA ist in der Bauausführung (Baubeginn April 2015) und soll Ende 2015 fertiggestellt sein.</p>					

⁴⁵ Knotenpunkt

⁴⁶ Bauabschnitt

Jahresabschluss 2014

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme	Ausgaben bis 2013	Istausgaben 2014	Noch verfügbar / Rest 2014
I.01902	Goerdeler Straße - Bestand Investition	1.016	21	0	995
Umgestaltung der bestehenden Goerdelerstraße zwischen Graf-von-Galen-Straße und Anne-Frank-Straße in Wiesbaden-Klarenthal. Ausführung im Sommer 2015.					
I.02057	KP Konrad-Zuse-Straße/Daimlerring Investition	640	0	618	22
Maßnahme wurde im Oktober 2014 beendet.					
I.02296	Helenenstraße Investition	550	7	0	543
Grundinstandsetzung der Helenenstraße im Ortsbezirk Wiesbaden Westend/Bleichstraße. Die Ausführung wird nach ESWE-Netz-Arbeiten in 2015 zusammen mit Kanalarbeiten der ELW ⁴⁷ Anfang 2016 begonnen.					
I.02388	HWS ⁴⁸ Sonnenberg 2.BA Investition	2.565	371	1.240	294
Ausgehend von der Notwendigkeit der Verbesserung der Hochwassersituation in Sonnenberg bestand die einmalige Chance neben der Lösung für die Gewässerentwicklung und den Hochwasserschutz auch eine seit langem erwünschte und notwendige Neugestaltung des zentralen Sonnenberger Platzes umzusetzen. Die Umgestaltung und Aufweitung des Hofgartenplatzes ist eine große Verbesserung der Stadtgestaltung, der Sicherheit und Aufenthaltsqualität in diesem Bereich. Es wird ein Platzbereich geschaffen, der durch das offen verlaufende Gerinne des Rambach geprägt wird. Die zurzeit ungeordnete Stellplatzsituation wird durch eine geordnete, gestaltete Stellplatzanlage ersetzt. Die Bauausführung war Anfang 2015 und endet voraussichtlich im September 2015.					
I.02732	Stadtplatz/Platz der Deutschen Einheit Investition	1.039	0	738	301
Der Umgriff zum Stadt- und Quartiersplatz wurde bis zum Juni 2014 fertiggestellt. Zurzeit befindet sich der Quartiersplatz im Bau.					
I.03045	RAD ⁴⁹ Elisabethenstraße Investition	580	9	0	571
Herstellung einer durchgängigen Radwegeverbindung entlang der Elisabethenstraße im Zuge der Regionalparkroute zwischen der L 3017 (zwischen Hofheim-Wallau und Hochheim-Massenheim) und dem Abzweig der Wirtschaftswege zur Teutoburger-Wald-Straße bzw. Bildhauerwiese in Wiesbaden-Delkenheim. Laut StVV ⁵⁰ -Beschluss unter Punkt 2 kann die Umsetzung der Vorlage erst erfolgen, wenn seitens der Stadt Hochheim eine Beschlussfassung zugunsten einer zeitnahen Ertüchtigung der weiterführenden Strecke gefasst wurde. Die Stadt Hochheim ist angeschrieben, die Antwort steht jedoch noch aus. Der Zuschussbescheid nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz vom Land Hessen steht noch aus und wird frühestens in 2016 erwartet.					

⁴⁷ Entsorgungsbetriebe der LHW

⁴⁸ Hochwasserschutz

⁴⁹ Radweg

⁵⁰ Stadtverordnetenversammlung

Jahresabschluss 2014

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme	Ausgaben bis 2013	Istausgaben 2014	Noch verfügbar / Rest 2014
I.00216/ I.03760	Straßenbeleuchtung Energiesparlampen Investition	2.987	534	1.098	1.355
<p>Die Landeshauptstadt Wiesbaden betreibt insgesamt etwa 25.250 Leuchten im gesamten Stadtgebiet, davon sind noch 6.740 HQL-Leuchten (Quecksilberdampfleuchten). Der Austausch durch Natrium- und LED-Leuchten (in Anwohnerstraßen) bedeutet eine Energieeinsparung von ca. 1.100.000 kWh, was einer monetären Einsparung von etwa 170.000 € pro Jahr entspricht. Die Emissionseinsparung beträgt ca. 720.000 kg/CO₂ pro Jahr. Damit handelt es sich um eine hoch rentierliche Maßnahme, die den steigenden Energiekosten wirksam gegensteuert. Die Beauftragung erfolgt Zug um Zug entsprechend den Förderzusagen des ESWE Innovations- und Klimaschutzfonds.</p>					
I.03964	Mühlwiesenstraße Investition	1.300	0	19	1.281
<p>Neubau der Mühlwiesenstraße zwischen den Knotenpunkten 55 und 56, einschließlich Gehweg. Baubeginn April 2015, Bauende voraussichtlich Oktober 2015.</p>					

Jahresabschluss 2014

2.6.5 Dezernat V

Das Dezernat V umfasst das Amt für Zuwanderung und Integration (33), das Schulamt (40) und das Kulturamt (41)

Handlungsfelder / Ziele

Die wichtigsten Handlungsfelder des Dezernates gliedern sich wie folgt:

Amt für Zuwanderung und Integration

- Bündelung und Steuerung von Maßnahmen zur Umsetzung des gesamtstädtischen Wiesbadener Integrationskonzeptes. Geschäftsführung des Ausländerbeirates sowie vorbereitende Sachbearbeitung zur Einbürgerung und Staatsangehörigkeitsfeststellung.
- Die Weiterentwicklung der Dienstleistungsqualität der Ausländerbehörde, durch organisatorische und technische Veränderungen, wie z. B. die Umstellung auf eine proaktive Einladung der Kunden mit Terminvergabe.
- Die administrative Bearbeitung aller ausländerrechtlichen Angelegenheiten mit der aktuellen Herausforderung der Bewältigung stark ansteigender Asyl- und Flüchtlingszahlen.

Schulamt

- Sicherstellung eines geordneten Schulbetriebes, d.h. ausreichende Energiekosten, ausreichende Mittel für Instandhaltung und Sicherheit der Schulen und ausreichende Personalausstattung in den Schulen und der Kernverwaltung.
- Ausbau der Schulkinderbetreuung inkl. Übernahme der Hortplätze von Amt 51.
- Sanierung der Schulgebäude.
- Bereitstellung von ausreichendem Schulraum für die vorhandenen und die zukünftigen Bedarfe (neue Siedlungsgebiete, Zuzüge etc.)

Kulturamt

- Sicherstellung des kulturellen Angebotes und der kulturellen Vielfalt in Wiesbaden.

Dezernat

- Weiterentwicklung der Inklusion

Grad der Zielerreichung

Neben den Daueraufgaben im Bereich der Handlungsfelder, die im Rahmen der gegebenen Haushaltsmittel zu erbringen sind, wurden die Einzelziele im wesentlichen erreicht.

Jahresabschluss 2014

Plan-Ist-Abweichungsanalyse 2014

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2013	Fortgeschriebener Plan 2014	Ergebnis 2014
10 Summe der ordentlichen Erträge	-16.453	-20.997	-16.584
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	95.748	100.800	103.394
20 Verwaltungsergebnis	79.295	79.803	86.810
21 Finanzerträge	-4	0	0
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3	0	0
23 Finanzergebnis	-1	0	0
24 Ordentliches Ergebnis	79.294	79.803	86.810
25 Außerordentliche Erträge	-1.522	0	-4
26 Außerordentliche Aufwendungen	116	0	418
27 Außerordentliches Ergebnis	-1.406	0	413
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	77.888	79.803	87.223
31 Ergebnis aus internen Leistungen	7.688	5.710	6.453
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	85.576	85.514	93.676

Ordentlicher Ertrag

Das Ergebnis 2014 bewegt sich auf dem Niveau von 2013, wobei die negative Abweichung in Höhe von - 4.413 Tsd. € durch das geänderte Verfahren⁵¹ zur Abrechnung der Sonderposten aus Investitionszuweisungen zu erklären ist. Ein großer Teil der Auflösungen wurde im Produktbereich „Allgemeine Finanzwirtschaft“ gebucht, der Planwert jedoch noch auf den Fachprodukten erfasst.

Ordentlicher Aufwand

Die Abweichungen ergeben sich (hauptsächlich im Schulamt) wie folgt:

- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (+ 4.684 Tsd. , hauptsächlich durch Instandhaltungen)
- die Abschreibungen (- 1.491 Tsd. €)
- die Zuschüsse durch den Ausbau der Kinderbetreuung an den Grundschulen,

Außerordentliches Ergebnis

Die Beträge ergeben sich hauptsächlich aus nicht aktivierungsfähigen Kosten (385 Tsd. €).

Analyse Jahresergebnis/ Fazit

Insgesamt liegt das ordentliche Ergebnis um 7.007 Tsd. € über dem fortgeschriebenen Planwert.

⁵¹ Gemäß Ziff. 3 der Hinweise zu § 38 Gemeindehaushaltsverordnung.

Jahresabschluss 2014

Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernats (in Tsd. €)

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme ⁵²	Ausgaben bis 2013	Istausgaben 2014	Noch verfügbar / Rest 2014 ⁵³
I.00255	40 Comeniuschule Ersatzneubau	3.207	1.319	0	1.529
Die Schule wird zum Schuljahr 2015/16 in Betrieb gehen. In 2015 wird die zweite Rate des Investitionszuschusses gezahlt werden.					
I.03440	40 Fliedner-Schule Ausbau Vollgymnasium	10.767	0	883	2.384
Die Ausführungsvorlage befindet sich im Geschäftsgang					
I.03762	40 Carl-von-Ossietzky-Schule Neubau	15.000	0	0	1.000
Die Maßnahme verzögert sich durch umfangreiche Gutachten für den Arten- und Klimaschutz.					
I.00612	41 Errichtung eines Stadtmuseums	19.144 Abzgl. 5 Mio. € Einnahmen	2.927	0	11.218
Das Projekt wird nicht weiter verfolgt, die Kreditermächtigung dient der (Teil-)Finanzierung der Albert-Schweitzer-Schule.					

Ausblick auf das Haushaltsjahr 2015

Auch in Zukunft wird eine Herausforderung darin bestehen, die Aufgaben mit den vorhandenen Haushaltsmitteln zu erfüllen.

Im Bereich der Investitionen und Instandhaltung wurde mit der Erhöhung der Mittel dem hohen Instandhaltungsbedarf Rechnung getragen. Aufgrund des baulichen Zustands der Schulen sind auch in den Folgejahren weiterhin entsprechende Instandhaltungsmittel bzw. Mittel für Generalsanierungen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel einzuplanen.

⁵² Die Darstellung der Gesamtmaßnahme bezieht sich auf die in SAP verfügbaren Mittel, evtl. weitergehende Beschlussfassungen bleiben hier unberücksichtigt.

⁵³ Die Angabe bezieht sich ausschließlich auf die Restmittel 2014. Ansätze im den Folgejahren sind nicht berücksichtigt.

Jahresabschluss 2014

2.6.6 Dezernat VI

Kämmerei (20), Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz (39), Gesundheitsamt (53)

Handlungsfelder

Die Kämmerei ist Dienstleister für Entscheider in Gremien, Ämtern und Beteiligungen bei der Erfüllung der Aufgaben im kommunalen Unternehmensverbund „Landeshauptstadt Wiesbaden“. Zu den Schwerpunkten der Kämmerei zählen die Aufstellung des städtischen Haushalts, sowie die Erstellung des Jahres- und Gesamtabchlusses, das Finanzcontrolling mit dem entsprechenden Berichtswesen, sowie das Beteiligungsmanagement. Zudem das IT-Management und der Betrieb des SAP-Kompetenzzentrums als Fachabteilung für die Informationsmanagement und IT-Service (SAP) sowie die Projekte e-Akte und WinKoSi/PIWi⁵⁴.

Neben der Lebensmittelüberwachung und Verbraucherschutz, der Tierseuchen- und Fleischhygiene gehört auch der Tierschutz in den Zuständigkeitsbereich des Amtes für Veterinärwesen und Verbraucherschutz.

Das Gesundheitsamt nimmt Aufgaben nach dem hessischen Gesetz über den Gesundheitsdienst in der Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten, der Prävention und Gesundheitsförderung insbesondere im schulärztlichen Bereich, der hygienischen Überwachung von Einrichtungen und der Überwachung der Hausanschlüsse und Aufbereitungsanlagen für Warmwasser nach der Trinkwasserverordnung wahr. Daneben führt das Gesundheitsamt eine Reihe öffentlichkeitswirksamer Veranstaltungen durch, wie u. a. die Hess. Gesundheitstage, Patiententage Wiesbaden und die Reihe „Verständliche Medizin“ die im Rathaus stattfindet.

Welche Ziele verfolgte das Dezernat im Jahr 2014?

Das Dezernat verfolgte das Ziel des Koalitionsvertrages zur Netto-Neuverschuldung Null. Es wurde ein ausgeglichener Haushalt angestrebt und mit Kräften verfolgt.

Inwieweit wurden diese Ziele erreicht?

Das Dezernat konnte im Jahresverlauf darauf hinwirken, dass trotz des prognostizierten Fehlbetrags von 21.412 Tsd. € (Haushaltsplan, ohne ÜPL⁵⁵, Sperren und Budgetüberleitungen) mit einem IST-Ergebnis von - 16.407 Tsd. € das Jahr 2014 abgeschlossen wurde. Und damit ein um 5.004 Tsd. € besseres Ergebnis zu erreichen. Das Ziel Netto-Neuverschuldung Null, konnte durch die Aufnahme eines Kredites von 50.000 Tsd. € für den Sporthallen- und Bürokomplex „Platz der deutschen Einheit“ nicht erfüllt werden. Derart große Projekte haben jedoch Seltenheitscharakter.

⁵⁴ Windows Kommunalen Sitzungsdienst / Politisches Informationssystem Wiesbaden (beides Ratsinformationssysteme)

⁵⁵ Überplanmäßiger Aufwendungen/Auszahlungen

Jahresabschluss 2014

Plan-Ist-Abweichungsanalyse 2014

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2013	Fortgeschriebener Plan 2014	Ergebnis 2014
10 Summe der ordentlichen Erträge	-18.097	-17.934	-19.034
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	35.277	28.032	29.890
20 Verwaltungsergebnis	17.181	10.098	10.857
21 Finanzerträge	-23.564	-3.355	-3.702
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	1
23 Finanzergebnis	-23.563	-3.355	-3.701
24 Ordentliches Ergebnis	-6.382	6.743	7.156
25 Außerordentliche Erträge	-2.410	0	-127
26 Außerordentliche Aufwendungen	12.608	0	4.880
27 Außerordentliches Ergebnis	10.198	0	4.754
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	3.815	6.743	11.909
31 Ergebnis aus internen Leistungen	755	-643	-3.838
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	4.571	6.100	8.071

Ordentlicher Ertrag

Die positive Entwicklung beim ordentlichen Ertrag (+ 1.100 Tsd. €) ist bedingt durch die in 2014 höher ausgefallene Konzessionsabgabe.

Ordentlicher Aufwand

Der ordentliche Aufwand differiert in Höhe von 1.858 € vom Planansatz. Der Grund liegt hauptsächlich in der Kostenartengruppe „Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Sach- und Dienstleistungen“ (+1.132 Tsd. €), verursacht durch gestiegene Aufwendungen bei IT-Projekten (z. B. Ausbau der e-Akte). Der Betrag ist jedoch gedeckt durch übergeleitete Mittel aus Vorjahren.

Finanzergebnis

Die Diskrepanz im Finanzergebnis lässt sich auf höhere Bürgschaftsprovisionen zurückführen.

Außerordentliches Ergebnis

Die Veränderung des außerordentlichen Ergebnisses ist begründet aus den außerordentlichen Aufwendungen in Höhe von 4.880 Tsd. € in 2014. Sie setzt sich aus folgenden Posten der Abschreibungen auf Finanzanlagen zusammen: 152 Tsd. € Korrektur der Abschreibung 2013 TriWiCon, 3.337 Tsd. € Abschreibung 2014 TriWiCon, 1.390 Tsd. € Abschreibung 2014 mattiaqua. Zudem gab es einen außerordentlichen Ertrag in Höhe von 127 Tsd. € (Zuschreibung Ertrag mattiaqua). Zu diesen Vorgängen wurde im Risikobericht Stellung genommen.

Jahresabschluss 2014

Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernats (Tsd. €)

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme ⁵⁶	Ausgaben bis 2013	Istausgaben 2014	Noch verfügbar / Rest 2014 ⁵⁷
I.03333	20 ITM Produktivgang eAkten	2.882	799	1.207	491
Diese Restmittel sind insbesondere notwendig, um die beschlossenen Maßnahmen auf Basis der getroffenen Beschlüsse der politischen Gremien zum Ausbau der eAkten fortzusetzen bzw. umsetzen zu können.					
I.03935	20 PIWi investive Beschaffungen	450	0	240	10
WinKoSi/PIWi werden derzeit auf ein aktuelles technisches Niveau gehoben. Die Restmittel sind insbesondere notwendig, um die beschlossenen Maßnahmen auf Basis der getroffenen Beschlüsse der politischen Gremien zum Ausbau der RIS ⁵⁸ umsetzen zu können.					
I.03403	20 ITM Ausstattung Technikräume	304	0	0	304
Die geplanten Mittel sollten für die Ausstattung der Technikräume mit Klimaanlage und USVs ⁵⁹ verwendet werden. Bisher bestand noch kein Handlungsbedarf. Mögliche Verwendung in 2015 für TK ⁶⁰ -Baugruppen, die für IP-Telefonie ⁶¹ nötig sind.					
I.03217	20 Instandhaltung Technikräume	300	35	99	116
Es wurden bereits zentral gelegene Technikräume (Netzknoten) baulich saniert. Ein Netzknoten wurde in einen bereits sanierten Raum verlegt und die Sanierung eines weiteren zentralen Technikraums wurde begonnen. Sukzessive werden weitere zentrale Technikräume saniert.					

Ausblick auf das Haushaltjahr 2015

Das Haushaltsjahr 2015 steht unter dem Vorzeichen der Haushaltsberatungen. Die Herausforderung wird darin bestehen, unter der angespannten Finanzlage einen ausgeglichenen und genehmigungsfähigen Haushaltsplanentwurf für die Jahre 2016 und 2017 zu erstellen.

⁵⁶ Die Darstellung der Gesamtmaßnahme bezieht sich auf die in SAP verfügbaren Mittel, evtl. weitergehende Beschlussfassungen bleiben hier unberücksichtigt.

⁵⁷ Die Angabe bezieht sich ausschließlich auf die Restmittel 2014. Ansätze im den Folgejahren sind nicht berücksichtigt.

⁵⁸ Ratsinformationssystem

⁵⁹ Unterbrechungsfreie Stromversorgung

⁶⁰ Telekommunikation

⁶¹ Kurzform für Internet-Protokoll-Telefonie; auch Internet-Telefonie genannt.

Jahresabschluss 2014

2.6.7 Dezernat VII

Kassen- und Steueramt (21), Ordnungsamt (31), Bürgeramt (34), Grünflächenamt (67)

Beschreibung der bedeutenden Handlungsfelder in 2014

Kassen- und Steueramt

- Zum Jahresbeginn 2014 wurde das SEPA-Lastschrift-Verfahren eingeführt. Neben dem Mehr an Verwaltungsaufwand kam es zu einer Verlagerung von Arbeiten vom Fachbereich Steuern zum Fachbereich Kasse, ohne dass dies zu einer spürbaren Arbeitserleichterung im Fachbereich Steuern geführt hat.
- Die Inventur des beweglichen Anlagevermögens (im 5-Jahresthrythmus) wurde erfolgreich bewältigt.
- Die Einführung der eAkte in den Bereichen Finanzbuchhaltung, Stammdatenbuchhaltung, Service- und Forderungsmanagement sowie in der Vollstreckung ist erfolgreich umgesetzt worden. Es sind bei Amt 21 nur noch geringe Teilbereiche nicht an die eAkte angeschlossen (zentrale Dienste und Steuerberatung, Spenden).
- Die Einführung von e-invoicing (elektronischer Rechnungseingang) für Vorgänge mit Bestellbezug ist in 2014 erfolgreich gelaufen.
- Mit dem Hochbauamt als Pilotbetrieb wurde eingeführt, die Dauerbuchungen über x-flow vorzunehmen und somit keine Papierbelege mehr zu erzeugen.
- Im Jahr 2014 wurde ein Stellenbesetzungsverfahren für die Amtsleitung des Kassen- und Steueramtes durchgeführt. Seit dem 01.01.2015 hat Herr Stein die Amtsleitung übernommen.

Ordnungsamt

- Für die Abteilung Stadtpolizei des Ordnungsamtes mit über 100 Beschäftigten wurde mit Hilfe des Zentralen Dienstes ein organisations- und aufgabenspezifisches, integriertes IT-Verfahren für die Personalverwaltung, Schichtadministration, Dienst- und Einsatzplanung sowie für die elektronische Zeitwirtschaft und Arbeitszeiterfassung eingeführt, um die bisher sehr hohen manuellen Planungs- und Verwaltungsaufwände zu reduzieren.
- Das Ordnungsamt hat im Nachgang zur Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung unter Beachtung der Vorgaben der Revision in 2014 erhebliche Optimierungen im Bereich Waffen vorgenommen.
- Die Bereiche Waffen, Jagd, Fischerei und Bußgeldstelle sollen auf die E-Akte umgestellt werden. Hierfür stehen zwei Mitarbeiter mit 50 % ihrer Arbeitszeit dem Projekt E-Akte zur Verfügung. Die Vorbereitungsarbeiten für den Bereich Waffen, Jagd und Fischerei laufen gut, so dass in 2016 mit einem Produktivgang gerechnet werden kann.
- Die Arbeit des HaLT-Bündnis (Hart am Limit) hat sich in den letzten Jahren etabliert, bewährt und ist in der LH Wiesbaden zu einem festen Bestandteil der Alkoholprävention bei Kindern und Jugendlichen geworden. Im Rahmen des HaLT-Bündnis werden ganzjährig umfangreiche Maßnahmen durchgeführt. Dazu gehören u. a.: zentrale Einlieferung von Kindern und Jugendlichen mit einer Alkoholintoxikation in die Horst-Schmidt-Kliniken, Jugendschutzkontrollen durch das Ordnungsamt (inzwischen durch ein feststehendes Team) und durch die Polizeidirektion bei Veranstaltungen (Fastnacht, Theatrium, Hafenfest, Folklore).

Jahresabschluss 2014

- Das Konzessionsverfahren im Bereich Taxigewerbe wurde angewendet, um wirtschaftlich nicht lebensfähige und sich nicht an Regeln haltende Taxibetriebe vom Markt zu nehmen.
- Eine Bestandsaufnahme mit den Problembereichen und Handlungserfordernissen beim Bewachungsgewerbe liegt vor. Zudem wurden inzwischen bereits die aus der Vergangenheit bestehenden Defizite vollständig aufgearbeitet und ausgeräumt.
- Bei der Abteilung „Straßenverkehrsbehörde“ wurden im Jahr 2014 verschiedenste Aufgabenbereiche verfolgt. Dazu gehören u. a.: angeordnete Baustelleneinrichtungen, Sondernutzungen wie z. B. Gerüstbau oder Kranstellungen, Ausnahmegenehmigungen (Bewohnerparken, Soziale Dienste etc.), Umzugsbeschilderung, Sondernutzung, Außenbewirtschaftungsflächen, Warenauslagen, Werbeständer, Info-Stände, Umweltzone: Genehmigungen, Ablehnungen, Angelegenheiten von Ortsbeiräten, Straßenverkehrsrechtliche Anordnungen auf Grund geänderter Verkehrsführung oder Straßenneubau, federführende Bearbeitung von Schwerlasttransporten durch das Stadtgebiet Wiesbaden und Einführung des Handwerkerparkausweises.

Bürgeramt

- Die Ermittlung des Raum- und Flächenbedarfs durch das Bürgeramt bei der Standortplanung Stielstraße ist erfolgt. Gespräche mit der SEG Stadtentwicklungsgesellschaft mbH und Amt 80 haben bereits stattgefunden.
- Alle Ablaufprozesse und Stellenbeschreibungen in der Abteilung Standesamt wurden überprüft und optimiert, Fall- und Kennzahlen sind erhoben und zur Steuerung aufbereitet. Die Öffnungszeiten sind den Bedürfnissen der Kunden angepasst. Eine neue Organisationsstruktur liegt vor. Fast alle Arbeitsprozesse sind durch Amt 11 bewertet, erste Prozesse wurden optimiert, ein externer Workshop zur Begleitung der Mitarbeiter hat stattgefunden. Erste Leistungen werden im Bürgerserviceportal angeboten.
- Ein elektronischer Traukalender wurde gemeinsam mit den Vororten auf der Wiesbaden Seite eingerichtet. Eine Terminreservierung online ist noch nicht möglich.
- Für die Kunden der Abteilungen Kfz- und Fahrerlaubnis wurde eine online-Terminreservierung im Bürgerserviceportal eingerichtet.
- Das Großkundengeschäft wird erweitert und dadurch eine Einnahmensteigerung herbeigeführt. Neue Aufgabenzuwächse sind mit DAD⁶² besprochen und vereinbart.
- Eine Umstellung des Ablaufs in Bezug auf Ausgabe und Verwahrung von Dokumenten, Siegeln und Plaketten wurde vollzogen. Der Optimierungsprozess mit Amt 14 ist ange laufen. Kontrollen wurden verstärkt. Ein Plakettenprogramm wurde gekauft und befindet sich zurzeit noch im Testlauf.
- Beim Fundbüro wurde die Aufbewahrungslogistik optimiert sowie mögliche Verkleinerungen der Lagerfläche umgesetzt.
- Die Europawahl wurde vorbereitet und durchgeführt.
- Das Melderegister wurde bereinigt und durch Objektkontrollen fortgeschrieben (10 Objekte wurden 2014 kontrolliert).
- Die Online-Briefwahlbeantragung wurde für Amt und Bürger erleichtert. Der Dienst ist im Bürgerserviceportal eingerichtet und wurde um ein Backoffice-Modul ergänzt und dadurch optimiert.

⁶² Deutscher Auto Dienst

Jahresabschluss 2014

Grünflächenamt

- Ein wesentlicher Schwerpunkt des Jahres 2014 bestand in der Neustrukturierung der Abteilung „Zentrale Dienste“ incl. der Wiederbesetzung der offenen Planstellen. Darüber hinaus wurden diverse Arbeitsinstrumente für die Fachbereiche geschaffen, Prozesse definiert und überarbeitet, Prozesssicherheit hierdurch hergestellt. Die Bereitstellung von Steuerungsinstrumenten sowohl für die Amtsleitung wie auch die Fachabteilung haben hier einen wesentlichen Anteil eingenommen.
- In der Abteilung Grünflächen und Friedhöfe lag der Handlungsschwerpunkt in 2014 u. a. auf der Fertigstellung und Einweihung der Regionalparkstation Rathenauplatz MZ-Kastel (Gesamtkosten ca. 193 Tsd. €) sowie der Grünanlage Mathildenhof MZ-Kostheim (Gesamtkosten ca. 230 Tsd. €), Erneuerung der Juliusstraße im Frühjahr 2014 sowie der Lesselallee im Herbst 2014, Pflanzung von 150 neuen Bäumen im Stadtgebiet, Umgestaltung der Biebricher Allee (Entfernung alter Heckenstrukturen und Einpflanzung von 150.000 Blumenzwiebeln), Planung und Herstellung der Kinderspielplätze Trompeterstraße und Künstlerviertel sowie die Planung der Außenanlagen und deren Herstellung für die KT Schlangenbader Straße, Wörtherstraße, Rübenacker, Wolfsfeld und Parkstraße, Räumung von Abteilen auf dem Südfriedhof Wiesbaden einschl. Flächenherrichtung gemäß Friedhofsentwicklungskonzept (Fortführung in 2015).
- Die Arbeit der Forstabteilung wurde 2014 insbesondere durch den Sommersturm und die anschließenden Starkregenfälle geprägt. Der Sturm prägte letztendlich das gesamte restliche Arbeitsjahr, da der halbe Jahreseinschlag von Sturmschäden betroffen war. Die Aufarbeitung ist bis zum heutigen Tag noch nicht ganz abgeschlossen, sie bescherte der Forstabteilung zwar Mehrerträge, aber auch deutliche Mehraufwendungen durch vermehrten Unternehmereinsatz. Auch die ständige, hohe ergonomische Belastung der Waldarbeiter, die seit letztem Juli ununterbrochen im Holzeinschlag tätig sind, äußert sich in Ausfallzeiten. Veranstaltungen wie das Erntedankfest, die Weinmesse und das Vorweihnachtliche Forsthaus konnten trotzdem mit Erfolg durchgeführt werden. Weitere Schwerpunkte waren die Mitarbeit an der Mountainbike-Strecke am Schläferskopf, die Sanierung des Forsthauses Dambachtal und die Kontrolle der neuen Jagdpächter, sowie Errichtung und Einweihung des Virtuellen Lehrpfades.
- In der Abteilung Fasanerie standen im Jahr 2014 die Umorganisation einschl. Erstellung von Arbeitsplatzbeschreibungen aller Mitarbeiter, Planung und Bau der Fuchs-Dachs-Anlage sowie Greifvogelanlage (1. Bauabschnitt), die Durchführung naturpädagogischer Veranstaltungen einschließlich Optimierung der Arbeitsabläufe sowie die Erweiterung des Angebotes an Fortbildungsmaßnahmen für städt. Mitarbeiter mit Schwerpunkt Gesundheit und Erlebnispädagogik und die Aufrechterhaltung bzw. Optimierung des Geschäftsbetriebes im Vordergrund.

Jahresabschluss 2014

Plan-Ist-Abweichungsanalyse 2014 (Tsd. €)

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2013	Fortgeschriebener Plan 2014	Ergebnis 2014
10 Summe der ordentlichen Erträge	-22.205	-22.930	-25.393
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	56.638	60.814	63.040
20 Verwaltungsergebnis	34.434	37.884	37.647
21 Finanzerträge	-1.925	-3.343	-2.310
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	0	0
23 Finanzergebnis	-1.925	-3.343	-2.310
24 Ordentliches Ergebnis	32.509	34.541	35.337
25 Außerordentliche Erträge	-8.649	-5	-143
26 Außerordentliche Aufwendungen	8.749	1	114
27 Außerordentliches Ergebnis	100	-4	-30
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	32.609	34.537	35.307
31 Ergebnis aus internen Leistungen	2.265	-2.754	-2.639
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	34.874	31.784	32.668

Ordentlicher Ertrag

Es ergibt sich ein Ertrag von 920 Tsd. € aus der Auflösung von Wertberichtigungen/ Niederschlagungen⁶³ (Zeile 21) und ein Mehrertrag im Großkundengeschäft bei der Zulassungsstelle (Zeile 34). Durch einen Sturm ergaben sich ebenfalls Mehrerträge im Holzverkauf.

Ordentlicher Aufwand

Eine Abweichung von 1.400 Tsd. € ergibt sich durch Abschreibungen auf Forderungen / Niederschlagungen (Zeile 21). Des Weiteren gibt es Mehraufwendungen beim Personal von 440 Tsd. €.

Finanzergebnis

Die Zinserträge fallen um 1.000 Tsd. € geringer als geplant aus.

Außerordentliches Ergebnis

Beim außerordentlichen Ergebnis sind keine erheblichen Abweichungen festzustellen.

Ergebnis aus internen Leistungen

Keine erheblichen Abweichungen gibt es beim Ergebnis aus internen Leistungen.

Analyse Jahresergebnis/ Fazit

Die oben genannten Abweichungen führen zu einem ordentlichen Mehrertrag von 3.000 Tsd. € und einem ordentlichen Mehraufwand von 3.000 Tsd. €, die sich gegenseitig aufheben.

Wobei die Differenz in Höhe von ca. 770 Tsd. € im Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung hauptsächlich aus geringeren Zinserträgen und Säumniszuschlägen im Finanzergebnis resultiert.

⁶³ Aufwand in gleicher Höhe

Jahresabschluss 2014

Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernats (Tsd. €)

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme ⁶⁴	Ausgaben bis 2013	Istausgaben 2014	Noch verfügbar / Rest 2014 ⁶⁵
I.03472	67 G Quartiersplatz Platz der dt. Einheit	1.500	0	246	1.254
Umsetzung der Maßnahme ist in vollem Gange und kann hoffentlich 2015 abgeschlossen werden.					

Ausblick auf das Haushaltsjahr 2015

Chancen und Risiken

Eine Chance ist die Steigerung der positiven öffentlichen Wahrnehmung durch die Aufrechterhaltung und den weiteren Ausbau der Servicequalität für die Bürgerinnen und Bürger aber auch der städtischen Gremien, insbesondere Beantwortung und Abarbeitung der Gremienbeschlüsse. Standortoptimierungen können zudem dazu beitragen, eine bessere Erreichbarkeit der einzelnen Organisationseinheiten zu gewährleisten und durch die Schaffung eines positiven Klimas das Image der Stadtverwaltung zu verbessern.

⁶⁴ Die Darstellung der Gesamtmaßnahme bezieht sich auf die in SAP verfügbaren Mittel, evtl. weitergehende Beschlussfassungen bleiben hier unberücksichtigt.

⁶⁵ Die Angabe bezieht sich ausschließlich auf die Restmittel 2014. Ansätze im den Folgejahren sind nicht berücksichtigt.

Jahresabschluss 2014

2.6.8 Allgemeine Finanzwirtschaft

Die im Bereich „Allgemeine Finanzwirtschaft“ ausgewiesenen Mittel werden außerhalb der Dezernatsbudgets zentral durch die Kämmererei als fiktives Dezernat bewirtschaftet. In diesem Bereich werden hauptsächlich die allgemeinen Deckungsmittel wie Steuern und Zuweisungen, sowie Zinserträge und -aufwendungen für die gesamte Landeshauptstadt Wiesbaden verwaltet.

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2013 EUR	Fortgeschriebener Plan 2014 EUR	Ergebnis 2014 EUR
10 Summe der ordentlichen Erträge	-711.661	-635.980	-667.271
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	151.580	157.564	148.461
20 Verwaltungsergebnis	-560.081	-478.415	-518.810
21 Finanzerträge	-10.251	-41.221	-31.885
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	17.897	21.715	21.113
23 Finanzergebnis	7.646	-19.506	-10.773
24 Ordentliches Ergebnis	-552.436	-497.922	-529.582
25 Außerordentliche Erträge	0	0	0
26 Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
27 Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	-552.436	-497.922	-529.582
31 Ergebnis aus internen Leistungen	0	0	0
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	-552.436	-497.922	-529.582

Insgesamt wurde der fortgeschriebene Planwert im ordentlichen Ergebnis um 31.661 Tsd. € unterschritten.

Höhere ordentliche Erträge (+ 31.291 Tsd. €) begründen sich mehrheitlich durch Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen (16.016 Tsd. €) und betrieblichen periodenfremden Erträgen (10.138 Tsd. €), hauptsächlich aus der Auflösung der Verbindlichkeit „Gerichtsviertel“ (10.000 Tsd. €). Geringere ordentliche Aufwendungen (- 9.103 Tsd. €) sorgten ebenfalls u. a. für die Verbesserung des Teilergebnisses gegenüber dem fortgeschriebenen Plan. Die Zuführung zur Pensionsrückstellung stieg gegenüber dem Planwert um 3.830 Tsd. €. Darüber hinaus wurden 7.391 Tsd. € mehr als geplant auf den Bereich „Erträge aus der Auflösung von Sonderposten“ gebucht. Gemäß Ziff. 3 zu § 38 der Hinweise zur Gemeindehaushaltsverordnung sind die Auflösungen der Sonderposten, deren Zuschusszweck ausschließlich dazu bestimmt war, die Auszahlungen zu decken, die von der Gemeinde selbst zu tragen sind, dem Produktbereich „Allgemeine Finanzwirtschaft“ zuzuordnen. Dementsprechend wird ab dem Jahresabschluss 2012 verfahren. Da diese Vorschrift zum Zeitpunkt der Planung nicht berücksichtigt werden konnte, wurde die Planung dieses Postens in den Fachbereichen vorgenommen.

Jahresabschluss 2014

2.7 Entwicklung der Finanzlage

Bezeichnung	Ergebnis des Haushaltsjahres 2013	Ansatz des Haushaltsjahres 2014	Ergebnis des Haushaltsjahres 2014
	in Tsd. €		
Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit	75.139	18.214	23.020
Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit	-22.242	-87.995	-96.746
Zahlungsmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit	-9.819	61.356	40.058
Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf d. Haushaltsjahres	43.078	-8.425	-33.668
Zahlungsmittelbestand am Anfang des Haushaltsjahres	132.780	21.010	175.858
Zahlungsmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres	175.858	12.585	142.190

In der Analyse der Plan-Ist-Abweichungen ergibt sich insgesamt eine positive Abweichung in Höhe von 129.605 Tsd. € (Zahlungsmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres). Der Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit fiel zwar höher als geplant (+ 4.806 Tsd. €), aber aufgrund des ausgewiesenen Fehlbetrags im Jahresergebnis auch niedriger als im Vorjahr (- 52.118 Tsd. €), aus. Begründet in der Kreditaufnahme für den kombinierten Sport- und Gewerbekomplex „Platz der deutschen Einheit“ weist der Zahlungsmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr aus (+49.877 Tsd. €), liegt aufgrund der höheren Tilgung von Krediten jedoch unter dem Planwert (- 21.298 Tsd. €).

Aufgrund der Haushaltsentwicklung entstand zunächst ein Überschuss im Finanzmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 23.020 Tsd. €. Weil im Haushaltsjahr 2014 jedoch erhebliche Investitionen erfolgten, musste auch der Bestand an flüssigen Mitteln in Anspruch genommen werden. Insgesamt verminderte sich der Zahlungsmittelbestand um 33.668 Tsd. €.

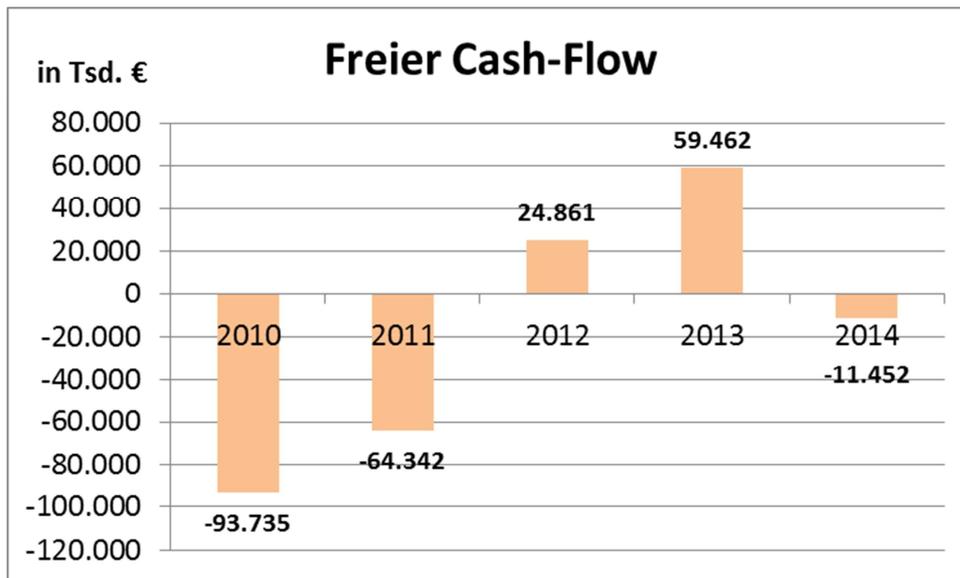
Die Finanzierungsfähigkeit und -tätigkeit, in der Abhängigkeit von Steuern und Zuweisungen, wird durch die folgenden Kennzahlen anschaulich:

Selbstfinanzierungsgrad / Freier Cash-Flow⁶⁶

Im Jahresabschluss 2010 wurde erstmals der Selbstfinanzierungsgrad ausgewiesen. Diese Kennzahl schwankt jedoch je nach Überschuss bzw. Fehlbetrag und unterschiedlichen Aktivierungszeitpunkten von Großinvestitionen sehr stark. Aus diesem Grund wird die Kennzahl ab dem Jahresabschluss 2011 nicht mehr verwendet und stattdessen der freie Cash-Flow berichtet.

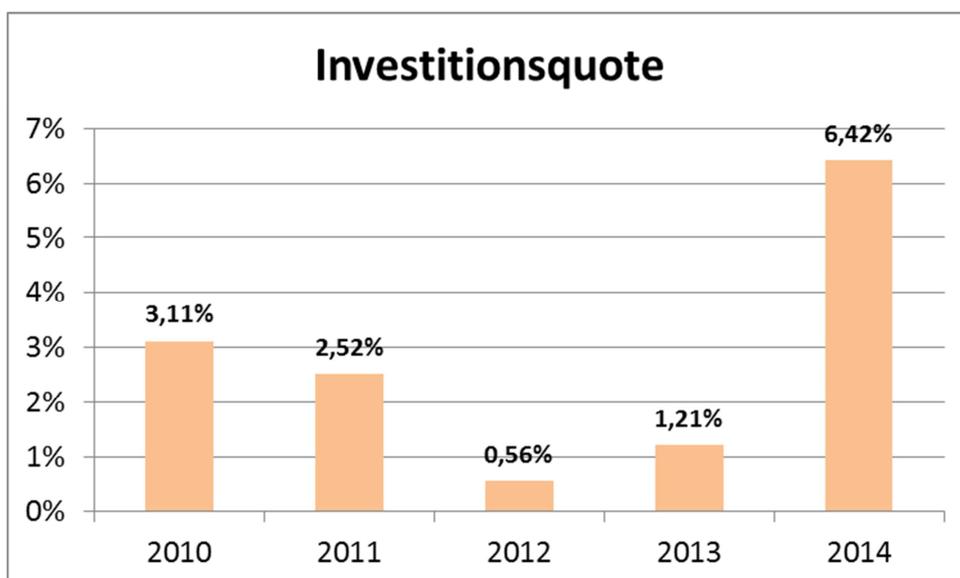
⁶⁶ Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit - Tilgung + Korrektur für die Tilgung der Landesanteile des Sonderkonjunkturprogramms.

Jahresabschluss 2014

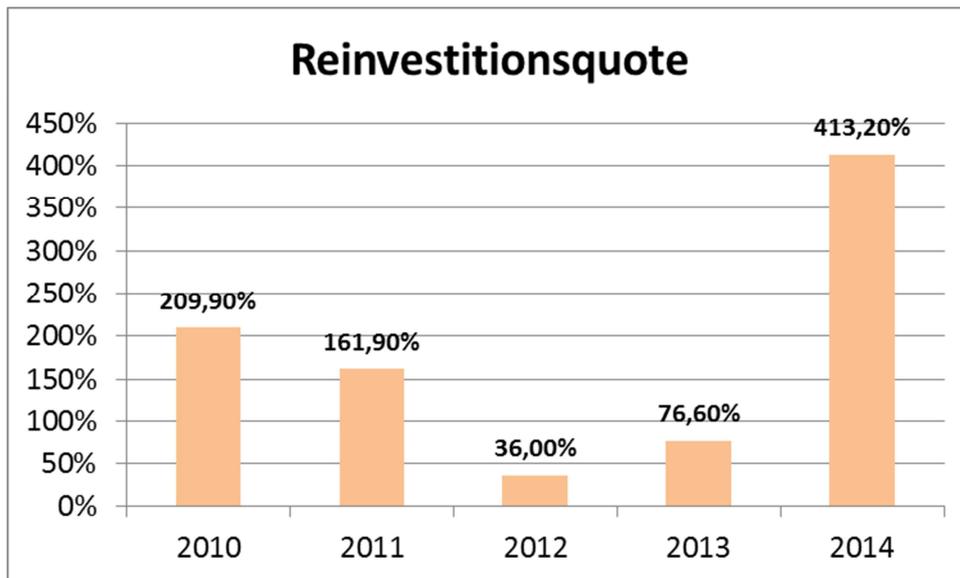


Aufgrund des hohen Zahlungsmittelbestandes konnten die Investitionen in den Verlustjahren 2009 und 2010 (ohne Sonderkonjunkturprogramm) durch die vorhandenen Liquiditätsreserven ohne nennenswerte zusätzliche Kredite erfolgen. Durch die hohen Steuererträge entstanden in den Jahren 2012 und 2013 wieder positive Werte. Im laufenden Haushalt setzt sich der Trend leider nicht fort. Aus dem freien Cash-Flow des Wirtschaftsjahres sind keine Mittel für die Innenfinanzierung zu gewinnen. Allerdings verfügt die Landeshauptstadt Wiesbaden nach wie vor noch über einen hinreichenden Liquiditätsbestand von 142.190 Tsd. €.

Investitionsquote / Reinvestitionsquote



Jahresabschluss 2014



Die Investitionsquote steigt durch das Sonderkonjunkturprogramm bis zur Spitze im Jahr 2010 an. Danach sinkt die Quote wieder. Im Jahr 2014 waren Nettoinvestitionen in Höhe von 151.676 Tsd. € zu verzeichnen, im Gegensatz zu 28.245 Tsd. € im Vorjahr. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Aktivierung eines einzigen Großprojekts bzw. größere Anlagenabgänge zu einer starken Schwankung der Kennzahlen beitragen. So waren für das Jahr 2013 zwar Zugänge im Sachanlagevermögen in Höhe von 49.124 Tsd. € zu verzeichnen, im Gegenzug aber auch Abgänge in Höhe von 24.736 Tsd. €. Aus dem gleichen Grund stieg die Quote im Jahr 2014 aufgrund der Aktivierung des Gebäudekomplexes am Platz der deutschen Einheit (49.058 Tsd. €) stark an. Bei der Reinvestitionsquote ist der gleiche Verlauf zu beobachten.

Neben dem Sonderkonjunkturprogramm mit Effekten auf die Jahre 2010 und 2011, sind jedoch auch die folgenden größeren Anlagenabgänge mit ihren Auswirkungen in den Jahren 2009 bis 2013 zu beachten.

Jahr	Beträge in Tsd. €	Vorgang (Abgänge)
2010	3.648	Grundstück ehemaliges Gesundheitsamt
2011	4.252	Grundstücke Mainzer Str. 87, Bierstadt, Delkenheim, Biebrich
2012	2.536	Grundstücke Berta-Kramer-Ring, Murnaustraße, Kastel, Hasengartenstraße 8-10
2013	3.752 808 702 722	Walkmühle Grundstück Mainzer Straße 97 Teilfläche Adalbert Stifter Schule Grundstück Dotzheim an HSK-Pflege

Jahresabschluss 2014

Jahr	Beträge in Tsd. €	Vorgang (Abgänge)
2014	739	Grundstück der Integrativen KT der IFB ⁶⁷ Welfenstraße 5b
	457	Flächen zum Bau einer Moschee
	224	Flächen zum Bau einer privaten KT
	634	verschiedene Baugrundstücke
	323	Grundstück Welfenstraße 5

⁶⁷ Inklusion durch Förderung und Betreuung e.V.

Jahresabschluss 2014

2.8 Entwicklung der Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen

Entwicklung der Schulden gemäß der amtlichen Schuldenstatistik:

in Tsd. €	2011	2012	2013	2014
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen⁶⁸ gem. Schuldenstatistik	369.405	357.172	347.788*	386.315
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen gem. Vermögensrechnung	412.839	358.608	347.193	386.046
davon Sonderkonjunkturprogramm	55.261	52.984	51.043	49.101
davon Tagesgeld	42.000	0	0	0
Schuldendienst gesamt	31.719	108.141	30.595	49.588
davon Zinsen ⁶⁹	14.746	14.169	13.388	13.585
<i>davon Sonderkonjunkturprogramm</i>	<i>2.301</i>	<i>2.050</i>	<i>1.971</i>	<i>1.899</i>
<i>davon Zinsen Tagesgeld</i>	<i>41</i>	<i>37</i>	<i>2</i>	<i>12</i>
davon Tilgung	16.973	93.972	17.207	36.003
<i>davon Sonderkonjunkturprogramm</i>	<i>1.939</i>	<i>1.942</i>	<i>1.942</i>	<i>1.942</i>

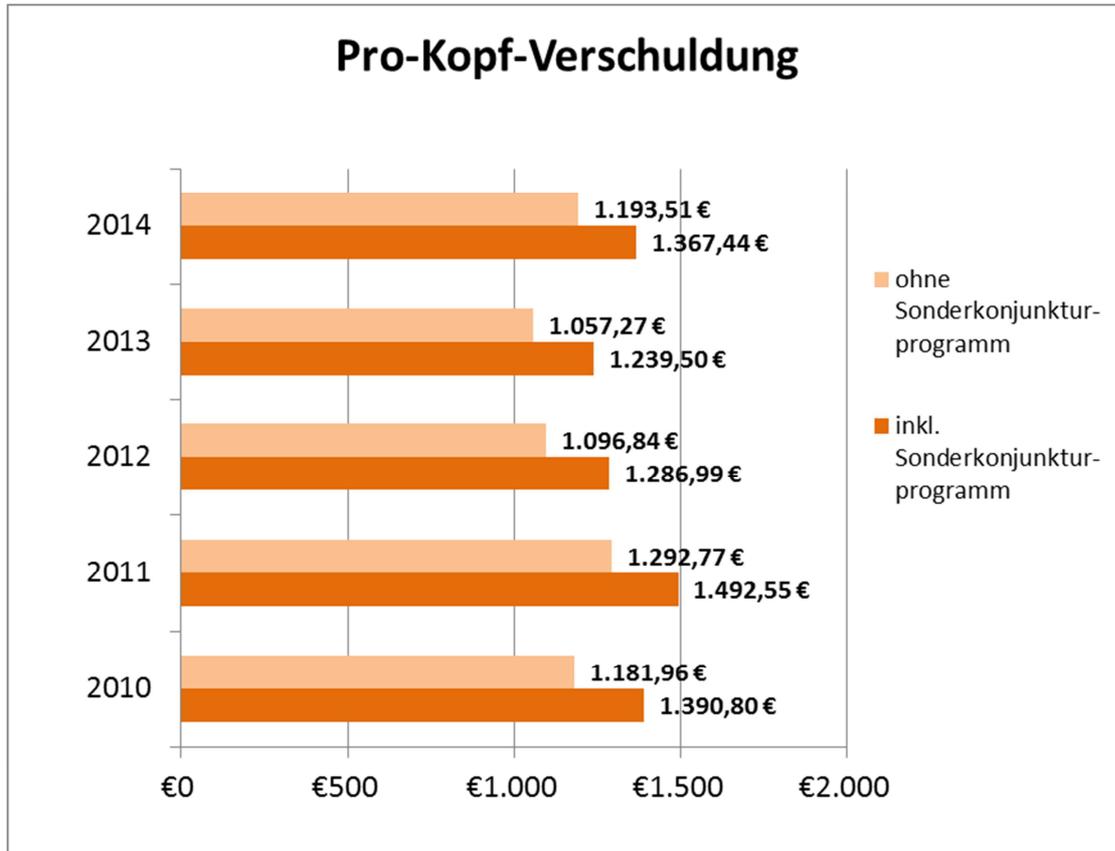
Die Schulden (im Sinne der Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen) des Jahres 2014 enthalten auch den Bestand an Schulden für das Sonderkonjunkturprogramm. Gemäß Hessischer Vorgaben sind diese Schulden trotz fremder Tilgungsanteile (Landesprogramm 83,33 %, Bundesprogramm 87,5 %) vollständig bei den Kommunen zu bilanzieren. Im Ergebnis führt dies zu einer Verschlankung der Schuldenstatistiken bei Land und Bund zu Lasten der kommunalen Schuldenstatistik. Als Gegenposition findet sich der Tilgungsanteil des Landes in entsprechender Höhe im Forderungsbestand.

Die Verbindlichkeiten zum 31.12.2011 enthielten die Aufnahme von Tagesgeldern in Höhe von 42.000 Tsd. €. Die Tilgung in 2012 (93.971 Tsd. €) setzt sich zusammen aus der Rückführung dieses Betrages, sowie aus der Umschuldung von Krediten (mit neutraler Wirkung i. H. v. 34.435 Tsd. €) und planmäßiger Tilgung i. H. v. 17.536 Tsd. €. Die Tilgung 2014 enthält ebenfalls Umschuldungen i. H. v. 17.669 Tsd. €.

Insgesamt stieg die Summe der Kreditverbindlichkeiten im Vergleich zu 2013 um 38.853 Tsd. € an. Der Grund liegt vor allem in der Finanzierung des Gebäudekomplexes „Platz der deutschen Einheit“ (50.000 Tsd. €). Hinzu kommen Darlehensaufnahmen beim Land (Investitionsfonds C sowie Schulbaupauschale) in Höhe von 5.612 Tsd. €. Die Differenz ergibt sich aus den im Gesamtportfolio geleisteten Tilgungen.

⁶⁸ Die Darstellung enthält gegenüber dem an das Land Hessen gemeldeten Schuldenstand jeweils die Verbindlichkeiten aus Anspar- und Sonderbeiträgen für Landesdarlehen des Investitionsfonds B und Tagesgeld (falls aufgenommen), allerdings ab 2013 keine Landesanteile Altlasten.

⁶⁹ Die genannten Zinswerte sind der jeweiligen Ergebnisrechnung (d.h. inklusive Abgrenzung) entnommen.



Die Kennzahl drückt die Schulden durch Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen je Einwohner aus. Ohne Sonderkonjunkturprogramm ist bis 2011 eine leicht steigende Tendenz zu erkennen. Dies korreliert jedoch mit den Investitionsprogrammen der vergangenen Jahre und dem Ausbau der Kinderbetreuung. Der gesunkene Wert in 2012 erklärt sich aus der Tilgung von Schulden, insbesondere der nur über den Jahreswechsel aufgenommenen und damit bilanziell wirksamen Tagesgelder (s. o). Durch die Aufnahme eines Kredites in Höhe von 50.000 Tsd. € für das Projekt „Platz der deutschen Einheit“ (Sporthalle und Gewerbekomplex) stieg die Kennzahl im Jahr 2014 wieder an.

Jahresabschluss 2014

2.9 Chancen

1. Demographische Entwicklung

Die Landeshauptstadt Wiesbaden zählt nach neueren Analysen⁷⁰ zu den Wanderungsgewinnern bis 2030. Da die Bevölkerungszahl zu den Verteilungsfaktoren des kommunalen Finanzausgleichs zählt, garantiert dies weiterhin die stetige Teilhabe an den Mitteln zur Kommunalfinanzierung. Während andere Kommunen vor der Frage des Rückbaus von Wohngebäuden und Infrastruktur stehen, zeigt die Prognose für die Landeshauptstadt Wiesbaden die Chance auf, eine stetige wirtschaftlich positive Entwicklung als leistungsstarke Kommune zu nehmen.

2. Neubau Rhein-Main-Halle

Durch den Neubau der Rhein-Main-Halle (geplant bis 2017) erhält die Landeshauptstadt Wiesbaden wieder einen konkurrenzfähigen Messebau an der alten Stelle. Einerseits bieten sich bei guter Auslastung Chancen für die Entwicklung der Gewerbesteuer durch die Umsätze, welche die Messebesucher in Wiesbaden tätigen. Andererseits kann eine positive Geschäfts- zu einer ebenfalls guten Ergebnisentwicklung und damit zu geringeren Betriebskostenzuschüssen führen.

3. Niedriges Zinsniveau

Das weiterhin niedrige Zinsniveau bewirkt eine beträchtliche Haushaltsentlastung, wobei die Liquiditätswirkung mit dazu beiträgt, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden lediglich zum Ausgleich kurzfristiger Liquiditätsschwankungen Tagesgeld aufnimmt. Die Landeshauptstadt Wiesbaden sichert das Zinsniveau über Forward-Kredite.

4. Investitionen in Wohnungsbau

Durch die Anziehungskraft des Rhein-Main-Gebietes als Ballungsraum und der hohen Attraktivität Wiesbadens als Wohn- und Arbeitsort besteht ein hoher Bedarf an Wohnraum. Die Landeshauptstadt Wiesbaden und ihre Wohnungsbaugesellschaften setzen derzeit ein ambitioniertes Wohnungsbauprogramm (1200 zusätzliche Wohnungen bis 2021) um, damit Wohnen in Wiesbaden auch in Zukunft für breite Bevölkerungsschichten attraktiv und bezahlbar bleibt und sichern somit die Zukunftsfähigkeit Wiesbadens in diesem Sektor. Die Landeshauptstadt Wiesbaden unterstützt ihre Wohnungsbaunehmen hierbei mit zinsgünstigen Darlehen und Zuschüssen.

⁷⁰ Wiesbadener Stadtanalysen Nr. 47, Wiesbaden, 2012

Jahresabschluss 2014

2.10 Risiken

Aus der kommunalen Aufgabenwahrnehmung der Stadt erwachsen naturgemäß eine Reihe von Risiken. Als Risikobereiche sind insbesondere zu nennen:

1. Steuerentwicklung

Die ordentlichen Erträge belaufen sich im Jahr 2014 auf 1.003.914 Tsd. €. Auf die Position „Steuern und ähnliche Erträge“ entfallen 500.187 Tsd. €. Darin enthalten sind 398.063 Tsd. € aus den Steuerarten Gewerbesteuer und Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (358.331 Tsd. €, bereinigt um die Gewerbesteuerumlage in Höhe von 39.732 Tsd. €). Demnach ist das Ertragsaufkommen der Landeshauptstadt Wiesbaden wesentlich von der Entwicklung dieser beiden Steuerarten abhängig. Das Risiko der Stadt besteht insbesondere darin, dass diese beiden Steuerarten stark von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und dem Konjunkturverlauf, bzw. dem Erfolg einzelner großer Unternehmen bestimmt werden.

2. Bundes- und Landesgesetzgebung

Finanzielle Risiken können durch die Verlagerung von Aufgaben von Bund und Ländern an die Kommunen erwachsen, aber auch durch Leistungsgesetze, deren Finanzierung zu großen Teilen den Kommunen obliegt. Als Beispiel ist der Ausbau der Kinderbetreuung zu nennen, der ab der Endausbaustufe 2017 zusätzliche Ergebnisbelastungen in Höhe von geschätzten 18.500 Tsd. € pro Jahr bedeutet, die durch Steuern, Gebühren oder Einsparungen an anderer Stelle zu erwirtschaften sind.

Zusätzliche Risiken erwachsen auch aus den Jahressteuergesetzen, die regelmäßig Auswirkungen auf die Gewerbesteuer und den Gemeindeanteil aus der Einkommenssteuer haben.

Darüber hinaus ergeben sich Risiken durch die höchstrichterliche Rechtsprechung zur Umsatzsteuer (EuGH und BFH), welche die Umsatzsteuerpflicht der öffentlichen Hand erheblich ausweitet. Die Auswirkungen auf die Landeshauptstadt Wiesbaden sind derzeit noch nicht absehbar.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden wirkt diesen Risiken über ihre aktive Mitgliedschaft in kommunalen Spitzenverbänden, die Teilnahme an Anhörungen zu Gesetzesvorhaben und durch direkten Kontakt zu staatlichen Stellen entgegen.

3. Anstieg der Fallzahlen im Bereich Flüchtlinge und Asyl

Die Zahl der betreuten Flüchtlinge und Asylbewerber stieg im 2014 deutlich an. Hierdurch entstehen Risiken für den Haushalt in Bereichen Zuwanderung und Integration, sowie Grundsicherung und Flüchtlinge durch steigende Kosten für das Personal und die Leistungen an Hilfeempfänger. Das Risiko besteht vor allem in einer nur teilweisen Erstattung der Kosten durch den Bund und das Land. Auch in diesem Fall wirkt die Landeshauptstadt Wiesbaden diesen Risiken über ihre aktive Mitgliedschaft in kommunalen Spitzenverbänden, die Teilnahme an Anhörungen zu Gesetzesvorhaben und durch direkten Kontakt zu staatlichen Stellen entgegen.

Jahresabschluss 2014

4. Beteiligungen

Im Rahmen des Beteiligungscontrollings wird die unternehmerische Planung der Gesellschaften durch das Beteiligungsmanagement überwacht. Das Beteiligungsmanagement stellt sicher, dass die vorgegebenen Kontrollmechanismen beachtet werden. Es koordiniert den Informationsaustausch mit den Unternehmen und ggf. den Fachdezernaten. Das Beteiligungscontrolling dient insbesondere dazu, Budgetabweichungen frühzeitig, u. a. mittels der Quartalsberichterstattung wesentlicher städtischer Gesellschaften, festzustellen und an den Magistrat sowie an die Gremien zu berichten. Im Bedarfsfall werden gleichzeitig Gegensteuerungsmaßnahmen bei den Geschäftsführungen und Betriebsleitungen eingefordert. Steuerungsrelevante Informationen über Einzelgesellschaften und Unternehmensbereiche werden von dem Beteiligungsmanagement als Teil des Finanzdezernats generiert. Ziel der Systematisierung ist es, zeitnah zuverlässige Aussagen über die wirtschaftliche Entwicklung und die Risiken der einzelnen Gesellschaften, der Unternehmensbereiche sowie letztendlich des städtischen Beteiligungsportfolios treffen zu können.

Das Beteiligungsmanagement prüft ferner die Jahresabschlüsse der Beteiligungsgesellschaften mit Blick auf den Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG (nach IDW PS 720). Zu beachten ist dort vor allem der Fragenkreis 4 „Risikofrüherkennungssystem“. Bei keiner Mehrheitsgesellschaft der Landeshauptstadt Wiesbaden sind im Jahr 2014 Beanstandungen zu diesem Fragenkreis festzustellen. Die Geschäftsführungen der städtischen Gesellschaften haben in ihren Gesellschaften Maßnahmen ergriffen und Frühwarnsignale definiert, mit denen bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können.

Das Prüfungsfeld im Rahmen der Jahresabschlussprüfung der städtischen Gesellschaften wurde um das EU-Beihilfenrecht erweitert. Die IDW⁷¹ Richtlinien beinhaltet auch das in Kraft getretene Legislativpaket der EU-Kommission (Almunia-Paket). Das Paket verschärft die Definition der Daseinsvorsorge und beeinflusst den neuen Prüfungsstandard des Abschlussprüfers. Dieser beinhaltet die Überprüfung beihilfenrechtlicher Sachverhalte nach Artikel 107 AEUV insb. zugunsten öffentlicher Unternehmen (IDW EPS 700). Das Beteiligungsmanagement hat sich dem Sachverhalt angenommen hat darüber hinaus ein Projekt zur Verifizierung des Beihilfetatbestandes in den städtischen Beteiligungen initiiert.

Für **Kapitalgesellschaften**, deren Grund- bzw. Stammkapital sich unmittelbar oder mittelbar mindestens zu 50 % im Besitz der Landeshauptstadt Wiesbaden befindet, hält die Landeshauptstadt Wiesbaden Ausfallbürgschaften in Höhe von 609.493 Tsd. €. Dem Risiko des Eintritts wird ebenfalls im Rahmen der oben genannten Maßnahmen des Beteiligungsmanagements entgegengewirkt.

Feierabendheim Simeonhaus GmbH und AltenHilfe Wiesbaden GmbH

Am 29.02.2012 wurde der Pflegebereich des Simeonhauses auf Basis der Durchführungsverordnung der Heimaufsicht aus dem Jahre 2007 vollständig geschlossen. Seither beschränkt sich die Tätigkeit der Gesellschaft auf den Betrieb des „Wohnen mit Service“. Die Finanzlage zeigt seit dem 31.12.2007 fortlaufend einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag. Die LHW musste seither fortlaufend Kassenkredite zur Verfügung stellen und im Rang von diesen Forderungen zurücktreten. Zur Beseitigung der bilanziellen Überschuldung

⁷¹ Institut der Wirtschaftsprüfer

Jahresabschluss 2014

ist zuletzt mit STVV Beschluss-Nr. 0752 vom 21.12.2011 der Erwerb der Liegenschaft Langendellschlag beschlossen worden. Dieser Beschluss wurde nicht umgesetzt. Stattdessen wurde mit STVV-Beschluss-Nr. 0199 vom 22.05.2014 der Verkauf der Liegenschaft Langendellschlag an die GWW beschlossen.

Aus dem Verkaufserlös der Liegenschaft Langendellschlag an die GWW konnten die Kassenkreditverbindlichkeiten um 6.150 Tsd. € reduziert werden. Die verbleibenden Restverbindlichkeiten von insgesamt 3.189 Tsd. € wurden dem Simeonhaus erlassen. Rechtsgrundlage dafür sind der STVV-Beschluss-Nr. 0199 vom 22.05.2014 in Verbindung mit dem STVV-Beschluss-Nr. 0087 vom 26.03.2015 und dem Erlassvertrag vom 01.04.2015.

Bis zum 30.09.2014 bestand die Tätigkeit der Gesellschaft aus dem Betrieb des „Wohnen mit Service“ mit 45 Bungalows und 26 Apartments. Seit Veräußerung der Betriebsgrundstücke an die GWW Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH (GWW), Wiesbaden, beschränkt sich die Tätigkeit der Gesellschaft auf das Erbringen von Serviceleistungen für die Bewohner.

Mit Datum zum 17.07.2014 wurde der Grundstückskaufvertrag notariell beurkundet. Die vollständige Kaufpreiszahlung erfolgte zum 01.10.2014.

Mit Wirkung zum 01.10.2014 wurde zwischen dem Simeonhaus und der GWW ein Servicevertrag geschlossen, wonach die Gesellschaft unterschiedliche Serviceleistungen erbringt. Der Vertrag läuft bis 31.03.2017. Für die Serviceleistungen erhält die Gesellschaft eine monatliche Vergütung sowie ein Veranstaltungsbudget pro Jahr.

Die Gesellschaft geht davon aus, dass die Erlöse aus Serviceleistungen die anfallenden Kosten zukünftig decken werden und somit ausgeglichene Ergebnisse erwirtschaftet

mattiaqua

Beim Eigenbetrieb mattiaqua sind Verluste eingetreten, die nicht durch einen Betriebskostenzuschuss ausgeglichen wurden. Aus diesem Grund besteht ein weiterer Korrekturbedarf in Höhe des den Betriebskostenzuschuss übersteigenden Jahresverlustes. Dieser Betrag mindert die Finanzanlagen.

Im Jahresabschluss 2014 wird, unter Anwendung der fortgeführten Eigenkapitalspiegelbildmethode, eine phasengleiche Abwertung i. H. v. 1.391 Tsd. € der Finanzanlage vorgenommen. Die Abwertung stellt außerordentlichen Aufwand dar. Es musste eine Zuschreibung in Höhe von 127 Tsd. € vorgenommen werden, da der tatsächliche Verlust im Jahr 2013 geringer war als die vorgenommene Abwertung, die auf Basis der Hochrechnung erfolgte.

TriWiCon

Mit Beschluss Nr. 0540 der Stadtverordnetenversammlung vom 18.12.2014 wurde beschlossen, dass zur Stärkung des Eigenkapitals im Jahr 2014 eine Eigenkapitalzuführung in Höhe von 8.000 Tsd. € der TriWiCon zugeführt wird. Die Zuführung erfolgte aus der Rückstellung für drohende Verlustübernahmen, die im Jahre 2013 gebildet wurde und soll bei TriWiCon die Verluste in 2014 teilweise abdecken.

Jahresabschluss 2014

Da bei der TriWiCon Verluste eingetreten sind, die nicht durch Betriebskostenzuschüsse ausgeglichen wurden, besteht ein weiterer Korrekturbedarf im Sinne einer Wertminderung der Finanzanlagen.

Es wird im Jahresabschluss 2014 unter Anwendung der fortgeführten Eigenkapitalspiegelbildmethode eine phasengleiche Abwertung i. H. v. 3.337 Tsd. € der Finanzanlage vorgenommen. Die Abwertung stellt einen außerordentlichen Aufwand dar. Es musste eine nachträgliche phasengleiche Abwertung in Höhe von 152 Tsd. € vorgenommen werden, da der tatsächliche Verlust in 2013 höher war als die vorgenommene Abwertung, die auf Basis der Hochrechnung erfolgte.

EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden (vormals HSK Rhein-Main GmbH)

Nach der Teilprivatisierung der HSK (Dr. Horst Schmidt Kliniken) und der damit verbundenen Entflechtung der Unternehmen der HSK Gruppe wurde eine Neuausrichtung der HSK Rhein-Main GmbH erforderlich. Im Rahmen der daraus resultierenden Anpassung des Gesellschaftsvertrages wurde neben dem Namen auch der Gegenstand des Unternehmens geändert. Der Schwerpunkt der Gesellschaft liegt nun in der Profilierung und Stärkung der Landeshauptstadt Wiesbaden als Gesundheitsstadt sowie der Förderung des öffentlichen Gesundheits- und Sozialwesens.

ESWE Verkehrsgesellschaft mbH

Die Risiken in diesem Sektor wirken sich mittelbar über die Gewinnabführungen der WVV Wiesbaden Holding GmbH (WVV) aus. So können steigende Energie- und Personalkosten nicht voll über den Fahrpreis erwirtschaftet werden. Die anhaltende Personalfuktuation und eine zeitweise hohe Krankenquote sind ursächlich für einen zusätzlichen Personalbedarf im Fahrdienst. Die Einführung eines Gesundheitsmanagements und Gespräche mit Arbeitnehmervertretern zu weiteren Maßnahmen sollen eine Verbesserung der anhaltenden Situation herbeiführen. Besondere Risiken bestehen im Hinblick auf die Konzessionsvergabe im Jahr 2017. Hierzu wurden bereits in den Vorjahren erste Vorbereitungen seitens der Geschäftsführung der ESWE Verkehr in Zusammenarbeit mit der Tochtergesellschaft und der WVV Wiesbaden Holding GmbH eingeleitet.

WVV Wiesbaden Holding GmbH

Die WVV umfasst den Bereich Verkehr, Versorgung und Immobilien. Risiken im Bereich Verkehr sind bereits im vorhergehenden Absatz beschrieben. Die ESWE Versorgungs AG trägt mit ihrem Ergebnis wesentlich zur Quersubventionierung des Verkehrs bei. Aus der Wirtschaftsplanung der WVV Wiesbaden Holding wird ersichtlich, dass künftig sinkende Gewinne der Versorgung, steigenden Verlusten des Verkehrs gegenüber stehen. Die Holding weist deshalb ein geringes Ergebnis aus - die Ausschüttungsfähigkeit an die LH Wiesbaden aus dem Periodenergebnis wird verringert. Im Immobiliensektor sind vor allem die projektorientierten Gesellschaften, SEG Stadtentwicklungsgesellschaft und die Wibau GmbH mit Risiken behaftet, während die GWW Wiesbadener Wohnungsbaugesellschaft durch den Nachfrageüberhang auf dem Wohnungsmarkt ein solides Ergebnis erwirtschaftet und damit über eine solide Ertragskraft verfügt.

Jahresabschluss 2014

Hinweis

Anhaltspunkte für einen über den geschilderten hinausgehenden Abwertungsbedarf von verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sowie des Sondervermögens und der Zweckverbände ergaben sich bis zum Bilanzerstellungszeitpunkt nicht.

5. Investition und Instandhaltung

Die Landeshauptstadt Wiesbaden verfügt über umfangreiches Gebäude- und Infrastrukturvermögen. Hieraus ergeben sich ständig Investitions- und Instandhaltungsrisiken. Soweit diese vorhersehbar sind, werden sie im Rahmen der Haushaltsplanung erfasst und entsprechende Maßnahmen geplant. Die Durchführung der Maßnahmen und die technische Entwicklung der Anlagen unterliegen der dauernden Überwachung durch die Bauämter.

6. Allgemeine Organisationsrisiken

Aufgrund der Aufgaben und der Leistungsstruktur der Landeshauptstadt Wiesbaden existieren eine Reihe von allgemeinen Organisationsrisiken. Als solche sind beispielsweise zu nennen: Korruption, Veruntreuung, Entscheidung zugunsten unwirtschaftlicher Handlungsalternativen, Vermögens- oder Personenschäden aufgrund fahrlässiger Handlungen, Vermögensschäden aufgrund mangelhafter Vertragsgestaltung, Vermögensschäden aufgrund mangelhafter Leistungserbringung Dritter. Zur Reduzierung dieser Risiken hat die Landeshauptstadt Wiesbaden eine Reihe von Maßnahmen ergriffen und das Verwaltungshandeln durch interne Vorschriften geregelt. Hierzu gehören:

- die Schaffung der Stelle eines Korruptionsbeauftragten
- der Erlass städtischer Vergaberichtlinien
- der Erlass von Dienstanweisungen
- die permanente Kontrolle von beauftragten Unternehmen
- die Vertragskontrolle durch das Rechtsamt

7. Liquiditätsrisiko

Der Finanzmittelbestand am Ende des Jahres betrug 142.190. Tsd. €, ausgehend von 212.925 Tsd. € im Jahr 2008. Mehrere Jahre mit sinkenden Gewerbesteuererträgen verbunden mit gleichbleibenden oder steigenden Ausgaben würden zu einem Liquiditätsrisiko führen, wenn die hinreichende Aufnahme von Liquiditätskrediten, etwa durch eine verhaltene Vergabebereitschaft der kommunalfinanzierenden Banken, erschwert wäre. Solche Tendenzen sind für die Landeshauptstadt Wiesbaden derzeit nicht erkennbar.

8. Zinsrisiken

Aus der Finanzierungstätigkeit einer Kommune heraus erwachsen Zinsrisiken. Zur Reduzierung dieses Risikos hat die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden mit Beschluss Nr. 0071 vom 12.02.2004 die Einführung eines Zinsrisikomanagements beschlossen. Die Kämmerei berichtet den Körperschaften hierüber regelmäßig halbjährlich.

Jahresabschluss 2014

9. Betriebsprüfungen

Die Landeshauptstadt Wiesbaden wird regelmäßig Betriebsprüfungen durch das Finanzamt Wiesbaden unterzogen. Hierbei bestehen Risiken, wenn die Prüfung das Erfordernis von Steuernachzahlungen ergibt. Derzeit ist das Risiko jedoch nicht bezifferbar.

Jahresabschluss 2014

2.11 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres 2014 sowie Ausblick

Es wurde beschlossen (Beschluss-Nr. 517 des Magistrats v. 21.07.2015) vier Forward-Darlehen in Höhe von 19.273 Tsd. €, 7.546 Tsd. €, 8.627 Tsd. € und 3.547 Tsd. € werden in 2017 zur Umschuldung zweier Darlehen (Restschuld dann in gleicher Höhe) aufgenommen.

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0218 vom 22.05.2014 zur Sitzungsvorlage Nr. 14-V-06-0001 wurde dem Erwerb von Geschäftsanteilen an der HSK Kliniken GmbH durch HELIOS Kliniken GmbH zugestimmt. In diesem Zusammenhang wurde eine „Zustimmungsvereinbarung“ geschlossen. In dieser Zustimmungsvereinbarung wurde eine Änderung des Namens der HSK Kliniken GmbH vereinbart. Diese Namensänderung wurde zum 01.08.2015 umgesetzt. Zum 01.08.2015 ändert sich der Namen von „HSK Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH“ in „HELIOS Dr. Horst Schmidt Kliniken Wiesbaden GmbH“.

Die Regierung des Landes Hessen plant zum 01.01.2016 die Fehlbelegungsabgabe wieder einzuführen. Einen entsprechenden Beschluss fasste das Kabinett am 06.07.2015. Hierfür sind zum Stichtag entsprechende Strukturen in der Verwaltung aufzubauen. Gerechnet wird mit vier Planstellen (TVÖD EG 8) für einen Bestand von ca. 9600 Wohnungen. Hinzu kommt die Verpflichtung zur Überprüfung von Wohnungen, die nach § 88 d Zweites Wohnbauförderungsgesetz gefördert werden. Wie dem Gesetzentwurf zu entnehmen ist, dienen 15 % der zu erhebenden Abgabe als Verwaltungspauschale. Dieser Betrag wird von der Fachverwaltung als kostendeckend angesehen.

Gemäß STVV-Beschluss-Nr. 0199 vom 22.05.2014 in Verbindung mit dem STVV-Beschluss-Nr. 0087 vom 26.03.2015 und dem Erlassvertrag vom 01.04.2015 wurden der Feierabendheim Simeonhaus GmbH Restschulden erlassen.⁷²

Am 17.06.2014 hat der Magistrat per Beschluss Nr. 449 die Stadtverordnung gebeten zu beschließen: *„eine aufsichtsrechtliche Genehmigung beim Hessischen Ministerium des Innern und für Sport zu beantragen, die einen finanziellen Ausgleich für zu viel geleistete **unbezahlte Mehrarbeitsstunden bei der Berufsfeuerwehr im Zeitraum vom 01.01.2001 bis 31.12.2006** zulässt. Des Weiteren soll im Rahmen der Gleichbehandlung ein zusätzlicher finanzieller Ausgleich für zu viel geleistete unbezahlte Mehrarbeitsstunden bei der Berufsfeuerwehr im Zeitraum von 01.01.2007 bis 31.12.2009 an die Betroffenen gezahlt werden, die den Vergleichsvorschlag aus dem Jahre 2008 akzeptiert haben.“* Mit Beschluss Nr. 207 vom 16.07.2015 legte die Stadtverordnetenversammlung nunmehr die Auszahlung von ca. 1.800 Tsd. € fest.

Die Haushaltssatzung 2014/2015 wurde am 19.12.2013 und am 13.02.2014 (Korrektur) durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Von der Aufsichtsbehörde wurde sie am 05.05.2014 mit Hinweisen zur Haushaltsführung genehmigt. Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015 geht, unter der Berücksichtigung der bekannten Risiken, von einem Gesamtjahresfehlbetrag in Höhe von 12.886. Tsd. € aus.

Die geplante Auszahlungen für Investitionen (immaterielle und Sachanlagen, sowie Finanzanlagen) belaufen sich auf 108.658 Tsd. €. Der Gesamtbetrag der Kredite zur Finanzierung

⁷² näheres hierzu siehe unter „Risiken“

Jahresabschluss 2014

von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wurde auf 25.060 Tsd. € und der Höchstbetrag der Kassenkredite auf 300.000 Tsd. €⁷³ festgesetzt.

Die nachfolgende Übersicht stellt die wesentlichen Plangrößen des Haushalts 2015 mit den Plan- und Ist-Zahlen des Haushaltsjahres 2014 gegenüber.

Position / Bezeichnung in Tsd. €	HH Ansatz 2015	Ist 2014	Plan akt. ⁷⁴ 2014	HH Ansatz 2014
10 ordentliche Erträge	-1.005.163	-1.003.914	-977.229	-976.013
19 ordentlicher Aufwand	1.042.905	1.034.147	1.017.312	1.022.532
20 Verwaltungsergebnis	37.741	30.232	40.082	46.520
21 Finanzerträge	-46.826	-37.912	-47.927	-46.827
22 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	21.971	21.537	21.721	21.721
23 Finanzergebnis	-24.855	-16.375	-26.206	-25.106
24 ordentliches Ergebnis	12.886	13.857	13.876	21.414
25 außerordentliche Erträge	0	-5.145	-18	-2
26 außerordentliche Aufwendungen	0	7.695	4	0
27 außerordentliches Ergebnis	0	2.550	-14	-2
28 Jahresergebnis	12.886	16.407	13.862	21.412

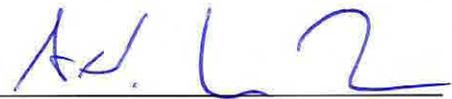
Das weiterhin günstige wirtschaftliche Umfeld zeigt sich in einer Sollstellung der Gewerbesteuer in Höhe von 274.042 Tsd. € (Datenstand: 08/2015).

Der Ansatz für die Schlüsselzuweisungen im Jahr 2015 beträgt 125.000 Tsd. €.

Im Endergebnis 2015 prognostiziert die Hochrechnung des Haushaltsmanagementsystems (Datenstand: 30.06.2015) einen Fehlbetrag in Höhe von 23.362 Tsd. €.

Bei zutreffender Prognose kann der Haushaltsausgleich durch Rücklagenentnahmen erreicht werden.

Wiesbaden, den 16. September 2015



Imholz

Stadtkämmerer

⁷³ Das Ministerium des Innen und für Sport hat mit Genehmigungserlass vom 05.05.2014 einen Höchstbetrag der Kassenkredite von 200.000 Tsd. € jährlich genehmigt.

⁷⁴ Fortgeschriebener Ansatz ohne übertragene Ermächtigungen (früher: Haushaltsreste)

Jahresabschluss 2014

2.12 Erklärung zu den verwendeten Kennzahlen

Vermögenslage	Investitionsquote	$\frac{\text{Nettoinvestitionen in Sachanlagen}^{75}}{\text{Sachanlagen zu hist. Anschaffungs- / Herstellungskosten zu Jahresbeginn}} \times 100$
	Reinvestitionsquote	$\frac{\text{Nettoinvestitionen in Sachanlagen} \times 100}{\text{Abschreibungen auf Sachanlagen}}$
	Pro- Kopf-Verschuldung	$\frac{\text{Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen}}{\text{Einwohnerzahl}^{76}}$
Finanzlage	Freier Cash-Flow	Zahlungsmittelsaldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit ./. Auszahlungen a. d. Tilgung v. Krediten und Anleihen
Ertrags- und Aufwandslage	Ordentlicher Aufwandsdeckungsgrad	$\frac{(\text{Ordentliche Erträge} + \text{Finanzerträge}) \times 100}{(\text{Ordentliche Aufwendungen} + \text{Finanzaufwendungen})}$
	Steuerquote	$\frac{\text{Erträge aus Steuern} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$
	Zuwendungsquote	$\frac{\text{Ertr. a. Zuweisungen und Zusch. f. lfd. Zwecke} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$
	Personalaufwandsquote	$\frac{\text{Personalaufwendungen (inkl. Versorgung)} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
	Zinslastquote	$\frac{\text{Zinsen und ähnliche Aufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$

⁷⁵ = Zugänge zu AH/HK des Haushaltsjahres (-) Abgänge zu AH/HK des Haushaltsjahres (+/-) Umbuchungen zu AH/HK des Haushaltsjahres (-) Abschreibungen auf Anlagenabgänge und Umbuchungen

⁷⁶ Aus Gründen der Vergleichbarkeit mit dem Gesamtabchluss finden ab dem Jahresabschluss 2014 die jeweils veröffentlichten Daten des Amtes für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik Verwendung. Dies gilt auch für die Vergangenheitswerte ab dem Jahr 2010.

3. Anhang/ Erläuterungen zum Jahresabschluss

Im Anhang zum Jahresabschluss 2014 werden gemäß Ziffer 4 des § 112 HGO die wesentlichen Positionen erläutert mit Übersichten über das Anlagevermögen, die Forderungen und Verbindlichkeiten.

Die Teilergebnisrechnungen der Dezernate werden für die Teilhaushalte Wiesbaden und die Stadtteile Amöneburg, Kastel und Kostheim (AKK) zusammen erstellt und befinden sich im Tabellenteil ab Kapitel 4.9.

Investitionen und Instandhaltung werden im Kapitel 3.4 erläutert.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass es bei den Erläuterungen in Tsd. € - durch Rundungen bedingt - geringfügige Differenzen zu den exakten Werten in der Vermögens- und Ergebnisrechnung geben kann.

3.1 Erläuterungen zu Posten der Vermögensrechnung

Das Anlagevermögen als wertmäßig bedeutsamste Position in der Vermögensrechnung erhöhte sich gegenüber 2013 um 106.731 Tsd. € auf nunmehr 2.335.735 Tsd. €. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt 89,4 %.

Ab 2014 werden geringwertige Wirtschaftsgüter (Anschaffungskosten bis 410,00 € netto) nicht mehr im Anlagevermögen ausgewiesen, sondern direkt über Aufwandskonten abgebildet.

3.1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände (in Tsd. €)	Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2013	Differenz
Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	3.573	2.994	579
Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	43.586	46.006	-2.421
Gesamt	47.158	49.000	-1.842

Jahresabschluss 2014

Der Buchwert der immateriellen Vermögensgegenstände entwickelte sich in 2014 wie folgt:

Immaterielle Vermögensgegenstände (in Tsd. €)	
Stand am 01.01.2014	49.000
Zugänge	3.860
Umbuchungen zu Restbuchwerten	674
Abgänge	- 6.550
Abschreibungen des Haushaltsjahres (Wertberichtigungen auf Abgänge)	- 6.375 + 6.549
Stand am 31.12.2014	47.158

Die Zugänge setzen sich zusammen aus der Gewährung von Investitionszuschüssen an Dritte (rd. 2.430 Tsd. €) und der Beschaffung von Software / Lizenzen (rd. 1.430 Tsd. €).

Die Zugänge bei den Konzessionen, Lizenzen und ähnlichen Rechten betreffen vor allem weitere Aufwendungen im Zusammenhang mit der Einführung der e-Akte (rd. 1.206 Tsd. €).

Bei den geleisteten Investitionszuschüssen an Dritte sind unter anderem ein Investitionszuschuss an das Deutsche Rote Kreuz für den Neubau einer Kindertagesstätte (Zugang rd. 180 Tsd. €) sowie Zuschüsse an die GeWeGe zur Sanierung von Wohngebäuden ausgezahlt worden (Zugang rd. 291 Tsd. €). Daneben leistete die LHW beispielsweise Investitionszuschüsse in den Bereichen Sport, Kultur und Kinderbetreuung.

Im Zusammenhang mit der Inventur ist festgelegt worden, dass bereits auf einen Euro abgeschriebene Investitionszuschüsse aus dem Anlagevermögen ausgebucht werden. In 2014 wurden daher die im Jahr 2004 gewährten und zwischenzeitlich abgeschrieben Investitionszuschüsse ausgebucht, daraus resultieren Anlagenabgänge in Höhe von rd. 5.075 Tsd. € sowie die damit zusammenhängenden Wertberichtigungen.

Eine weitere Festlegung war, auch bereits abgeschriebene Software aus dem Anlagevermögen auszubuchen. In 2014 resultierten daraus Anlagenabgänge in Höhe von rd. 1.472 Tsd. €.

3.1.2 Sachanlagevermögen

Grundstücke (in Tsd. €)	Buchwert Stand 31.12.2014	Buchwert Stand 31.12.2013	Differenz
Unbebaute Grundstücke	153.714	142.011	11.703
Bebaute Grundstücke	318.188	322.090	-3.902
Gesamt	471.902	464.101	7.801

Bei den Grundstücken sind öffentliche Grünflächen und Waldflächen nicht enthalten, sie werden unter dem Infrastrukturvermögen ausgewiesen.

In 2014 hat die Stadt mehr Grundstücke angekauft als veräußert. Der größte Anteil bei den Ankäufen betrifft den Erwerb von Flächen angrenzend an die Deponie und den Südfriedhof

Jahresabschluss 2014

in Höhe von rd. 9.820 Tsd. €. Zudem erfolgte ein Ankauf von Flächen für die allgemeine Vorratswirtschaft und für die Entwicklung des Baugebietes Eichen.

Beispiele für Verkäufe sind Flächen an den IFB⁷⁷ zur Förderung von Menschen mit Behinderung (rd. 1.226 Tsd. €), zum Bau einer Moschee (rd. 457 Tsd. €), zum Bau einer privaten Kindertagesstätte (rd. 224 Tsd. €), sowie verschiedene Baugrundstücke (rd. 1.142 Tsd. €).

Weiterhin wurde in 2013 erstmals entschieden Grundstücke, für die ein Erbbaurecht ab 01.01.2007 vergeben wurde, analog zur Bewertung in der Eröffnungsbilanz abzuwerten. In 2013 erfolgte die Abwertung von ungefähr der Hälfte der betroffenen Flurstücke, die restlichen Erbbaurechtsflurstücke werden in 2014 abgewertet (rd. 1.113 Tsd. €).

Bauten, einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken (in Tsd. €)	Buchwert Stand 31.12.2014	Buchwert Stand 31.12.2013	Differenz
Schulbauten	293.173	297.370	-4.197
Gebäude der Kinder-, Jugend - und Freizeiteinrichtungen	33.500	26.712	6.788
Bauten der Alten- u. Betreuungseinrichtungen	3.604	3.694	-90
Bauten der Sporteinrichtungen	15.954	15.790	164
Kulturgebäude	21.514	19.688	1.826
Gebäude des Brand- u. Katastrophenschutzes	11.004	11.221	-217
Friedhofsgebäude	925	959	-34
sonstige Betriebsgebäude	7.230	6.247	983
Gebäude der Verwaltung	14.104	14.593	-490
Wohn- und Mischgebäude	73.477	21.094	52.383
Andere Bauten	1.938	2.028	-89
Bauten auf fremden Grundstücken	341	351	-10
Außenanlagen	11.688	10.873	815
Gesamt	488.453	430.621	57.832

Der Buchwert der Gebäude und anderen Bauten hat sich in 2014 wie folgt entwickelt:

Gebäude und andere Bauten (in Tsd. €)	
Stand am 01.01.2014	430.621
Zugänge	58.140
Umbuchungen zu Restbuchwerten	11.314
Abgänge	- 646
Abschreibungen des Haushaltsjahres*	- 11.151
Stand am 31.12.2014	488.453

* weitere Wertkorrekturen werden hier nicht dargestellt

⁷⁷ Inklusion durch Förderung und Betreuung e.V.

Jahresabschluss 2014

Wesentliche Veränderungen in 2014:

Im Bereich der Schulbauten resultiert die Verringerung des Anlagenbestandes aus den Abschreibungen, die die aktivierungsfähigen Aufwendungen übersteigen.

Bei den Kindertagesstätten erfolgte die Durchführung unterschiedlicher Maßnahmen, beispielsweise der Neubau einer Kindertagesstätte oder auch Anbauten für Krippengruppen.

Bei den Kulturgebäuden wurde in 2014 die Sanierung des Bürgerhauses Erbenheim berücksichtigt (rd. 2.222 Tsd. €).

Als wesentliche Veränderung ist der Neubau des Gebäudekomplexes am Platz der deutschen Einheit zu nennen (Anschaffungs- und Herstellungskosten (AHK) rd. 49.058 Tsd. €), dieser wird in der Bilanz bei den Wohn- und Mischgebäuden ausgewiesen (gemischte Nutzung des Gebäudekomplexes mit Sporthalle, Gewerbeanteil und Tiefgarage).

Nachträglich erfasst wurden die anteiligen Baukosten der SEG an der Schule und Kindertagesstätten im Künstlerviertel in Höhe von rd. 2.766 Tsd. €.

In einigen Bereichen ergibt sich eine Reduzierung der Buchwerte durch die Abschreibungen des Haushaltsjahres, denen keine oder geringere Investitionen gegenüberstehen.

Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen (in Tsd. €)	Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2013	Differenz
Straßen	187.560	197.125	-9.565
Wege, Plätze	24.318	24.671	-353
Ingenieurbauten	61.962	58.730	3.231
Verkehrslenkungsanlagen	11.421	10.167	1.254
Sonstige Infrastruktureinrichtungen	0	0	0
Denkmäler	3.553	3.589	-36
Öffentliche Grünflächen	45.047	44.939	108
Friedhofsanlagen	15.968	15.974	-6
Gewässerbauten	367	392	-25
Wald	47.717	46.210	1.507
Gesamt	397.913	401.798	-3.885

Jahresabschluss 2014

Der Buchwert des Infrastrukturvermögens entwickelte sich in 2014 wie folgt:

Infrastrukturvermögen (in Tsd. €)	
Stand am 01.01.2014	401.798
Zugänge	7.182
Umbuchungen zu Restbuchwerten	9.094
Abgänge	- 743
Abschreibungen des Haushaltsjahres*	- 19.762
Stand am 31.12.2014	397.913

* weitere Wertkorrekturen werden hier nicht dargestellt

Zu den wertmäßig bedeutenden Zugänge (Wert der AHK, gerundet auf Tsd. €) zählen in 2014 beispielsweise:

Hochwasserschutz Sonnenberg	5.245
Glarusstraße 2. Bauabschnitt und Restarbeiten 1. Bauabschnitt	2.484
Kreisverkehrsplatz (KVP) Konrad-Zuse-Straße	598
Energiesparleuchten	1.100
Neugestaltung Hans-Römer-Platz in Schierstein	555
Anteilige Kosten der LHW an der Sanierung der Wilfried-Ries-Straße	456
Verschiedene Fahrbahndeckenerneuerungen	750
Neue Beleuchtungsanlagen	498
Neue Lichtsignalanlagen (LSA)	264
Neue Parkscheinautomaten (PSA)	241

Die Werte setzen sich zusammen aus den Zugängen und den Umbuchungen zu Restbuchwerten.

In einigen Bereichen ergibt sich eine Reduzierung der Buchwerte durch die Abschreibungen des Haushaltsjahres, denen keine oder geringere Investitionen gegenüberstehen.

Weiteres Anlagevermögen (in Tsd. €)	Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2013	Differenz
Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	158	167	-9
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	68.150	27.068	41.083
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	75.183	64.146	11.037

Die Bilanzposition **Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung** ist mit 158 Tsd. € wertmäßig unbedeutend. Der geringere Buchwert gegenüber 2013 resultiert überwiegend aus den Abschreibungen des Haushaltsjahres.

Jahresabschluss 2014

Der Buchwert der **Betriebs- und Geschäftsausstattung** hat sich in 2014 wie folgt entwickelt:

Betriebs- und Geschäftsausstattung (in Tsd. €)	
Stand am 01.01.2014	27.068
Zugänge	45.778
Umbuchungen zu Restbuchwerten	1.125
Abgänge	- 865
Abschreibungen des Haushaltsjahres (Wertberichtigungen auf Abgänge*)	- 5.754 + 799)
Stand am 31.12.2014	68.150

* weitere Wertkorrekturen werden hier nicht dargestellt

Die wertmäßig bedeutenden Zugänge (Wert der AHK, gerundet auf Tsd. €) im Bereich Betriebs- und Geschäftsausstattung in 2014 sind im Folgenden dargestellt:

Übernahme der „Nassauischen Altertümer“	38.717
Mobiliar/Einbauten	2.327
Fahrzeugbeschaffungen	1.117
Ausstattung der Sporthalle Platz der deutschen Einheit	227
Büro- und Medientechnik	795
EDV-Ausstattung	442

Die Nassauischen Altertümer (s. o.) wurden in das Anlagevermögen übernommen. Da es sich um eine Übertragung des Eigentums vom Land Hessen handelt wurde ein Sonderposten in gleicher Höhe gebildet.

Bei den Anlagenabgängen im Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung wirkt sich eine, im Zusammenhang mit der Inventur, getroffene Festlegung aus. Es wurde vereinbart, dass bereits abgeschriebene Vermögensgegenstände (VG), deren Anschaffungskosten im GWG-Bereich (geringwertige Wirtschaftsgüter) lagen, ausgebucht werden.

Beispiele für Abgangsbuchungen (Wert der AHK, gerundet auf Tsd. €) sind:

Ausbuchen der abgeschriebenen VG im GWG-Bereich 2013	rd. 327
Fahrzeugverkäufe	rd. 416

Die **Anlagen im Bau** sind mit rd. 75.183 Tsd. € ausgewiesen.

Wesentlicher Bestandteil der Anlagen im Bau sind die Umlegungsverfahren Petersweg-Ost und Oberer Wingertsweg mit zusammen rund 28.025 Tsd. €.

Jahresabschluss 2014

Noch nicht abgeschlossene Baumaßnahmen bzw. Investitionszuschüsse sind beispielsweise (in Tsd. €):

- Zuschuss an KUK ⁷⁸ für die Sanierung des Wasserturms	rd. 4.483
- Zuschuss an TriWiCon für den Neubau der Rhein-Main-Hallen	rd. 7.928
- Hochwasserschutzmaßnahme in Sonnenberg (2. BA)	rd. 3.165
- Abtrennung des Kessel-/Wellritzbaches von der Mischkanalisation	rd. 2.937
- Sanierung des Bürgerhauses Forum Naurod	rd. 1.035
- Ersatzneubau der KT Geschwister-Stock-Platz	rd. 4.556
- Bauruinen im Künstlerviertel	rd. 2.297
- Fahrzeuge der Feuerwehr, die noch im Aufbau befindlich sind	rd. 1.038
- Neubau der Comeniuschule	rd. 1.000
- Planungsleistungen für die Theodor-Fliegener-Schule	rd. 885
- Planungsleistungen für die Rudolf-Dietz-Schule	rd. 691
- Sanierung der Brückenschule	rd. 598
- Baumaßnahme Söhnleinstraße K648	rd. 887
- Bau des Stadtplatzes	rd. 738
- Bau der Glarusstraße (aktueller BA)	rd. 536
- Verschiedene Fahrbahndecken	rd. 469

⁷⁸ Kulturzentrum Schlachthof Wiesbaden e.V.

Jahresabschluss 2014

3.1.3 Finanzanlagen und sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen

(in Tsd. €)	Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2013	Differenz
Anteile an verbundenen Unternehmen und Sondervermögen	450.926	455.679	4.753
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	66.476	67.091	615
Beteiligungen und Zweckverbände	184	184	0
Ausleihungen an Unternehmen m. Beteiligungsverhältnis	17.244	17.486	242
Wertpapiere	0	35.700	35.700
Sonst. Ausleihungen	78.347	42.324	36.023
Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	173.640	173.640	0
Gesamt	786.817	792.104	5.287

Erläuterungen zu veränderten Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Wertpapiere

Das Schuldscheindarlehen (Anlage aus dem Verkauf von Anteilen an der ESWE AG im Jahr 2001, 35.700 Tsd. €) wurde von der Position „Wertpapiere“ in die Position „Sonstige Ausleihungen“ umgegliedert.

Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH

Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat gemäß Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung vom 21.03.2013, neben den bisherigen Gesellschaftsanteilen in Höhe von 10.000 €, weitere Anteile in Höhe von 5.000 € übernommen. Die Beteiligungsquote beträgt 12,5 %. Der Kulturfonds fokussiert sich auf die Förderung der Kultur und Kunst in der Region.

mattiaqua

Einzelheiten sind dem Gliederungspunkt „Risiken“ zu entnehmen.

TriWiCon

Einzelheiten sind dem Gliederungspunkt „Risiken“ zu entnehmen.

Frankfurt RheinMain GmbH

Der im Jahr 2012 geplante Austritt der Landeshauptstadt Wiesbaden aus der Frankfurt RheinMain GmbH International Marketing of the Region wurde nicht vollzogen. Die Landeshauptstadt Wiesbaden hält weiterhin 4 % Anteile an der Frankfurt RheinMain GmbH.

Jahresabschluss 2014

Abwasserverband Flörsheim

Der Abwasserverband Flörsheim wird in den Finanzanlagen noch mit 1 € bewertet. Bisher liegt nur die testierte Eröffnungsbilanz 2007 vom Abwasserverband Flörsheim vor. Die Bilanzsumme der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2007 beträgt 40.167 Tsd. €. Eine Bewertung der Finanzanlage kann erst nach Vorlage weiterer Jahresabschlüsse vorgenommen werden.

Jahresabschluss 2014

Der Anteilsbesitz der LH Wiesbaden stellt sich zum 31.12.2014 wie folgt dar:

	Buchwert in EUR 31.12.2014	Beteiligung in%	Buchwert in EUR 31.12.2013
Anteile an verbundenen Unternehmen			
Sondervermögen			
WLW Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden	100.000		100.000
TriWicon(ehemals Kurbetriebe Landeshauptstadt Wiesbaden, (Eigenbetrieb)	11.111.581		14.600.470
Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden, (Eigenbetrieb)	122.608.358		122.608.358
mattiaqua	7.012.026		8.276.175
Stiftungskapital (Grundkapital)	1.883.961		1.883.961
Summe Sondervermögen	142.715.926		147.468.964
sonstige Anteile an verbundenen Unternehmen			
WVW Wiesbaden Holding GmbH	285.353.126	100	285.353.126
EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden (vormals HSK Rhein-Main GmbH, Wiesbaden)	2.000.002	100	2.000.002
Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH, Wiesbaden (abw.Wirtschaftsjahr 01.08.-31.07.)	9.245.471	100	9.245.471
Altenhilfe Wiesbaden GmbH, Wiesbaden	3.575.456	100	3.575.456
Feierabendheim Siemeonhaus GmbH, Wiesbaden	1	94,9	1
WIM Liegenschaftsfond GmbH & Co.KG	5.467.136	100	5.467.136
Bürgersolaranlagen Wiesbaden GmbH	25.000	100	25.000
	1.774.984	5,1	1.774.984
GeWeGe Gemeinnützige Wohnungs-ges. der Stadt Wiesbaden m.b.H., Wiesbaden			
ESWE Verkehrsgesellschaft mbH, Wiesbaden	195.186	5,13	195.186
SEG Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH, Wiesbaden	556.057	5,1	556.057
Exina GmbH	18.000	67	18.000
Summe sonstige verbundene Unternehmen	308.210.419		308.210.419
Summe Anteile an verbundenen Unternehmen	450.926.345		455.679.383
Beteiligungen			
sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen			
NASPA	173.640.000	30	173.640.000
Summe sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	173.640.000		173.640.000
Zweckverbände			
Kommunales Gebietsrechenzentrum Wiesbaden	1		1
Abwasserverband Flörsheim	1	38,5	1
Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd	1		1
Naturpark Rhein-Taunus	1		1
Hessischer Verwaltungsschulverband	1		1
Summe Zweckverbände	5		5
sonstige Beteiligungen			
Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH	15.000	12,5	15.000
	61.072	4	61072
FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main			
WIVERTIS Gesellschaft für Informations- und Kommunikationsdienstleistungen mbH, Wiesbaden	0	49,9	0
ivm GmbH, Frankfurt am Main	7.471	3,1	7.471
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus	80.431	3,7	80.431
ZVN Finanz GmbH, Wiesbaden	6.150	24,6	6.150
Regionalpark Ballungsraum RheinMain gGmbH	12.500	7,14	12.500
MSW Mein Solar Wiesbaden GmbH & Co.KG	1.000	0,3	1.000
Summe sonstige Beteiligungen	183.624		183.624
Summe Beteiligungen	183.624		183.624
Sonstige Ausleihungen			
davon Genossenschaftsanteile			
Wiesbadener Volksbank e.G.	1.636		1.636
Gemeinnützige Bau- und Siedlungsgenossenschaft	320		320
Summe Genossenschaftsanteile	1.956		1.956

Jahresabschluss 2014

	Buchwert in EUR 31.12.2014	Beteiligung in%	Buchwert in EUR 31.12.2013
sonstige Beteiligungen			
Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH	15.000	13	15.000
FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main	61.072	4	61.072
WIVERTIS Gesellschaft für Informations- und Kommunikationsdienstleistungen mbH, Wiesbaden	0	50	0
Wohnbau Mainz GmbH, Mainz		0	
Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main		0	
ivm GmbH, Frankfurt am Main	7.471	3	7.471
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus	80.431	4	80.431
ZVN Finanz GmbH, Wiesbaden	6.150	25	6.150
Regionalpark Ballungsraum RheinMain gGmbH	12.500	7	12.500
MSW Mein Solar Wiesbaden GmbH & Co.KG	1.000	0	1.000
Summe sonstige Beteiligungen	183.624		183.624
Summe Beteiligungen	183.624		183.624
Sonstige Ausleihungen			
davon Genossenschaftsanteile			
Wiesbadener Volksbank e.G.	1.636		1.636
Gemeinnützige Bau- und Siedlungsgenossenschaft	320		320
Summe Genossenschaftsanteile	1.956		1.956

Hinweis

Anhaltspunkte für einen über den geschilderten hinausgehenden Abwertungsbedarf von verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sowie des Sondervermögens und der Zweckverbände ergaben sich bis zum Bilanzerstellungszeitpunkt nicht.

Weiteres Finanzanlagevermögen

Bei den **Sondervermögen** handelt es sich neben den beiden Eigenbetrieben um das Stiftingsgrundkapital einer Immobilienstiftung (431 Tsd. €), sowie von neun Bargeldstiftungen (1.453 Tsd. €).

Zu den **sonstigen Ausleihungen** gehört ein Schuldscheindarlehen in Höhe von 35.700 Tsd. € bei der DZ-Bank (Anlage aus den Erlösen des Teilverkaufs der Stadtwerke Wiesbaden AG aus dem Jahre 2001). Die Laufzeit der Anlage beträgt 20 Jahre (sofern keine Kündigung erfolgt) und wird zu 6,02 % p. a. verzinst. Die Zinsen werden jährlich ausgezahlt.

Die Ausleihungen (an verbundene Unternehmen 66.476 Tsd. €, an Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis 17.244 Tsd. € und an Sonstige 42.647 Tsd. €) beinhalten im Wesentlichen soziale Wohnungsbaudarlehen. Es handelt sich um niedrig verzinsten Darlehen zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung.

Jahresabschluss 2014

Die größten Ausleihungen im Überblick:

Ausleihungen (in Tsd. €)	Stand 30.12.2014	Stand 31.12.2013	Differenz
GWW	40.362	40.323	+39
GeWeGe ⁷⁹	19.211	19.219	-8
Nass. Heimstätte	17.244	17.486	-244
Private/ Vereine	16.200	16.574	-374
GWH ⁸⁰	14.826	14.264	+562
Geno50	4.736	4.805	-69
SEG	4.597	4.652	-55
GSWerk	5.710	5.255	+455
mattiaqua	2.016	2.336	-320

3.1.4 Umlaufvermögen

Vorräte

Da die LHW kein wesentliches Vorratsvermögen in Lagern hält, gelten die Vorräte als verbraucht und werden nicht angesetzt.

Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen / -zuschüssen und Investitionsbeiträgen

Gemäß den Förderrichtlinien zur Umsetzung des Hessischen Sonderinvestitionsprogramms sowie des Zukunftsinvestitionsgesetzes des Bundes wird hier eine Forderung gegenüber dem Land Hessen i. H. v. 38.687 Tsd. € ausgewiesen. In gleicher Höhe wird bei den Kreditverbindlichkeiten gegenüber dem Kreditmarkt ein entsprechender Gegenposten passiviert. Diese Form der Darstellung wurde ausschließlich auf Grund der oben erwähnten Förderrichtlinie vorgenommen.

Weitere wesentliche Forderungen bestehen für die Gemeindeanteile Einkommensteuer und Umsatzsteuer für das 4. Quartal 2014 (5.209 Tsd. €) sowie Forderungen gegenüber Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Höhe von 813 Tsd. €.

Die Umgliederungen für kreditorische Debitoren fallen zum diesjährigen Bilanzstichtag deutlich niedriger als im Vorjahr (70 Tsd. €) aus.

⁷⁹ GeWeGe Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Wiesbaden mbH

⁸⁰ GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen

Jahresabschluss 2014

Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben

Die Forderungen aus Gewerbesteuer sind im Vergleich zur Schlussbilanz 2013 leicht zurückgegangen auf 57.743 Tsd. €.

Bei den Forderungen aus Beiträgen ist ein Anstieg um 1.065 Tsd. € auf nunmehr 1.251 Tsd. € zu verzeichnen. Im Wesentlichen handelt es sich um Forderungen für Gastschulbeiträge 2014 gegenüber dem Kreisausschuss Rheingau-Taunus-Kreis.

Bei den Wertberichtigungen für diese Bilanzpositionen ist ein leichter Anstieg auf 45.623 Tsd. € zu vermerken. Wie auch in 2013 waren mehrere hohe Einzelwertberichtigungen für Gewerbesteuerforderungen notwendig.

Die in 2012 eingeführte Praxis der 100 %igen Wertberichtigung für Gewerbesteuerforderungen, die seit mehr als fünf Jahren überfällig sind, wurde auch in 2014 fortgesetzt.

Umgliederungen von kreditorischen Debitoren wurden in Höhe von 348 Tsd. € vorgenommen.

(in Tsd. €)	Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2013	Differenz
Gewerbesteuer	57.743	62.599	-4.856
Verwaltungs- und Benutzungsgebühren	2.590	1.670	920
Forderung aus Beiträgen	1.251	187	1.064
Grundsteuer	911	269	642
Spielapparatesteuer	117	171	-54
Konzessionsabgabe	719	1.110	-391
Hundesteuer	180	157	23
Sonstige Abgaben	82	110	-28
Umgliederungen kreditorischer Debitoren	348	1.577	-1.229
Wertberichtigungen	- 45.623	-44.269	-1.354
Gesamt	18.318	23.580	-5.261

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen liegen mit 633 Tsd. € um 670 Tsd. € unter dem Wert von 2013.

Der starke Rückgang resultiert aus Umgliederungen von falschen Abstimmkonten zu den Bilanzpositionen sonstige Vermögensgegenstände und Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen/ -zuschüssen und Investitionsbeiträgen:

- 2.941 Tsd. € Forderungen und 1.707 Tsd. € Wertberichtigungen wurden zu den sonstigen Vermögensgegenständen umgliedert,

Jahresabschluss 2014

- 63 Tsd. € Forderungen wurden zu Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen/-zuschüssen und Investitionsbeiträgen umgliedert.

Die Umgliederungen für kreditorische Debitoren wurden in Höhe von 107 Tsd. € vorgenommen.

Insgesamt betragen die Wertberichtigungen von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen zum Stichtag 31.12.2014 669 Tsd. €.

Forderungen gegen verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen

Die gesamten Forderungen gegen verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 7.058 Tsd. € auf 28.579 Tsd. €.

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** gegenüber verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen verringerten sich um 423 Tsd. € auf 348 Tsd. € gegenüber 2013.

Die **Forderungen aus Betriebsmittelkrediten** an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen steigen um 7.756 Tsd. € auf nunmehr 17.694 Tsd. €. Die Differenz resultiert im Wesentlichen aus der Teilzahlung des Betriebsmittelkredites durch Feierabendheim Simeonhaus GmbH und neuen Forderungen gegenüber ELW.

Die offenen Zinsforderungen aus diesen Krediten betragen zum 31.12.2014 651 Tsd. €.

Im Detail setzen sich die Forderungen aus Betriebsmittelkrediten wie folgt zusammen:

Schuldner	Tilgungsforderung in Tsd. €	Zinsforderung in Tsd. €
Entsorgungsbetriebe der LHW	13.506	0
Feierabendheim Simeonhaus GmbH	2.838	451
AHW Altenhilfe Wiesbaden GmbH	1.350	200
Gesamt	17.694	651

Der Bestand der Einzelwertberichtigungen für nicht mehr werthaltige Forderungen aus Betriebsmittelkrediten hat sich in 2014 gegenüber dem Abschlussjahr 2013 (3.100 Tsd. €) nicht verändert. Nach Aufstellung des Jahresabschlusses wurde dem Feierabendheim Simeonhaus GmbH der oben bezeichnete Betriebsmittelkredit erlassen (siehe auch unter „Risiken“).

Gegenüber den Entsorgungsbetrieben bestehen im Rahmen des **Cash-Pool-Projekts** zum 31.12.2014 Forderungen i. H. v. 7.400 Tsd. €.

Jahresabschluss 2014

Weiterhin enthält diese Position **sonstige Forderungen** i. H. v. 4.320 Tsd. € an städtische Eigenbetriebe und verbundene Unternehmen, die im Rahmen der **Abwicklung der Personalkosten** entstanden sind:

Name	Forderung in Tsd. €
Entsorgungsbetriebe der LHW	3.074
mattiaqua	371
TriWiCon	365
Wivertis GmbH	209
Rhein-Main-Hallen GmbH	103
WVV Wiesbaden Holding GmbH	69
Kurhaus Wiesbaden GmbH	42
HSK Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH	36
Wasserversorgungsbetriebe der LHW	32
WITCOM GmbH	11
Nassauische Heimstätte GmbH	8
Gesamt	4.320

Die Umgliederungen für kreditorische Debitoren betragen 95 Tsd. €.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die wesentlichen Posten der sonstigen Vermögensgegenstände bilden die Nebenforderungen (5.462 Tsd. €), Forderungen für Darlehen, die nach dem BSHG, SGB II und SGB XII vergeben wurden (2.204 Tsd. €) sowie Forderungen ans Finanzamt i. H. v. 3.013 Tsd. €.

Weiterhin enthalten die sonstigen Vermögensgegenstände Forderungen aus antizipativer Abgrenzung i. H. v. 291 Tsd. €.

Der Stand der Wertberichtigungen für die sonstigen Vermögensgegenstände beträgt zum Stichtag 31.12.2014 8.578 Tsd. €. Umgliederungen für debitorische Kreditoren wurden i. H. v. 2.247 Tsd. € vorgenommen.

Flüssige Mittel

Die flüssigen Mittel enthalten die Guthaben auf städtischen Girokonten i. H. v. 2.596 Tsd. € und Festgelder i. H. v. 136.800 Tsd. € bei diversen Banken und Sparkassen. Weiterhin enthalten sind Bestände von Treuhandkonten i. H. v. 2.780 Tsd. € von der Stadtentwicklungsgesellschaft mbH (SEG) und 8 Tsd. € von HSK-Rhein-Main GmbH (seit Ende 2014 EGW GmbH) sowie der Bestand der städtischen Handvorschüsse i. H. v. 7 Tsd. €.

Jahresabschluss 2014

3.1.5 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten beinhalten u. a. Anspar- und Sonderbeiträge von Landesdarlehen (5.160 Tsd. €) sowie im Dezember 2014 gezahlte Transferaufwendungen (17.641 Tsd. €) und Beamtenbezüge (4.815 Tsd. €) für den Januar des Folgejahres.

Sonstige aktive Rechnungsabgrenzungsposten wurden i. H. v. 368 Tsd. € gebildet.

Jahresabschluss 2014

3.1.6 Eigenkapital

Die Nettosition entspricht dem nicht angreifbaren „Eigenkapitalstock“ i. H. v. 1.259.090 Tsd. €. Die Nettosition blieb unverändert.

Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen und außerordentlichen Ergebnisses

Zum 01.01.2014 wurde der Überschuss des ordentlichen Ergebnisses 2013 (29.442 Tsd. €), vermindert um den Fehlbetrag des außerordentlichen Ergebnisses (1.875 Tsd. €), i. H. v. 27.567 Tsd. € der Rücklage des ordentlichen Ergebnisses zugeführt, sodass sich der Bestand der Rücklage auf 79.584 Tsd. € erhöht hat. Die Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses beträgt unverändert 11.224 Tsd. €.

Sonderrücklagen

Bei dem **Stiftungskapital** handelt es sich um das auf der Aktivseite unter Sondervermögen (zum Finanzanlagevermögen gehörend) in gleicher Höhe ausgewiesene Stiftungskapital.

3.1.7 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge

Als eigenkapitalähnliche Position weist die LHW 279.617 Tsd. € als Sonderposten aus. Diese gliedern sich wie folgt auf:

Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge (in Tsd. €)	Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2013	Differenz
Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	-236.975	-201.558	-35.416
Zuweisungen vom nicht öffentlichen Bereich	-8.610	-3.404	-5.206
Investitionsbeiträge (Straßen, Wege, Plätze)	-33.869	-36.347	2.478
Gesamt	-279.454	-241.309	-38.144

nachrichtlich SoPo Gebührenaussgleichsrücklage	-163	0	-163
Gesamt	-279.617	-241.309	-38.308

Jahresabschluss 2014

3.1.8 Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Unter den Rückstellungen für **Pensionen** werden Verpflichtungen der LH Wiesbaden für Versorgungsansprüche von Beamtinnen/Beamten und ihren Hinterbliebenen ausgewiesen. Insgesamt bestehen zum 31.12.2014 Pensionsverpflichtungen i. H. v. 422.694 Tsd. € gegenüber 1.923 Berechtigten. Hierbei handelt es sich um 1.148 Anwärter/-innen (190.739 Tsd. €) und 775 Pensionsbezieher/-innen (231.955 Tsd. €), d. h. Pensionärinnen, Pensionäre, Witwen/Witwer und Waisen.

Gemäß der Hessischen Beihilfenverordnung wird aktiven und ausgeschiedenen Beamtinnen/ Beamten und deren beihilfeberechtigten Angehörigen **Beihilfe** als Zuschuss im Krankheitsfall gewährt. Zum 31.12.2014 bestehen Beihilfeverpflichtungen i. H. v. insgesamt 57.969 Tsd. € gegenüber 1.923 Beihilfeberechtigten. Hierbei handelt es sich um 1.148 Anwärter/-innen (24.554 Tsd. €) und 775 Pensionsbezieher/-innen (33.414 Tsd. €).

Die **Rückstellung für Altersteilzeit** beträgt insgesamt 451 Tsd. € und wurde für 14 Altersteilzeitfälle, für die bereits eine Altersteilzeitvereinbarung abgeschlossen wurde, gebildet. Die Altersteilzeitverpflichtungen gegenüber Beamtinnen/Beamten betragen zum 31.12.2014 91 Tsd. €, die Altersteilzeitverpflichtungen gegenüber Tarifbeschäftigten 360 Tsd. €.

Die **Rückstellung für Steuern und Finanzausgleich** beinhaltet eine Umsatzsteuernachzahlung für den BgA Personalgestellung. Die Auszahlung der Nachforderung des Jahres 2012 erfolgte in 2014, so dass der Rückstellung 49 Tsd. € entnommen werden konnten. In 2014 wurden drei weitere Rückstellungen gebildet; Eine Rückstellung für Vorsteuerkorrekturen für Bürgerhäuser mit 33 Tsd. €, eine Rückstellung für Vorsteuerkorrekturen Sportstätten mit 22 Tsd. € und zur Versteuerung des geldwerten Vorteils der Mitarbeitenden durch den Besuch von Maßnahmen im Rahmen des IGM⁸¹ in Höhe von 290 Tsd. €.

Bei den **Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten** handelt es sich i. d. R. um Altlastenentsorgungsverpflichtungen, die den ermittelten Wert des Grund und Bodens übersteigen. Im Jahre 2014 erfolgte eine Teilauflösung der Rückstellung für Altlasten „Gaswerk Bahnhofstraße“ aufgrund durchgeführter Sanierungen in Höhe von 36 Tsd. €. Zusätzlich wurde eine Rückstellung in Höhe von 184 Tsd. € gebildet für die Rückforderung aus Überzahlung beim Zuschuss Gaswerk Bahnhofstraße. Ebenfalls im Jahr 2014 wurden drei nicht verbrauchte Altlastenrückstellungen in Gesamthöhe von 26 Tsd. € aufgelöst.

Gemäß der Hessischen Gemeindehaushaltsverordnung ist für im Haushaltsjahr unterlassene Instandhaltungen, die im Folgejahr nachgeholt werden sollen, eine **Instandhaltungsrückstellung** zu bilden. Das Verfahren zur Ermittlung der Höhe der zu bildenden Instandhaltungsrückstellung wurde zum Jahresabschluss 2014 geändert. Auf Basis der Rückstellungshöhe des Jahres 2012 wird ein Quotient von 3,5 % der Instandhaltungsaufwendungen festgelegt. Damit ergibt sich eine Rückstellungshöhe zum 31.12.2014 von 968 Tsd. €.

Die Instandhaltungsrückstellung aus 2014 wurde zweckentsprechend i. H. v. 936 Tsd. € verwendet.

⁸¹ Integriertes Gesundheitsmanagement

Jahresabschluss 2014

Sonstige Rückstellungen

Die **Rückstellung für die nicht ausgezahlten Leistungsentgelte nach dem TVÖD** hat sich durch Inanspruchnahme von 5.484 Tsd. € auf 3.844 Tsd. € verringert.

Die Rückstellung für das Lebensarbeitszeitkonto hat sich um 289 Tsd. € auf 4.661 Tsd. € erhöht.

Bei der Bemessung der **Rückstellungen für andere Aufwendungen** wurde allen erkennbaren Risiken angemessen und ausreichend Rechnung getragen. Der Gesamtbetrag dieser Rückstellungen hat sich von 14.967 Tsd. € auf 4.333 Tsd. € verringert.

Die Veränderungen im Einzelnen:

- Die Rückstellung **Photovoltaikanlage** wurde gemäß Prüfbericht in Höhe von 44 Tsd. € in Anspruch genommen und 122 Tsd. € wurden aufgelöst.
- Unvermindert bei 1.240 Tsd. € blieb die Rückstellung zur **Deckung des negativen Eigenkapitals der KGRZ**.⁸²
- Die Rückstellung **Eigenkapitalzuführung TriWiCon** wurde mit 8.000 Tsd. € verbraucht.
- Der Bund hat seine Rückforderung zu viel erhaltener **Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes** geltend gemacht. Die Rückstellung wurde in Höhe von 1.866 Tsd. € verbraucht und in Resthöhe von 1.075 Tsd. € aufgelöst.
- Die Rückforderung zu viel erhaltener **Eingliederungsleistungen SGB II** bleibt in Höhe von 2.941 Tsd. € unverändert.
- Aufgrund eines Vergleiches beim Gerichtsverfahren **Rückbau Bauernbrücke** wurden aus der Rückstellung 339 Tsd. € verbraucht.
- Durch vorzeitigen Abruf von Mitteln bei der WI-Bank für die Programme **Soziale Stadt Biebrich und Westend** werden der Stadtverwaltung Zinsen in Höhe von ca. 385 Tsd. € berechnet. Über diesen Betrag wurde eine Rückstellung gebildet.
- Die Rückstellung für **Offene Nebenkostenforderungen Luisenforum** bleibt mit 198 Tsd. € unverändert.
- Für ausstehende Betriebskostenabrechnungen der Gebäude am Schillerplatz (2013) und Hasengartenstraße 25 (2011-2013) wurden für den **Schillerplatz** eine Rückstellung in Höhe 132 Tsd. € und für die **Hasengartenstraße 25** in Höhe von 114 Tsd. € gebildet.
- In Bezug auf die Aufenthaltsverordnung hat die Ausländerbehörde Gebühren für Aufenthaltstitel erhoben. Durch eine Klage kommt es zu einer Gesetzesänderung durch die die Gebühren für Aufenthaltstitel für türkische Staatsangehörige angepasst werden. Diese Änderung tritt rückwirkend in Kraft. So dass die zu viel erhobenen Gebühren zurückge-

⁸² Kommunales Gebietsrechenzentrum

Jahresabschluss 2014

zahlt werden müssen. Hier wurde eine Rückstellung **Rückerstattung Gebühren Ausländerbehörde** in Höhe von 180 Tsd. € gebildet.

Andere Rückstellungen im Sinne des § 39 Abs. 2 GemHVO wurden in Ausübung des Wahlrechts nicht gebildet.

3.1.9 Verbindlichkeiten

Verbindlichkeitspiegel zum 31.12.2014

Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten sind im Verbindlichkeitspiegel dargestellt (Kapitel 4.3).

Die Verbindlichkeiten erhöhten sich um 35.424 Tsd. € auf 465.775 Tsd. €. Im Folgenden werden nun die wesentlichen Veränderungen bei den einzelnen Bilanzpositionen erläutert.

Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen

Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen haben sich insgesamt um 38.853 Tsd. € auf 386.046 Tsd. € erhöht.

Die Veränderungen im Einzelnen:

- Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen gegenüber Kreditinstituten haben sich um 42.444 Tsd. € auf 301.346 Tsd. € erhöht.
- Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen gegenüber öffentlichen Kreditgebern haben sich um 1.581 Tsd. € auf 34.296 Tsd. € verringert.
- In der Jahresschuldenstatistik werden die durch das Land zu tilgenden Anteile der „Altlasten-Darlehen“ mit aufgenommen. Dadurch sind die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen sowie die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten dort um 1.572 Tsd. € höher.
- Die Verbindlichkeiten aus dem Sonderkonjunkturprogramm (Eigen- und Landesanteil) sind wie auch im Jahr 2013 um 411 Tsd. € (Eigenanteil) und 1.531 Tsd. € (Landesanteil) auf nunmehr 10.414 Tsd. € (Eigenanteil) und 38.687 Tsd. € (Landesanteil) gesunken. Die Höhe des Landesanteils entspricht der Höhe der Forderung gegenüber dem Land Hessen, die bei der Bilanzposition „Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen/ -zuschüssen und Investitionsbeiträgen“ gegenüber dem Land Hessen ausgewiesen wird.

Jahresabschluss 2014

Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften

Diese Position beinhaltet Verbindlichkeiten aus zwei Leibrenten, zu deren Zahlung sich die LHW verpflichtet hat. Leibrenten sind von der Lebensdauer einer oder mehrerer bestimmter Personen (des Rentenberechtigten, des Rentenverpflichteten oder auch dritter Personen) abhängende Leistungen, die nur solange erfolgen, solange die versicherte Person lebt.

Solche Leibrenten vereinbart die LH Wiesbaden aktuell nicht mehr. Die bestehenden Verbindlichkeiten resultieren aus früheren Zahlungsverpflichtungen des Amtes für Wirtschaft und Liegenschaften sowie des Kulturamtes.

Zum Jahresabschluss 2014 wurde ein Teil der Leibrentenverbindlichkeiten aufgelöst, somit betragen Verbindlichkeiten aus Leibrenten 46 Tsd. €.

Verbindlichkeiten aus Zuweisungen, Zuschüssen und Transferleistungen

Die Transferverbindlichkeiten gegenüber Bund, Land, Gemeindeverbänden und sonstigen Dritten nahmen um 10.853 Tsd. € ab. Die Abnahme resultiert zum größten Teil aus der Auflösung der geplanten Zuweisung an das Land zur städtebaulichen Entwicklung des Areals Gerichtsstraße.

Die Verbindlichkeiten aus Investitionsbeiträgen verringerten sich gegenüber 2013 um 52 Tsd. € und betragen nunmehr 288 Tsd. €.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben sich um 669 Tsd. € verringert und betragen nunmehr 10.384 Tsd. €.

Umgliederungen für debitorische Kreditoren wurde im Jahr 2014 i. H. v. 1.217 Tsd. € vorgenommen.

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen haben sich um 11.654 Tsd. € auf nunmehr 23.093 Tsd. € erhöht. Der hohe Anstieg resultiert unter anderem aus einer noch nicht ausgezahlten Verbindlichkeit für Verlustausgleich an ein verbundenes Unternehmen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber den Stiftungen, die als Grundkapital ausgewiesen werden, bleiben bei 881 Tsd. € unverändert. Das verwendbare Stiftungskapital hat sich gegenüber 2013 um 45 Tsd. € auf 4.486 Tsd. € erhöht.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungen betragen insgesamt 8.470 Tsd. € und sonstige Verbindlichkeiten i. H. v. 9.161 Tsd. €.

Umgliederungen für debitorische Kreditoren wurden i. H. v. 95 Tsd. € vorgenommen.

Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten sanken um 2.875 Tsd. € auf nunmehr 40.029 Tsd. € gesunken.

Jahresabschluss 2014

Den größten Anteil an den sonstigen Verbindlichkeiten nehmen zweckgebundene Einnahmen, die noch nicht dem Zweck entsprechend verwendet wurden, ein.

(in Tsd. €)	Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2013	Differenz
Garagenfonds	10.095	10.452	-357
Offensive für Kinderbetreuung	4.824	2.801	2.023
LHW Anteil Sanierungsförderung	2.410	2.410	0
Biotopausgleich	1.049	1.036	13
Nachlässe	1.316	1.321	-5
Schönheitsreparaturen Altenwohnanlagen	135	120	15
Grundwasserüberwachungsprogramm	200	200	0
Spenden	124	145	-21
Ökokonto	90	90	0
Fehlbelegungsabgabe, kommunaler Anteil	28	1.424	-1396
Ablösesumme Stellflächen	2.301	2.301	0
Zuweisungen Soziale Stadt	2.241	4.225	-1984
Zuweisungen Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)	4	2	2
Gesamt	24.817	26.527	-1.710

Weitere wesentliche Positionen der sonstigen Verbindlichkeiten:

- 2.761 Tsd. € aus der antizipativen Abgrenzung für noch nicht ausgezahlte Darlehenszinsen
- 1.854 Tsd. € Transferverbindlichkeiten für den Dezember 2014, die über das Vorverfahren Prosoz erst im Januar 2015 ausgezahlt wurden,
- 800 Tsd. € für einen Mietkostenzuschuss im Rahmen der Ansiedlung eines weiteren Standorts der European Business School in Wiesbaden.

Die Verbindlichkeiten aus dem Landesanteil Fehlbelegungsabgabe beinhalten die noch nicht ausgeglichenen Forderungen in Höhe von 4 Tsd. €.

Für nicht ausgeglichene Verrechnungskonten erfolgt der Ausgleich im Folgejahr.

Jahresabschluss 2014

3.1.10 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Dieser Posten enthält u. a. Einnahmen für Grabnutzungsrechte i. H. v. 34.961 Tsd. €, die ertragsmäßig zukünftige Jahre betreffen. Die LH Wiesbaden ist Trägerin von Friedhöfen in verschiedenen Ortsteilen und mit unterschiedlichen Leistungsangeboten. Die Leistungsangebote umfassen i. d. R. alle gängigen Friedhofsleistungen inkl. Einäscherung sowie Sonderformen von Grabnutzungsrechten. Entsprechend der jeweils geltenden Friedhofsgebührenordnung erhebt die LH Wiesbaden Gebühren für den Erwerb eines Grabnutzungsrechtes über einen bestimmten Zeitraum, ggf. einschließlich der Pflege, sowie Gebühren für Nutzung der Trauerhalle und die Beisetzung. Die für Grabnutzungsrechte eingenommenen Gebühren werden über den Nutzungszeitraum zeitanteilig aufgelöst.

Ebenfalls enthalten sind mehrjährige Abgrenzungsposten für die Einnahmen aus der Legatgrabpflege (1.119 Tsd. €) sowie aus der Grundwasserabgabe (124 Tsd. €). Die Abgrenzungen für Personalkosten wurden in Höhe von 57 Tsd. €, sonstige Abgrenzungsposten in Höhe von 13 Tsd. € gebildet. Der passive Rechnungsabgrenzungsposten für DB Bahn AG beträgt zum 31.12.2014 10 Tsd. €.

Jahresabschluss 2014

3.2 Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

3.2.1 Allgemeine Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

Die Teilergebnisrechnungen spiegeln immer die in dem Haushaltsjahr jeweils gültige Organisationsstruktur ab. Bei Verschiebungen von Ämtern oder Ämterbereichen von einem Dezernat in ein anderes ändern sich dadurch automatisch auch die Werte des Vorjahres, so dass diese Spalte in den Teilergebnisrechnungen von den Teilergebnisrechnungen des Vorjahres abweichen kann.

Organisatorische Änderungen mit Auswirkungen auf die Teilergebnisse ergaben sich im Jahr 2014 nicht.

Die Sonderposten aus Investitionszuschüssen werden nicht mehr, wie in den Jahren bis 2012, in die Kostenstellen der Fachbereiche aufgelöst, sondern gemäß Ziff. 3 der Hinweise zu § 38 Gemeindehaushaltsverordnung in das Teilergebnis „Allgemeine Finanzwirtschaft“ gebucht. Da die Planung noch auf der Ebene der Fachdezernate erfolgte ergeben sich dementsprechende Plan-Ist-Abweichungen.

Eine Analyse des Ergebnisses und der Plan-Ist- sowie Ist-Ist-Abweichungen sind im Rechenschaftsbericht (Kap. 2) zu finden.

3.2.2 Restmittel und Überleitungen

Die Plan-Ist-Abweichungen der budgetwirksamen Bestandteile bilden gemäß den geltenden Budgetrichtlinien auf Dezernatsebene die maximale Überleitungssumme.

Die Überleitungen erfolgen weiterhin, trotz angespannter Haushaltslage, um einen wirtschaftlichen Umgang der Ämter mit ihrem Budget zu gewährleisten. Dezernate, die ihr Budget überschritten haben, erhalten in der Regel einen negativen Budgetvortrag im nächsten Jahr.

Aus dem Jahr 2013 wurden 33.930 Tsd. € in das Jahr 2014 übergeleitet, die Überleitungen nach 2015 belaufen sich auf ca. 32.821 Tsd. €.

3.2.3 Ergebnisverwendung

Der Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses 2014 in Höhe von 13.857 Tsd. € wird mit der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses verrechnet. Der Fehlbetrag des außerordentlichen Ergebnisses 2014 in Höhe von 2.550 Tsd. € wird mit der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses verrechnet. Damit verringert sich die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses auf 65.727 Tsd. € und die Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses auf 8.674 Tsd. €. Insgesamt beträgt der Stand der Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen und außerordentlichen Ergebnisses somit noch 74.401 Tsd. € nach der Buchung der Ergebnisverwendung.

Jahresabschluss 2014

3.3 Erläuterungen zur Finanzrechnung

3.3.1 Einleitung

Die Finanzrechnung wurde im Zahlungsmittelfluss aus Verwaltungstätigkeit mit der indirekten Methode, das heißt, sie wurde aus den Zahlen der Vermögensrechnung und der Ergebnisrechnung ermittelt. Im Übrigen erfolgte die Aufstellung nach der direkten Methode. Sie liefert Informationen über die Zahlungsströme des betrachteten Geschäftsjahres sowie über die Veränderungen des Zahlungsmittelbestandes. Hierbei wird zwischen Zahlungsmittelzuflüssen und -abflüssen aus laufender Verwaltungstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit unterschieden.

Die Finanzrechnung weist für das Jahr 2014 einen Finanzmittelbedarf i. H. v. 33.668 Tsd. € aus. Die flüssigen Mittel haben sich somit verringert und betragen zum Ende des Geschäftsjahres 142.190 Tsd. €.

Bezeichnung	Ergebnis des Haushaltsjahres 2013	Ergebnis des Haushaltsjahres 2014	Differenz
	in Tsd. €		
Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit	75.139	23.020	52.119
Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit	-22.241	-96.746	-74.505
Zahlungsmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit	-9.819	40.058	49.877
Zahlungsmittelüberschuss/-fehlbetrag d. Haushaltsjahres	43.078	-33.668	-76.746
Zahlungsmittelbestand am Beginn des Haushaltsjahres	132.780	175.858	43.078
Zahlungsmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres	175.858	142.190	-33.668

3.3.2 Erläuterungen der erheblichen Unterschiede

Die Erklärungen zur Mehrzahl der Abweichungen erfolgten bereits in den Kapiteln zur Vermögensrechnung und Ergebnisrechnung, so dass an dieser Stelle nur kurz darauf verwiesen wird.

Der Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 52.119 Tsd. € reduziert. Dies lag insbesondere an dem schlechteren Jahresergebnis (43.974 Tsd. €).

Die Investitionstätigkeit hat sich gegenüber 2013 deutlich um 74.505 Tsd. € erhöht. Die Ursache hierfür ist vor allem die Aktivierung der Sporthalle am Platz der deutschen Einheit (50.000 Tsd. €).

Der Zahlungsmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit zeigt eine Erhöhung der Kreditaufnahme (- 68.673 Tsd. €) sowie der Kredittilgungen (18.795 Tsd. €). Rechnet man aus beiden Werten eine vorgenommene Umschuldung i. H. v. 17.669 Tsd. € heraus, verbleibt ein Anstieg der Kreditaufnahme, der in der vollständigen Finanzierung der Sporthalle am Platz der deutschen Einheit begründet ist.

Jahresabschluss 2014

Im Gegensatz zum Haushaltsjahr 2013, für das ein Zahlungsmittelüberschuss i. H. v. 43.077 Tsd. € ermittelt wurde, schließt 2014 mit einem Zahlungsmittelbedarf von 33.668 Tsd. € ab.

Der Finanzmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres 2014 hat sich somit gegenüber 2013 um weitere 33.668 Tsd. € verringert und liegt nun bei 142.190 Tsd. €.

Jahresabschluss 2014

3.4 Übersicht über die Investitionen und Instandhaltungen inkl. Überleitungen

Die Werte in diesem Kapitel basieren auf dem Datenstand Ende Mai 2015.

Investitionen (in Tsd. €)	Ausgaben	Ansatz	Budget- veränderung	Ausgaben	Restbudget bzw. Überleitung ⁸³
	Ist 2013	2014	2014	Ist 2014	
Dez. I	6.832	37.782	33.280	54.616	16.447
Dez. II	16.384	18.978	37.890	21.017	35.851
Dez. III ⁸⁴	3.149	15.220	9.391	6.633	-888
Dez. IV	6.854	22.031	7.662	11.864	17.829
Dez. V / Schule	6.912	18.117	12.210	5.907	18.131
Dez. V / Kultur	2.837	3.325	23.200	3.288	23.237
Dez. VI	794	474	2.711	1.838	1.348
Dez. VII	937	1.578	5.478	2.059	4.997
Summe	44.699	117.505	131.822	107.222	116.952

Instandhaltung (in Tsd. €)	Ausgaben	Ansatz	Budget- veränderung	Ausgaben	Restbudget bzw. Überleitung ⁸⁵
	Ist 2013	2014	2014	Ist 2014	
Dez. I	6.186	4.849	476	4.373	0
Dez. II	3.707	4.312	12.018	4.724	11.606
Dez. III	505	347	93	440	0
Dez. IV	8.528	8.684	3.189	8.908	2.965
Dez. V / Schule	5.550	5.568	2.056	7.624	0
Dez. V / Kultur	933	692	275	967	0
Dez. VI	59	143	536	262	417
Dez. VII	1.013	1.229	2.830	1.494	2.665
Summe	26.481	25.824	21.473	28.792	17.653

Gesamt	71.180	143.329	153.295	136.014	134.605
---------------	---------------	----------------	----------------	----------------	----------------

⁸³ Die Höhe der tatsächlichen Überleitungen kann sich durch evtl. Einsparungen abweichen.

⁸⁴ Darstellung Dezernat III ohne Grundstücksfonds

⁸⁵ Die Höhe der tatsächlichen Überleitungen kann sich durch evtl. Einsparungen abweichen.

Jahresabschluss 2014

Allgemeine Erläuterungen zur Tabelle (Stand 05/2015):

- Das Instandhaltungsbudget umfasst neben den Instandhaltungen von Bauwerken im eigentlichen Sinne auch Mittel für weitere nicht-aktivierungsfähige Vorhaben, wie z. B. Zuschüsse zu Instandhaltungen Dritter.
- Die Spalte Budgetveränderungen enthält die Summe aller Budgetveränderungen (Übertrag aus dem Vorjahr, Üpl/apl⁸⁶-Genehmigungen, Deckungen und (soweit zum Zeitpunkt der Erstellung gebucht) Überträge ins Folgejahr.
- Die Darstellung erfolgt auf Basis der Dezernatszuschnitte zum Zeitpunkt 31.12.2014.
- Der Grundstücksfonds (Dezernat III) ist nicht berücksichtigt.
- Die Arbeiten im Budgetabschluss waren zum Zeitpunkt der Erstellung noch nicht vollständig abgeschlossen. Es waren noch einzelne Genehmigungen überplanmäßiger Ausgaben offen, so dass sich noch Änderungen an der Höhe der tatsächlichen Überleitung ergeben können.

3.4.1 Übersicht über die fünf größten Investitionsmaßnahmen

Investitionen (in Tsd. €)		Rest aus 2013	Ansatz 2014	Akt. Ansatz 2014	Ausgaben 2014	Rest-budget bzw. max. Überleitung
I.03414	93 Investitionszuschuss Neubau RMH	4.702	15.000	5.502	5.502	0
I.04227	80 Ankauf Grundstücke Dyckerhoff	0	0	9.826	9.826	0
I.02257	52 Platz der Deutschen Einheit - Tiefg ⁸⁷	0	0	11.217	11.217	0
I.03413	52 Neubau Gewerbe Pl. D. Dt. Einheit	0	31.240	18.299	18.299	0
I.02258	52 SH Platz der deutschen Einheit BgA	0	0	20.256	20.256	0

(Stand: 06/2015)

Eine ausführliche Liste über alle größeren Investitionsmaßnahmen befindet sich im Kapitel 4.10.

⁸⁶ Überplanmäßige / außerplanmäßige Aufwendungen / Ausgaben

⁸⁷ Tiefgarage

Jahresabschluss 2014

3.4.2 Erläuterungen zu Investitionen und Instandhaltungen

Die in Vorjahren an dieser Stelle veröffentlichten Erläuterungen der wesentlichen Positionen aus den Investitions- und Instandhaltungsprogrammen werden seit dem Jahresabschluss 2011 aufgeteilt nach Dezernaten im Rechenschaftsbericht aufgeführt.

3.5 Rechtliche Grundlagen

Gemäß § 1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) hat eine Gemeinde das Wohl ihrer Einwohner in freier Selbstverwaltung durch ihre von der Bürgerschaft gewählten Organe zu fördern. Dabei sind Gemeinden in ihrem Gebiet, soweit die Gesetze nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmen, ausschließliche und eigenverantwortliche Träger der öffentlichen Verwaltung (§ 2 HGO).

Jede Gemeinde hat gemäß § 19 HGO die Aufgabe, in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit die für ihre Einwohner erforderlichen wirtschaftlichen, sozialen, sportlichen und kulturellen öffentlichen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen.

3.6 Organe und Vertretungsbefugnis

Die Bürgerinnen und Bürger der LH Wiesbaden nehmen durch die Wahl der Stadtverordnetenversammlung, der Ortsbeiräte und des Oberbürgermeisters sowie durch Bürgerentscheide an der Verwaltung der Stadt teil.

Die Stadtverordnetenversammlung ist das oberste Organ der LH Wiesbaden.

Die Zahl der Stadtverordneten in der Stadtverordnetenversammlung der LH Wiesbaden beträgt nach § 38 Abs. 1 HGO für die Städte über 250.000 Einwohner 81. Die Gemeindevertreter können sich zu einer Fraktion zusammenschließen (§ 36 a Abs. 1 HGO).

Die Wahlzeit der Stadtverordnetenversammlung beträgt fünf Jahre. Im März 2011 fand die letzte Kommunalwahl statt.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt über die wichtigen Angelegenheiten der Stadt. Sie kann die Beschlussfassung über bestimmte Angelegenheiten oder bestimmte Arten von Angelegenheiten auf den Magistrat oder einen der Ausschüsse übertragen. Dies gilt nicht für die in § 51 HGO aufgeführten ausschließlichen Zuständigkeiten der Stadtverordnetenversammlung.

Im Einzelnen gliederte sich die Stadtverordnetenversammlung in 2014 die folgenden **Fraktionen**

	Stand: 31.12.2014
Christlich Demokratische Union (CDU)	27 Sitze
Sozialdemokratische Partei Deutschland (SPD)	24 Sitze
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE)	15 Sitze
Linke&Piraten	4 Sitze
FDP	3 Sitze
Bürgerliste Wiesbaden (BLW)	3 Sitze
Unabhängige & Freie Wähler (UFW)	3 Sitze
Republikaner	1 Sitz
Fraktionslos	1 Sitz

Nach der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung muss eine Fraktion aus mindestens drei Stadtverordneten bestehen.

Der Stadtverordnete Peter Schadt war zum 31.12.2014 fraktionslos.

Jahresabschluss 2014

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung sind im Folgenden genannt.

Stadtverordnetenvorsteher:	Stellvertreter/innen:
Nickel, Wolfgang	Göttenauer, Michael (Linke & Piraten) Große, Claus-Peter (GRÜNE) Queck, Katharina (CDU) Schickel, Hans Peter (SPD)
Weitere Stadtverordnete in 2014:	
Abt, Richard Altz, Richard Andes-Müller Dipl.Ing., Dorothee Angor, Dorothea Apel, Michaela Bachmann, Christian Becker, Jürgen Belz, Stephan Bilir, Suayip Bohrer, Hartmut Braun, Karl Brenneisen Dr., Helga (seit 15.12.2014) Breuer, Stefan (seit 12.09.2014) David, Michael Delbasteh Dr., Rashid Denne, Heike Diers, Christian Dogan, Salih Düe, Barbara Dumont du Voitel, Sabine Egert, Urban Freund, Renate Frommann, Hans-Jörg Gaedeke, Sabine Gretz-Roth Dr., Vera Güler, Sibel Hagenmüller, Axel Hasemann-Trutzel, Hans-Joachim Hebenstreit, Anita Hinninger, Christiane Horschler, Dieter (bis 27.10.2014) Jentsch Dr., Doris (bis 22.05.2014) Karipidou, Sofia (seit 19.09.2013) Kessler, Hans-Martin Kienast-Dittrich, Renate Kisseler, Felix Knauer, Christa (bis 11.09.2014) Koch, Simone Lerschmacher Dr., Karin Lorenz, Bernhard	Manjura, Christoph Maritzen, Ronny Michna Dr., Hans-Achim Mucha, Monika Oschmann, Petermartin Paffe, Sandra Pfeifer, Rainer Pöpel, Brigitte Susanne Reiß, Ingrid Reitz, Peter (seit 23.05.2014) Röck-Knüttel, Nicole Rottloff, Simon Ruf, Nadine Sahin-Öztürk Dipl. Ing., Gülden Schadt, Peter Schlempp, Michael Schmehl, Hendrik Schmitz Dr., Sven-Uwe Schnaus, Eleonore Schon, Manuela Schuchalter-Eicke, Gabriele Seidensticker, Eberhard Seipel-Rotter, Hendrik Sohn, Axel Wolfgang Spallek, Stefan Spruch, Claudia Ünlü, Ümran Uebersohn Dr., Gerhard Volk-Borowski, Dennis Völker Dr., Reinhard Vollkammer, Jan (seit 11.2014) SPD von Garnier, Friederike (bis 30.11.2014) von Poser und Groß-Naedlitz Dr., Michael Waldeck, Andreas Wallmann, Astrid Weck, André Weinerth, Ulrich Wild, Volker Wilhelmy, Veit Wittkowski Dr., Bernd

Jahresabschluss 2014

Für die Wahlperiode 2011 bis 2016 wurden folgende Ausschüsse gebildet:

- Ältestenausschuss
- Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
- Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung
- Ausschuss für Frauenangelegenheiten
- Ausschuss für Freizeit und Sport
- Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr
- Ausschuss für Schule und Kultur
- Ausschuss für Soziales und Gesundheit
- Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit
- Revisionsausschuss

Für die restliche Wahlperiode ab dem Jahr 2014 wurde ein Beteiligungsausschuss gebildet.

Die Stadtverordnetenversammlung überwacht die Verwaltung der Stadt und die Geschäftsführung des Magistrats.

Der Magistrat hat die Stadtverordnetenversammlung über die wichtigsten Verwaltungsangelegenheiten laufend zu unterrichten und ihr wichtige Anordnungen der Aufsichtsbehörde mitzuteilen.

Der Magistrat besteht aus dem hauptamtlichen Oberbürgermeister, dem hauptamtlichen Bürgermeister, 5 hauptamtlichen Stadträtinnen/Stadträten (Dezernentinnen/Dezernenten) sowie weiteren 13 ehrenamtlichen Stadträtinnen/Stadträten.

Jahresabschluss 2014

Die Mitglieder des Magistrats in 2014 waren:

Oberbürgermeister	
Gerich, Sven	
Bürgermeister	
Goßmann, Arno	
hauptamtliche Magistratsmitglieder:	ehrenamtliche Magistratsmitglieder:
Bendel, Detlev Dr. Franz, Oliver Möricke, Sigrid Scholz, Rose-Lore Imholz, Axel (Stadtkämmerer)	Coigné, Mechthild Gores, Wolfgang Jentsch Dr., Doris (seit 22.05.2014) Knauer, Christa (seit 11.09.2014) Kornmüller-Bolte, Daniela Kötschau, Sven (bis 31.08.2014) Nehrbaß, Helmut Dr. Reinhardt, Tilli-Charlotte Reiß, Thorsten Schlempp, Dieter Schüler, Ralph (bis 14.05.2014) Schuster, Rainer Skolik, Helga von Scheidt, Helmut Wolf, Gabriele

Der Oberbürgermeister wird von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt direkt gewählt. Die Amtszeit des Oberbürgermeisters beträgt sechs Jahre. Die nächste Wahl findet in 2019 statt.

Die hauptamtlichen Stadträte werden von der Stadtverordnetenversammlung gewählt. Deren Amtszeit beträgt ebenfalls sechs Jahre.

Die ehrenamtlichen Stadträte werden von der Stadtverordnetenversammlung für die Wahlzeit der Stadtverordnetenversammlung gewählt.

Der Magistrat vertritt die Stadt. Er ist deren Verwaltungsbehörde und besorgt nach den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung im Rahmen der bereitgestellten Mittel die laufende Verwaltung der LH Wiesbaden.

3.7 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

Im Haushaltsjahr 2014 standen durchschnittlich 4.240 Personen in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis. Im Einzelnen waren dies 987 Personen in einem Dienstverhältnis (Beamte/Beamtinnen) sowie 3.253 Personen in einem Arbeitsverhältnis (Arbeitnehmer/ArbeitnehmerInnen).

Jahresabschluss 2014

3.8 Haftungsverhältnisse

Die LH Wiesbaden ist Mitglied im Sparkassenzweckverband Nassau (ZVN) neben der Stadt Frankfurt sowie 4 Landkreisen in Hessen und 2 Landkreisen in Rheinland-Pfalz. Der Verband ist Mitglied im Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen. Er ist ein Zweckverband im Sinne des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 16.12.1969 und damit eine Körperschaft des öffentlichen Rechts (§ 1 der Satzung des Sparkassenzweckverbandes Nassau vom 13.12.1990, zuletzt geändert am 09.03.2011). Der Zweckverband ist Gewährträger der Nassauischen Sparkasse. Nach dem grundsätzlichen Wegfall der Gewährträgerhaftung in 2005 haftet ein Träger nur noch unter ganz bestimmten Bedingungen für Verbindlichkeiten seiner Sparkasse nach dem 31.12.2015 (z. B. bezüglich der Altersvorsorge).

Für die Verbindlichkeiten des Verbandes haften die Mitglieder untereinander nach dem Verhältnis der Gesamtbeträge der aus dem Gebiet der einzelnen Mitglieder stammenden Verbindlichkeiten aus dem Sparkassengeschäft gegenüber Kunden und aus den Schuldverschreibungen der Sparkasse und aus den Forderungen an Kunden mit Ausnahme der Forderungen aus Schuldscheindarlehen untereinander. Der Anteil der LH Wiesbaden beträgt aktuell 30 %. Ausgeschiedene Mitglieder können insoweit mit herangezogen werden, als die Ursache für ihre Haftung in der Zeit vor ihrem Ausscheiden liegt (§ 2 Abs. 4 der Satzung).

Die LH Wiesbaden hat diverse **Ausfallbürgschaften** übernommen. Die Höhe des Bürgschaftsrisikos zum 31.12.2014 betrug insgesamt 616.191 Tsd. €. Da diese Bürgschaften Eventualverbindlichkeiten darstellen, sind sie gemäß § 251 HGB hier aufgeführt:

	in Tsd. €
Bürgschaften für Außenstehende	6.699
Bürgschaften für Kapitalgesellschaften , deren Grund- bzw. Stammkapital sich unmittelbar oder mittelbar unter 50 % im Besitz der LH Wiesbaden befindet:	
Bürgschaften für Kapitalgesellschaften , deren Grund- bzw. Stammkapital sich unmittelbar oder mittelbar mindestens zu 50 % im Besitz der LH Wiesbaden befindet:	
WVW Wiesbaden Holding GmbH	204.050
GWW Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH	137.761
ESWE Versorgungs AG	73.784
Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken GmbH	65.584
GeWeGe Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der LH Wiesbaden mbH	66.592
ESWE Verkehrsgesellschaft mbH	25.184
SEG für Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH	15.770
AltenHilfe Wiesbaden GmbH	4.297
WIM Wiesbadener Immobilien Management GmbH	3.276
WIM Liegenschaftsfonds GmbH Co. KG	8.072
Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH	2.119
WI-Bau GmbH	2.938
HSK Pflege GmbH	65
Gesamt	616.191

Jahresabschluss 2014

Gegenüber den Entsorgungsbetrieben der LH Wiesbaden (ELW) wurde im Zusammenhang mit dem Bau einer Schlammdruckleitung sowie einer Zentrifugenstation eine Erklärung abgegeben. Danach wird die LH Wiesbaden im Falle eines Ausfalls der Firma InfraServ und, sofern dann für die o. a. getätigten Investitionen keine andere Nutzungsalternativen vorhanden sind, in eine mögliche Sonderabschreibung der ELW in Höhe des bis zu diesem Zeitpunkt nicht abgeschrieben Restwertes eintreten.

Vor Eintritt durch die LH Wiesbaden sind allerdings möglicherweise vorhandene Erträge aus den nichtgebührenrelevanten Bereichen der ELW anzurechnen. Die LH Wiesbaden trägt dann lediglich die verbleibende Differenz.

Die LH Wiesbaden hat sich bei zahlreichen Grundstücksgeschäften dazu verpflichtet, eventuell anfallende Kosten für die Beseitigung von Altlasten (u. a. Bodenverunreinigung, Kampfmittelräumung) zu übernehmen.

Beim Amt für Wirtschaft und Liegenschaften wird eine Aufstellung über diese Verpflichtungen geführt. Diese Liste der Haftungsverhältnisse ist nicht abschließend, da in einigen Fällen eine Altlastenübernahme ohne konkrete Summenbeschränkungen oder Laufzeiten vereinbart wurden.

3.9 Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen

Größere Mietverhältnisse der Landeshauptstadt Wiesbaden:

Gebäude	Vertragslaufzeit bis	Mietfläche in m ²	jährlicher Mietzins inkl. NK-Vorausz. in Tsd. €
Europaviertel (ohne Lagerflächen)	28.02.2020	7.247	1.097
Hasengartenstraße 21	30.11.2019	7.438	1.410
Schillerplatz 1-2	31.12.2014	8.286	1.447
Konradinallee 11	30.09.2039	16.721	3.797
Gustav-Stresemann- Ring 15	31.12.2027	22.628	4.779

Jahresabschluss 2014

Weitere finanzielle jährliche Verpflichtungen von erheblicher Bedeutung (> 1.000 Tsd. € p. a.):

Vertragliche Verpflichtung	Laufzeit	Kosten in 2014	Kosten 2015 ff
IT-Dienstleistungsvertrag mit WIVERTIS	01.01.2005-31.12.2014, danach jährliche Kündigung möglich	Mind. 8.412 Tsd. €	Derzeit Verlängerung jeweils um ein Jahr
Betriebskostenzuschüsse an Kindertagesstätten der freien Träger*	Unterschiedlich - je nach Träger	44.938 Tsd. €	mind. 46.297 Tsd. € p.a.
Straßenbeleuchtungsvertrag mit ESWE	01.01.1998-31.12.2015	1.200 Tsd. €	Vertragsverhandlungen laufen

* durch den Krippenausbau ist mit weiteren Kostensteigerungen durch höhere Betriebskostenzuschüsse in 2015 ff. zu rechnen

Jahresabschluss 2014

3.10 Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die vorliegende Vermögensrechnung ist in Euro aufgestellt. Die in der Eröffnungsbilanz sowie in den vergangenen Jahresabschlüssen dargestellten Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften werden grundsätzlich fortgeführt (Grundsatz der Bilanzkontinuität).

Alle Investitionen des **Anlagevermögens** der LH Wiesbaden wurden grundsätzlich mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten⁸⁸ aktiviert. Nicht entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände unterliegen dem Aktivierungsverbot. Investitionszuschüsse an Dritte sind als immaterielle Vermögensgegenstände ausgewiesen. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen ausschließlich linear. Die Nutzungsdauer für die einzelnen Wirtschaftsgüter orientiert sich im Allgemeinen an der kommunalen Abschreibungstabelle Hessen.

Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, sofern von einer dauerhaften Wertminderung auszugehen ist. Bei der Bewertung der **Finanzanlagen** kommen dabei in der Regel die fortgeführten Anschaffungs- und Herstellungskosten zur Anwendung. Ausnahme bilden die Eigenbetriebe, welche mit der fortgeführten Eigenkapitalspiegelbildmethode bewertet werden.

In 2013 wurde erstmals entschieden, Grundstücke, für die ein Erbbaurecht ab 01.01.2007 vergeben wurde, analog zur Bewertung in der Eröffnungsbilanz abzuwerten. In 2013 wurde ungefähr die Hälfte der betroffenen Flurstücke abgewertet, die restlichen Erbbaurechtsflurstücke wurden in 2014 abgewertet.

Für **Vorräte** wird aufgrund ihres wertmäßig geringen Bestandes bei der LHW eine Verbrauchsfiktion unterstellt und folglich kein Wert angesetzt.

Die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** werden mit ihrem Nennwert ausgewiesen. Dabei werden, differenziert nach Forderungsarten, angemessene Wertberichtigungen berücksichtigt.

Die Forderungen wurden entsprechend ihrer Art und des Alters in verschiedene Klassen eingeteilt, für die dann pauschale Berichtigungsraster definiert wurden. Forderungen an andere Behörden werden nicht wertberichtigt, Forderungen bei denen sich die Schuldner in einem laufenden Insolvenzverfahren befinden, werden generell i. H. v. 98 % bzw. 95 % (Gewerbesteuerforderungen) wertberichtigt.

Das pauschale Berichtigungsraster für Gewerbesteuerforderungen wurde für den Jahresabschluss 2012 erweitert: Gewerbesteuerforderungen die mehr als 5 Jahre überfällig sind, werden jetzt mit 100 % wertberichtigt.

Gewerbesteuerforderungen über 100 Tsd. € werden unabhängig von ihrem Alter zum Bilanzstichtag auf Werthaltigkeit überprüft und falls notwendig mit bis zu 100 % einzelwertberichtigt.

Die Forderungen und Verbindlichkeiten werden nicht saldiert ausgewiesen. Debitorische Kreditoren oder kreditorische Debitoren werden entsprechend zu den sonstigen Forderungen bzw. sonstigen Verbindlichkeiten umgegliedert.

⁸⁸ Im Folgenden AHK

Jahresabschluss 2014

Flüssige Mittel

Die flüssigen Mittel werden zum Nominalbetrag bilanziert.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden nur gebildet, wenn ihre Werte mit vertretbarem Aufwand ermittelbar sind und sie einen Betrag von 10.000 € übersteigen.

Eigenkapital

Die **Nettoposition** (Basiskapital) ergibt sich als Saldo durch den Vergleich von Vermögen mit (zweckgebundenen) Rücklagen, Sonderrücklagen und Schulden in der Eröffnungsbilanz. Sie verändert sich lediglich, wenn ein Verlustvortrag durch die Ergebnisse der folgenden 5 Jahre nicht ausgeglichen werden kann (§ 25 Abs. 3 S. 2 GemHVO-Doppik).

Sonderposten

Erhaltene investive Zuschüsse, Zuweisungen und Beiträge sind als Sonderposten ausgewiesen und werden, soweit sie einem einzelnen Vermögensgegenstand zuzuordnen sind, grundsätzlich ertragswirksam über den gleichen Zeitraum wie der „bezuschusste“ Vermögensgegenstand aufgelöst. In allen anderen Fällen erfolgt die Auflösung linear über die durchschnittliche Nutzungsdauer der entsprechenden Vermögenskategorie. Pauschale Investitionszuwendungen werden über 20 Jahre aufgelöst (z. B. Schulbaupauschale, allgemeine Investitionspauschale).

Gemäß § 41 Abs. 7 GemHVO-Doppik wird die Gebührenausgleichsrücklage Friedhöfe nicht mehr als zweckgebundene Rücklage ausgewiesen, sondern als Sonderposten.

Rückstellungen

Die Bildung der **Rückstellung für die Pensionsverpflichtungen** aufgrund von beamtenrechtlichen oder vertraglichen Ansprüchen ergibt sich aus § 39 Abs. 1 GemHVO-Doppik, Art und Umfang der zu gewährenden Leistungen ergeben sich aus dem Hessischen Beamtenversorgungsgesetz (HBeamtVG).

Der Bewertung der Pensionsverpflichtungen liegt der Datenbestand zum 01.10.2014 zugrunde.

Die Berechnung der Pensionsrückstellungen erfolgte nach dem Teilwertverfahren gemäß § 6a EStG. Den nach versicherungs-mathematischen Grundsätzen ermittelten Teilwerten liegt unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck ein Rechnungszinsfuß von 4,5 % zugrunde. Dieser Rechnungszinsfuß entspricht nicht dem in § 41 Abs. 5 GemHVO-Doppik vorgesehenen Rechnungszins von 6 %, sondern einem Mittelwert (der letzten Jahre) des für langfristige Anleihen erzielbaren Zinssatzes. Diese vorsichtige kaufmännische Kalkulation führt zwar zu einer höheren Zuführung an die Pensionsrückstellung, reduziert damit aber auch das Risiko einer unzureichenden Pensionsrückstellung bei der „Inanspruchnahme“ in späteren Jahren.

Die Bewertung unterstellt eine monatlich vorschüssige Zahlungsweise. Die Berücksichtigung der Anwartschaft auf Witwen- bzw. Witwergeld erfolgte nach der kollektiven Methode. Dabei wurde generell eine Anwartschaft auf Witwen- bzw. Witwergeld in Höhe von 60 % des Ruhe-

Jahresabschluss 2014

gehalts angesetzt, das der / die Verstorbene erhalten hat oder hätte erhalten können, wenn er / sie am Todestag in den Ruhestand getreten wäre. Die Anwartschaft auf Waisengeld wurde nicht berücksichtigt.

Bei der Bewertung der Pensionsverpflichtungen wurden mangels exakter Datenbasis folgende Näherungen angesetzt:

Als Eintrittsdatum für den Finanzierungsbeginn gemäß § 6a EStG sowie als Beginn der Dienstzeit zur Erfüllung der Wartezeit gemäß § 4 HBeamtVG wurde bei den Beamtinnen / Beamten der gemeldete Beginn der ruhegehaltsfähigen Dienstzeit zugrunde gelegt.

Zur Vermeidung des unverhältnismäßig hohen Aufwands, der bei der Ermittlung des durchschnittlichen Beschäftigungsgrades in jedem Einzelfall entstanden wäre, wurden pauschale Annahmen zum Arbeitszeitverhalten nach den Erfahrungswerten des Personal- und Organisationsamtes zugrunde gelegt. Die Beamtinnen und Beamten in Altersteilzeit wurden dabei gesondert betrachtet.

Die Zuschüsse nach der Hessischen Beihilfenverordnung stellen eine unmittelbare Verpflichtung der LH Wiesbaden dar. Während die Beihilfe für aktive Beamtinnen / Beamte Aufwand der laufenden Periode darstellt, ist für die Beihilfeverpflichtungen gegenüber Ausgeschiedenen eine **Rückstellung** zu bilden. Bei der Bewertung der **Beihilfeverpflichtungen** zum Stichtag 31.12.2014 wurde eine durchschnittliche Beihilfezahlung in Höhe von 4.100 € p. a. in Ansatz gebracht.

Die Ermittlung der **Rückstellung für Altersteilzeit** erfolgte auf Basis der Stellungnahme des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) vom 18.11.1998 zur Rechnungslegung (IDW RS HFA 3). Sie wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Anwendung eines Rechnungszinses von 4,5 % ermittelt. Der Bewertung der Altersteilzeitverpflichtungen liegt der Datenbestand zum 01.10.2014 zugrunde. Art und Umfang der zu gewährenden Leistungen sind für Beamtinnen / Beamte dem § 85 b des Hessischen Beamtengesetzes in Verbindung mit der „Verordnung über die Gewährung eines Zuschlags bei Altersteilzeit (Altersteilzeitzuschlagsverordnung - ATZV)“ in der am 31.08.2006 geltenden Fassung zu entnehmen. Für Tarifbeschäftigte sind Art und Umfang der Leistungen in dem „Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeitarbeit (TV ATZ)“ vom 05.05.1998 in der Fassung des Änderungstarifvertrages Nr. 2 vom 30.06.2000 festgelegt.

Die Rückstellung für das Leistungsentgelt nach § 18 TVöD errechnet sich aus der Differenz zwischen dem Gesamtvolumen für das Leistungsentgelt (2 % der ständigen Monatsentgelte des Vorjahres aller unter den TVöD fallenden Beschäftigten) und dem Teilbetrag i. H. v. 6 % des Tabellenentgelts des Monats Septembers, der im Dezember an die Beschäftigten ausgezahlt wird. Dieser Differenzbetrag wird entsprechend der Dienstvereinbarung jeweils im Juni des Folgejahres nach Leistungsgesichtspunkten ausgezahlt.

Bei den **Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten** handelt es sich überwiegend um Altlastenentsorgungsverpflichtungen, die über den ermittelten Wert des Grund und Bodens hinausgehen, deswegen nicht aktivisch abgesetzt werden können und auf der Passivseite als Rückstellungen ausgewiesen werden.

Die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen ungewisse Verbindlichkeiten z. B. für einen Anteil von ca. 30 % des negativen Eigenkapitals eines Zweckverbandes.

Jahresabschluss 2014

Im Jahresabschluss 2012 wurde im Vergleich zu den vorangegangenen Abschlüssen die Vorgehensweise bei der Ermittlung der **Instandhaltungsrückstellung** wiederum leicht korrigiert. Es wurden die Maßnahmen zugrunde gelegt, die zum Stand 31.12.2012 einen Ist-Betrag von jeweils > 50.000 € aufwiesen.

Da sich die Notwendigkeit und die Höhe der Rückstellung inhaltlich aus den einzelnen Maßnahmen ergeben, wurden diese Maßnahmen den betroffenen Ämtern vorgelegt. Bei der Beurteilung ob und in welcher Höhe eine Rückstellung zu bilden sei, legten die Ämter die folgenden Kriterien an:

- Die Maßnahme muss unbedingt erforderlich sein um ein unmittelbar drohendes Nutzungsverbot oder eine massive Nutzungseinschränkung zu verhindern (bzw. aufzuheben).
- Die Durchführung muss für das Jahr 2014 vorgesehen gewesen sein, kann aber erst im Jahr 2013 durchgeführt werden.

Der rückstellungsrelevante Anteil an den ausgewählten Maßnahmen wurde auf die Gesamtheit des Instandhaltungsaufwands hochgerechnet. **Dieses Verfahren hat sich im Verhältnis zur Höhe des Ergebnisses als zu aufwendig erwiesen.** Das Verfahren zur Ermittlung der Höhe der zu bildenden Instandhaltungsrückstellung wurde daher zum Jahresabschluss **2013** geändert. Auf Basis der Rückstellungshöhe des letzten Jahres wurde ein Quotient von 3,5 % der Instandhaltungsaufwendungen festgelegt. Das Verfahren wurde für den Jahresabschluss 2014 fortgesetzt.

Verbindlichkeiten sind zum voraussichtlichen Rückzahlungsbetrag angesetzt. Leibrenten wurden mit ihrem Barwert (Kapitalwert) bilanziert.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten werden nur gebildet, wenn ihre Werte mit vertretbarem Aufwand ermittelbar sind und sie einen Betrag von 10.000 € im Einzelfall übersteigen.

4. Tabellenteil

Jahresabschluss 2014

4.1 Anlagenspiegel (in Tsd. €)

Anlagevermögen	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Kumulierte Abschreibungen					Buchwert	
	Gesamte AK/HK am Beginn des Haushaltsjahres	Zugänge im Haushaltsjahr	Abgänge im Haushaltsjahr	Umbuchungen im Haushaltsjahr	Gesamte AK/HK am Ende des Haushaltsjahres	Kumulierte Abschreibungen am Beginn des Haushaltsjahres	Zuschreibungen im Haushaltsjahr	Abschreibungen im Haushaltsjahr	Umbuchungen im Haushaltsjahr	Kumulierte Abschreibungen am Ende des Haushaltsjahres	am 31.12. des Haushaltsjahres	am 31.12. des Vorjahres
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1. Immaterielle Vermögensgegenstände												
1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	9.224	1.430	1.472	169	9.352	6.230	0	1.020	0	5.779	3.573	2.994
1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	72.625	2.430	5.078	505	70.482	26.619	0	5.355	0	26.896	43.586	46.006
Summe 1.	81.849	3.860	6.550	674	79.833	32.849	0	6.375	0	32.675	47.158	49.000
2. Sachanlagevermögen												
2.1 Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	465.526	11.790	3.440	157	474.033	1.425	0	1.138	0	2.131	471.902	464.101
2.2 Bauten, einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	656.648	58.140	646	11.314	725.456	226.027	0	11.151	0	237.003	488.453	430.621
2.3 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	1.113.234	7.182	743	9.094	1.128.767	711.436	0	19.762	0	730.854	397.913	401.798
2.4 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	205	3	0	0	208	38	0	12	0	50	158	167
2.5 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	62.153	45.778	865	1.125	108.192	35.086	0	5.754	0	40.042	68.150	27.068
2.6 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	64.146	34.233	833	-22.363	75.183	0	0	0	0	0	75.183	64.146
Summe 2.	2.361.914	157.127	6.528	-674	2.511.839	974.012	0	37.817	0	1.010.078	1.501.760	1.387.901
3. Finanzanlagevermögen												
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	467.303	0	0	0	467.303	11.624	127	4.880	0	16.377	450.926	455.679
3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	67.091	1.008	1.623	0	66.476	0	0	0	0	0	66.476	67.091
3.3 Beteiligungen	184	0	0	0	184	0	0	0	0	0	184	184
3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	17.486	0	242	0	17.244	0	0	0	0	0	17.244	17.486
3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	35.700	0	0	-35.700	0	0	0	0	0	0	0	35.700
3.6 Sonstige Finanzanlagen	42.324	1.374	1.051	35.700	78.347	0	0	0	0	0	78.347	42.324
Summe 3.	630.087	2.382	2.916	0	629.554	11.624	127	4.880	0	16.377	613.177	618.463
4. Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	173.640	0	0	0	173.640	0	0	0	0	0	173.640	173.640
Gesamtsumme (1. bis 4.)	3.247.490	163.370	15.993	0	3.394.866	1.018.485	127	49.072	0	1.059.131	2.335.735	2.229.004

Jahresabschluss 2014

4.2 Forderungsspiegel

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	Zu Beginn des Haushaltsjahres Tsd. €	Zum Ende des Haushaltsjahres Tsd. €	Restlaufzeiten		
			bis zu einem Jahr (bis 31.12.2015) Tsd. €	ein bis fünf Jahren (01.01.16 - 31.12.19) Tsd. €	über fünf Jahre (ab 01.01.2020) Tsd. €
1. Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	52.927	46.227	9.071	6.123	31.033
2. Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	23.580	18.319	18.319		
3. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.303	633	633		
4. Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen	21.521	28.579	28.579		
5. Sonstige Vermögensgegenstände	22.091	13.307	13.305	2	
Summe	121.422	107.065	69.907	6.125	31.033

4.3 Verbindlichkeitspiegel

Verbindlichkeiten	Zu Beginn des Haushaltsjahres Tsd. €	Zum Ende des Haushaltsjahres Tsd. €	Restlaufzeiten		
			bis zu einem Jahr (bis 31.12.2015) Tsd. €	ein bis fünf Jahren (01.01.16 - 31.12.19) Tsd. €	über fünf Jahre (ab 01.01.2020) Tsd. €
1. Anleihen					
2. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen					
2.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	309.945	350.447	15.625	66.753	268.069
2.2 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	35.877	34.296	3.381	11.723	19.192
2.3 Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten	1.371	1.303	1	32	1.270
3. Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	89	46	46	-	-
4. Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	13.542	2.688	2.688	-	-
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	11.053	10.384	10.384	-	-
6. Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	4.130	3.488	3.488	-	-
7. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	11.439	23.093	23.093	-	-
8. Sonstige Verbindlichkeiten	42.905	40.029	40.029	-	-
Summe	430.351	465.774	98.735	78.508	288.531

Jahresabschluss 2014

4.4 Eigenkapitalpiegel

Eigenkapital	Anfangsstand	Verwendung des Jahresergebnis aus dem Vorjahr	Veränderungen aus dem laufenden Jahr	Endstand
	01.01.2014 EUR	2014 EUR	2014 EUR	31.12.2014 EUR
I. Nettosition	1.259.089.688			1.259.089.688
II. Rücklagen	65.125.728	27.566.953		92.692.681
Rücklagen aus Überschüssen des ordentl. Ergebnisses	52.017.276	27.566.953		79.584.229
Rücklagen aus Überschüssen des außerordentl. Ergebnisses	11.224.491			11.224.491
<u>Sonderrücklage</u> Stiftungskapital	1.883.961			1.883.961
III. Verluste aus Vorjahren	0			0
IV. Jahresergebnis	27.566.953			-16.407.288
Eigenkapital inkl. Jahresergebnis	1.351.782.369			1.335.375.081

Jahresabschluss 2014

4.5 Rückstellungsspiegel

	Anfangsstand 01.01.2014 EUR	Verbrauch 2014 EUR	Auflösung 2014 EUR	Zuführung 2014 EUR	Endstand 31.12.2014 EUR
Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	467.773.565		489.377	13.830.362	481.114.550
Pensionsrückstellung	415.715.413			6.978.609	422.694.022
Rückstellung Altersteilzeit	940.157		489.377		450.780
Rückstellung Beihilfe Versorgungsempfänger	51.117.995			6.851.753	57.969.748
Rückstellung für Finanzausgleich und Steuern	125.375	49.283		345.954	422.046
Rückstellung für die Sanierung von Altlasten	458.664	35.916	25.855	183.093	579.986
sonstige Rückstellungen	25.758.591	13.852.100	2.132.025	4.031.949	13.806.414
Rückstellung für Leistungsentgelt	5.483.982	3.603.600		1.964.067	3.844.449
Rückstellung Lebensarbeitszeitkonto	4.372.284			288.850	4.661.134
Rückstellung für unterlassene Instandhaltungen	935.601		935.601	967.652	967.652
Sonstige Rückstellungen	14.966.724	10.248.500	1.196.424	811.381	4.333.180
Photovoltaikanlage	165.133	43.617	121.516		
Deckung neg. Eigenkapital KGRZ	1.240.169				1.240.169
Offene NK-Forderung Luisenforum	197.658				197.658
Rückforderung Bildungs- und Teilhabepaket	2.940.954	1.866.046	1.074.908		
Drohende Verlustübernahme Triwicon	8.000.000	8.000.000			
Rückforderung zuviel erhaltener Eingliederungsleistungen SGB II	2.036.716				2.036.716
Rückbau Bauernbrücke	386.095	338.838			47.257
Rückerst. Gebühren Ausländerbehörde				180.000	180.000
Zinsverpflicht. Soz. Stadt.				385.000	385.000
Betriebskosten Hasengartenstr. 25 (2011-2013)				113.912	113.912
Betriebskosten Schillerplatz 1-3 (2013)				132.469	132.469
Gesamt	494.116.194	13.937.300	2.647.257	18.391.359	495.922.996

Jahresabschluss 2014

4.6 Übersicht über die fremden Finanzmittel

Forderungen	Anfangsstand 2014 EUR	Endstand 2014 EUR
sonst. Forderung aus Personalkostenabwicklung für verbundene Unternehmen und Beteiligungen	392,78	1.000,00
Summe Forderungen ggü. verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen	392,78	1.000,00
Vorverkauf Caligari	7.619,01	1.121,42
Bundesanteile Gebühren	0,00	10.841,99
sonst. Forderung aus Personalkostenabwicklung für sonstige Dritte	872,50	326,50
Summe sonstige Vermögensgegenstände	8.491,51	12.289,91

Verbindlichkeiten	Anfangsstand 2014 EUR	Endstand 2014 EUR
sonst. Verbindlichkeiten aus Umsatzsteuerabwicklung für verbundene Unternehmen und Beteiligungen	98.407,22	0,00
Grundkapital Stiftungen	880.958,36	880.958,36
Verwendbares Kapital Stiftungen	4.441.346,83	4.486.335,18
Summe Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen	5.420.712,41	5.367.293,54
sonstige Verbindlichkeiten aus Personalkostenabwicklung für Dritte	81.344,49	81.825,37
Erich-Haub-Zais-Stiftung	43.732,69	34.619,68
Georg-Konell-Preis	19.440,96	14.506,95
Christian-Zais-Preis	13.977,56	14.026,48
Gebühren für Kraftfahrtbundesamt	13.972,32	14.299,82
sonstige durchlaufende Gelder	303.120,86	185.801,87
sonstige Verbindlichkeiten Great Spas of Europe	0,00	127.123,80
Erbschaft Kubis	118.466,01	141.444,60
Verbindlichk. a. Bambini-Landesprogramm	2.801.172,06	4.823.649,21
Verbindlichkeiten ggü. Land komm.soziale Hilfen	34.520,09	36.159,07
Bundesanteile Gebühren	41.981,39	0,00
Landesanteil Fehlbelegungsabgabe	221.026,67	4.178,00
sonstige Verbindlichkeiten	3.692.755,10	5.477.634,85

Jahresabschluss 2014

4.7 Teilergebnisrechnung Wiesbaden

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2013	Fortgeschriebener Ansatz des Haushalts-jahres 2014	Ergebnis des Haushalts-jahres 2014	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-13.787.419	-15.404.821	-14.201.753	-1.203.067
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-35.748.534	-34.404.790	-38.394.555	3.989.765
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-17.311.991	-17.038.506	-18.640.197	1.601.691
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	-1.052.770	-1.630.000	-1.086.846	-543.154
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-513.029.129	-458.269.480	-459.296.803	1.027.323
6	Erträge aus Transferleistungen	-161.526.009	-160.318.880	-163.425.086	3.106.206
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-188.316.487	-181.671.715	-182.672.321	1.000.605
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-14.105.301	-16.372.566	-13.338.706	-3.033.860
9	Sonstige ordentliche Erträge	-32.583.149	-27.073.946	-53.772.614	26.698.668
10	Summe der ordentlichen Erträge	-977.460.790	-912.184.704	-944.828.880	32.644.177
11	Personalaufwendungen	199.735.002	208.003.050	208.551.973	-548.923
12	Versorgungsaufwendungen	45.759.256	36.617.378	38.508.460	-1.891.081
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	136.089.289	148.002.885	144.184.525	3.818.360
14	Abschreibungen	57.396.543	53.475.723	61.950.072	-8.474.349
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	104.391.898	106.810.118	103.560.651	3.249.467
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	105.131.075	99.113.860	95.416.722	3.697.138
17	Transferaufwendungen	331.745.202	327.799.326	344.889.527	-17.090.202
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-21.872.130	-24.163.109	-25.394.162	1.231.053
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	958.376.135	955.659.230	971.667.767	-16.008.537
20	Verwaltungsergebnis	-19.084.655	43.474.526	26.838.887	16.635.640
21	Finanzerträge	-34.967.368	-47.248.970	-37.379.754	-9.869.216
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	17.071.328	19.636.300	20.272.545	-636.245
23	Finanzergebnis	-17.896.041	-27.612.670	-17.107.208	-10.505.462
24	Ordentliches Ergebnis	-36.980.696	15.861.856	9.731.678	6.130.178
25	Außerordentliche Erträge	-17.352.310	-18.216	-3.837.071	3.818.856
26	Außerordentliche Aufwendungen	30.433.091	4.364	6.812.486	-6.808.122
27	Außerordentliches Ergebnis	13.080.781	-13.852	2.975.415	-2.989.267
28	Jahresergebnis	-23.899.915	15.848.005	12.707.093	3.140.912

Jahresabschluss 2014

4.8 Teilergebnisrechnung AKK

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2013	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2014	Ergebnis des Haushaltsjahres 2014	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-781.060	-695.330	-777.213	81.883
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.651.408	-1.837.370	-1.814.153	-23.217
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-74.093	-73.190	-190.521	117.331
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	-139.474	0	-116.940	116.940
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-41.921.473	-44.694.620	-40.890.019	-3.804.601
6	Erträge aus Transferleistungen	-363.679	-302.820	-334.160	31.340
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-13.391.632	-11.931.352	-12.033.302	101.950
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-2.060.882	-2.732.527	-2.601.729	-130.798
9	Sonstige ordentliche Erträge	-1.324.183	-2.777.429	-327.442	-2.449.987
10	Summe der ordentlichen Erträge	-61.707.884	-65.044.638	-59.085.478	-5.959.160
11	Personalaufwendungen	4.634.069	5.351.353	5.678.856	-327.502
12	Versorgungsaufwendungen	61.654	72.400	53.268	19.132
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.038.295	6.824.091	8.410.077	-1.585.986
14	Abschreibungen	4.914.120	4.606.803	4.933.312	-326.509
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	4.529.785	5.202.503	4.137.827	1.064.675
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	10.070.688	10.089.100	10.657.097	-567.997
17	Transferaufwendungen	874.532	1.041.575	902.120	139.456
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	25.340.096	28.464.740	27.706.471	758.269
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	58.463.238	61.652.565	62.479.027	-826.462
20	Verwaltungsergebnis	-3.244.645	-3.392.074	3.393.549	-6.785.623
21	Finanzerträge	-873.698	-678.450	-532.421	-146.029
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.249.215	2.085.000	1.264.315	820.685
23	Finanzergebnis	375.518	1.406.550	731.894	674.656
24	Ordentliches Ergebnis	-2.869.127	-1.985.524	4.125.443	-6.110.967
25	Außerordentliche Erträge	-990.732	0	-1.308.073	1.308.073
26	Außerordentliche Aufwendungen	192.821	0	882.825	-882.825
27	Außerordentliches Ergebnis	-797.911	0	-425.248	425.248
28	Jahresergebnis	-3.667.039	-1.985.524	3.700.195	-5.685.719

Jahresabschluss 2014

4.9 Teilergebnisrechnungen der Dezernate Wiesbaden und AKK

Dezernat I

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2013	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2014	Ergebnis des Haushaltsjahres 2014	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-821	-697	-752	55
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.458	-2.726	-2.729	3
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-592	-556	-636	80
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	-20	-22	-27	5
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-168	0	-37	37
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	0	-289	0	-289
9	Sonstige ordentliche Erträge	-256	-716	-829	113
10	Summe der ordentlichen Erträge	-4.315	-5.007	-5.010	3
11	Personalaufwendungen	28.590	29.029	29.416	-387
12	Versorgungsaufwendungen	8.113	9.060	8.571	489
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	20.133	19.913	19.795	117
14	Abschreibungen	3.790	3.883	4.244	-362
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	2.447	1.745	2.508	-762
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	34	0	34
17	Transferaufwendungen	11	0	0	0
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	44	48	69	-21
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	63.129	63.712	64.603	-890
20	Verwaltungsergebnis	58.814	58.706	59.593	-887
21	Finanzerträge	0	0	0	0
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5	0	0	0
23	Finanzergebnis	5	0	0	0
24	Ordentliches Ergebnis	58.819	58.706	59.593	-887
25	Außerordentliche Erträge	-48	-13	-34	21
26	Außerordentliche Aufwendungen	144	1	34	-33
27	Außerordentliches Ergebnis	96	-12	0	-11
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	58.915	58.694	59.593	-898
29	Ergebnis aus dLV	-1.409	-324	-1.198	874
30	Ergebnis aus Umlagen	-9.425	-9.756	-11.275	1.518
31	Ergebnis aus internen Leistungen	-10.835	-10.080	-12.472	2.392
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	48.080	48.614	47.121	1.494

Jahresabschluss 2014

Dezernat II

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2013	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2014	Ergebnis des Haushaltsjahres 2014	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-862	-805	-859	54
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-6.593	-7.097	-7.037	-60
3	Kostensersatzleistungen und -erstattungen	-6.171	-6.300	-7.125	825
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-46	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	-161.557	-160.396	-163.430	3.033
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-56.331	-60.069	-62.260	2.191
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	0	-611	0	-611
9	Sonstige ordentliche Erträge	-6.169	-7.287	-3.179	-4.108
10	Summe der ordentlichen Erträge	-237.730	-242.566	-243.889	1.323
11	Personalaufwendungen	80.153	83.533	85.552	-2.019
12	Versorgungsaufwendungen	5.505	6.758	5.927	832
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	22.210	27.397	27.612	-215
14	Abschreibungen	9.677	5.036	6.069	-1.033
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	56.261	52.511	54.597	-2.086
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	332.130	328.841	345.720	-16.880
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	19	20	21	0
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	505.954	504.097	525.497	-21.401
20	Verwaltungsergebnis	268.224	261.530	281.608	-20.078
21	Finanzerträge	-70	-8	-10	2
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	54	0	315	-315
23	Finanzergebnis	-16	-8	305	-314
24	Ordentliches Ergebnis	268.208	261.522	281.914	-20.391
25	Außerordentliche Erträge	-784	0	-321	321
26	Außerordentliche Aufwendungen	2.513	0	436	-436
27	Außerordentliches Ergebnis	1.728	0	114	-114
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	269.937	261.522	282.028	-20.506
29	Ergebnis aus dLV	769	831	749	82
30	Ergebnis aus Umlagen	21.880	20.819	26.331	-5.512
31	Ergebnis aus internen Leistungen	22.649	21.650	27.080	-5.430
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	292.585	283.172	309.108	-25.936

Jahresabschluss 2014

Dezernat III

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2013	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2014	Ergebnis des Haushaltsjahres 2014	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-9.004	-8.513	-9.186	673
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-3.773	-3.290	-3.572	282
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	-105	-79	-208	129
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-19	-3	-11	8
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	0	-93	0	-93
9	Sonstige ordentliche Erträge	-782	-753	-837	85
10	Summe der ordentlichen Erträge	-13.684	-12.731	-13.815	1.084
11	Personalaufwendungen	17.597	18.667	18.246	422
12	Versorgungsaufwendungen	3.649	4.188	3.641	547
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.666	6.341	8.328	-1.987
14	Abschreibungen	1.367	1.428	1.440	-12
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	1.113	1.092	1.181	-89
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	81	0	78	-78
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.051	1.298	1.557	-260
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	33.525	33.015	34.471	-1.457
20	Verwaltungsergebnis	19.840	20.283	20.656	-373
21	Finanzerträge	-24	0	-5	5
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	360	6	38	-32
23	Finanzergebnis	335	6	33	-26
24	Ordentliches Ergebnis	20.175	20.290	20.689	-399
25	Außerordentliche Erträge	-4.683	0	-3.855	3.855
26	Außerordentliche Aufwendungen	6.149	0	1.513	-1.513
27	Außerordentliches Ergebnis	1.466	0	-2.342	2.342
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	21.642	20.290	18.347	1.943
29	Ergebnis aus dLV	108	1.439	126	1.313
30	Ergebnis aus Umlagen	-12.327	-15.830	-14.925	-905
31	Ergebnis aus internen Leistungen	-12.219	-14.390	-14.798	408
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	9.423	5.900	3.548	2.351

Jahresabschluss 2014

Dezernat IV

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2013	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2014	Ergebnis des Haushaltsjahres 2014	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 / Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-37	-3.589	-60	-3.529
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-8.609	-5.065	-9.046	3.981
3	Kostensersatzleistungen und -erstattungen	-1.538	-1.165	-1.470	305
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-160	-24	-312	288
6	Erträge aus Transferleistungen	-11	0	0	0
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-556	-2.097	-497	-1.600
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-2.539	-4.246	0	-4.246
9	Sonstige ordentliche Erträge	-381	-2.899	-329	-2.570
10	Summe der ordentlichen Erträge	-13.830	-19.084	-11.713	-7.371
11	Personalaufwendungen	20.986	21.882	21.440	441
12	Versorgungsaufwendungen	1.694	1.618	1.684	-66
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	32.560	22.254	21.825	429
14	Abschreibungen	19.507	20.114	19.624	490
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	145	575	116	460
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	0	0	0	0
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	96	2.834	100	2.734
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	74.988	69.277	64.789	4.488
20	Verwaltungsergebnis	61.157	50.193	53.076	-2.883
21	Finanzerträge	-2	0	0	0
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	70	-70
23	Finanzergebnis	-2	0	70	-70
24	Ordentliches Ergebnis	61.155	50.193	53.146	-2.953
25	Außerordentliche Erträge	-247	0	-661	660
26	Außerordentliche Aufwendungen	348	2	302	-300
27	Außerordentliches Ergebnis	101	2	-359	361
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	61.256	50.194	52.786	-2.592
29	Ergebnis aus dLV	-2.812	-4.925	-2.855	-2.070
30	Ergebnis aus Umlagen	-8.688	3.597	1.866	1.731
31	Ergebnis aus internen Leistungen	-11.499	-1.327	-989	-339
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	49.757	48.867	51.798	-2.931

Jahresabschluss 2014

Dezernat V

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2013	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2014	Ergebnis des Haushaltsjahres 2014	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-2.102	-1.118	-2.046	928
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-738	-1.204	-762	-442
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-2.212	-2.531	-2.150	-381
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	-85	-4	-5	2
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-10.365	-10.128	-10.549	421
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	0	-4.931	0	-4.931
9	Sonstige ordentliche Erträge	-952	-1.081	-1.072	-9
10	Summe der ordentlichen Erträge	-16.453	-20.997	-16.584	-4.413
11	Personalaufwendungen	20.217	21.403	21.129	274
12	Versorgungsaufwendungen	1.410	1.318	1.471	-153
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	35.343	36.774	41.458	-4.684
14	Abschreibungen	10.928	11.979	10.488	1.491
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	27.402	29.271	28.837	434
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	398	0	-7	7
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	51	55	19	37
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	95.748	100.800	103.394	-2.594
20	Verwaltungsergebnis	79.295	79.803	86.810	-7.007
21	Finanzerträge	-4	0	0	0
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3	0	0	0
23	Finanzergebnis	-1	0	0	0
24	Ordentliches Ergebnis	79.294	79.803	86.810	-7.007
25	Außerordentliche Erträge	-1.522	0	-4	4
26	Außerordentliche Aufwendungen	116	0	418	-418
27	Außerordentliches Ergebnis	-1.406	0	413	-413
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	77.888	79.803	87.223	-7.420
29	Ergebnis aus dLV	1.305	668	1.305	-638
30	Ergebnis aus Umlagen	6.383	5.043	5.147	-104
31	Ergebnis aus internen Leistungen	7.688	5.710	6.453	-742
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	85.576	85.514	93.676	-8.162

Jahresabschluss 2014

Dezernat VI

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2013	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2014	Ergebnis des Haushaltsjahres 2014	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-344	-190	-316	126
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-707	-716	-777	61
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-121	-237	-281	44
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	0	0	0	0
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-948	-932	-950	18
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	0	-314	0	-314
9	Sonstige ordentliche Erträge	-15.977	-15.545	-16.710	1.165
10	Summe der ordentlichen Erträge	-18.097	-17.934	-19.034	1.100
11	Personalaufwendungen	7.600	7.940	7.749	191
12	Versorgungsaufwendungen	1.205	1.357	1.170	187
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.005	5.881	7.013	-1.132
14	Abschreibungen	863	738	675	63
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	21.451	12.116	12.788	-672
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	0	0	0	0
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	153	1	496	-495
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	35.277	28.032	29.890	-1.858
20	Verwaltungsergebnis	17.181	10.098	10.857	-758
21	Finanzerträge	-23.564	-3.355	-3.702	347
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	1	-1
23	Finanzergebnis	-23.563	-3.355	-3.701	346
24	Ordentliches Ergebnis	-6.382	6.743	7.156	-413
25	Außerordentliche Erträge	-2.410	0	-127	127
26	Außerordentliche Aufwendungen	12.608	0	4.880	-4.880
27	Außerordentliches Ergebnis	10.198	0	4.754	-4.754
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	3.815	6.743	11.909	-5.166
29	Ergebnis aus dLV	16	-81	-17	-64
30	Ergebnis aus Umlagen	739	-562	-3.822	3.260
31	Ergebnis aus internen Leistungen	755	-643	-3.838	3.195
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	4.571	6.100	8.071	-1.971

Jahresabschluss 2014

Dezernat VII

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2013	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2014	Ergebnis des Haushaltsjahres 2014	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	3	4	5	6	7
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.399	-1.189	-1.761	572
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-18.293	-19.433	-19.857	424
3	Kostensersatzleistungen und -erstattungen	-430	-485	-1.011	526
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	-112	-120	-89	-31
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-175	-61	-119	58
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	0	-71	0	-71
9	Sonstige ordentliche Erträge	-1.795	-1.571	-2.557	986
10	Summe der ordentlichen Erträge	-22.205	-22.930	-25.393	2.463
11	Personalaufwendungen	28.510	30.600	30.282	317
12	Versorgungsaufwendungen	2.269	2.390	2.267	123
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	22.248	25.788	26.476	-688
14	Abschreibungen	3.454	1.744	3.906	-2.162
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	103	247	57	190
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	0	0	0	0
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	53	45	51	-6
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	56.638	60.814	63.040	-2.226
20	Verwaltungsergebnis	34.434	37.884	37.647	237
21	Finanzerträge	-1.925	-3.343	-2.310	-1.033
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	0	0	0
23	Finanzergebnis	-1.925	-3.343	-2.310	-1.033
24	Ordentliches Ergebnis	32.509	34.541	35.337	-795
25	Außerordentliche Erträge	-8.649	-5	-143	138
26	Außerordentliche Aufwendungen	8.749	1	114	-113
27	Außerordentliches Ergebnis	100	-4	-30	26
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	32.609	34.537	35.307	-770
29	Ergebnis aus dLV	828	557	685	-127
30	Ergebnis aus Umlagen	1.438	-3.311	-3.323	12
31	Ergebnis aus internen Leistungen	2.265	-2.754	-2.639	-115
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	34.874	31.784	32.668	-885

Jahresabschluss 2014

Allgemeine Finanzwirtschaft

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2013	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2014	Ergebnis des Haushaltsjahres 2014	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-2.548	-2.548	-2.586	39
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	-1.630	0	-1.630
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-554.744	-502.940	-499.875	-3.065
6	Erträge aus Transferleistungen	0	0	0	0
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-133.147	-120.312	-120.282	-30
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-13.627	-8.550	-15.940	7.391
9	Sonstige ordentliche Erträge	-7.595	0	-28.587	28.587
10	Summe der ordentlichen Erträge	-711.661	-635.980	-667.271	31.292
11	Personalaufwendungen	717	301	417	-116
12	Versorgungsaufwendungen	21.975	10.000	13.830	-3.830
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	961	10.480	87	10.392
14	Abschreibungen	12.725	13.161	20.438	-7.277
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	0	14.454	7.615	6.839
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	115.202	109.169	106.074	3.095
17	Transferaufwendungen	0	0	0	0
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	1	-1
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	151.580	157.564	148.461	9.103
20	Verwaltungsergebnis	-560.081	-478.415	-518.810	40.394
21	Finanzerträge	-10.251	-41.221	-31.885	-9.336
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	17.897	21.715	21.113	602
23	Finanzergebnis	7.646	-19.506	-10.773	-8.734
24	Ordentliches Ergebnis	-552.436	-497.922	-529.582	31.661
25	Außerordentliche Erträge	0	0	0	0
26	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0
27	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	-552.436	-497.922	-529.582	31.661
29	Ergebnis aus dLV	0	0	0	0
30	Ergebnis aus Umlagen	0	0	0	0
31	Ergebnis aus internen Leistungen	0	0	0	0
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	-552.436	-497.922	-529.582	31.661

Jahresabschluss 2014

4.10 Budgetabschluss Investitionsmaßnahmen

(Stand 08.05.2014, Angaben in Tsd. €)

Bezeichnung		Überleitung aus 2013	Ansatz 2014	aktualisierter Ansatz 2014	Ist 2014	Restbudget 2014 / max. Überleitung
Dezernat I						
Maßnahmen (Ist > 100 Tsd. €)		5.355	34.748	61.079	53.728	7.352
I.02258	52 SH Platz der deutschen Einheit BgA	0	0	20.257	20.256	0
I.03413	52 Neubau Gewerbe Pl. d. Dt. Einheit	0	31.240	19.957	18.299	1.658
I.02257	52 Platz der Deutschen Einheit - Tiefg.	0	0	11.217	11.217	0
I.01840	52 INV-Zuschuss - TV Kostheim	1.180	0	1.180	900	280
I.03976	52 SP - Igstadt, Neubau Kunstrasen	1.000	0	951	813	138
I.03499	10 BGH Naurod Generalsanierung/Erweit	80	700	780	591	189
I.03699	52 SP - Amöneburg, Neubau Haus der Ver	166	0	317	286	31
I.03692	52 SP - Rheinhöhe, Neubau Fktgeb.	808	0	912	187	725
I.02985	10 BGH Medenbach Neubau	350	1.573	2.254	162	2.092
I.03547	10 BGH Haus der Vereine Dotzheim Neubau	116	808	924	161	764
I.02628	10 BGH Erbenheim Sanierung	170	0	170	146	24
I.03716	52 INV-Zuschuss - TuS Medenbach	32	427	764	139	625
I.03998	52 SP - Sonnenberg, Neubau Fktgeb.	547	0	690	132	558

Jahresabschluss 2014

Bezeichnung		Überleitung aus 2013	Ansatz 2014	aktualisierter Ansatz 2014	Ist 2014	Restbudget 2014 / max. Überleitung
Dezernat I						
I.03798	52 KA - Breckenheim, Erneuerung Tribüne	215	0	215	119	96
I.03542	52 SP NW-Sportanlage - Neubau Kunstrasen	207	0	157	110	47
I.03981	10 OV Schierstein Anbau Außenaufzug	194	0	194	107	87
I.03590	52 SP - Rheinhöhe, Neubau Kunstrasen 2	290	0	140	103	38
Maßnahmen (Ist < 100 Tsd. €)		25.677	1.572	6.053	-325	6.872
Beschaffungen		2.165	1.462	3.436	1.213	2.223
Gesamt		33.198	37.782	70.569	54.616	16.447

(Stand Ende Mai 2015)

Jahresabschluss 2014

Bezeichnung		Überleitung aus 2013	Ansatz 2014	aktualisierter Ansatz 2014	Ist 2014	Restbudget 2014 / max. Überleitung
Dezernat II						
Maßnahmen (Ist > 100 Tsd. €)		8.653	2.857	19.003	16.125	2.877
I.03086	51 Ersatzneubau Kita Geschw.-Stock-Pla	558	2.129	4.210	4.210	0
I.02627	36 Kessel/Wellritzbach Abtr.Umsetzung	4.736	0	4.736	2.357	2.379
I.03573	51 Neubau Kita Wörtherseestraße	0	0	1.755	1.755	0
I.01455	36 HWL Hofgartenplatz 2.BA	380	450	1.525	1.525	0
I.03804	51 KT Wolfsfeld Neubau Krippe	0	0	1.297	1.297	0
I.03255	510203 Ev.KT Dotzheim Ersatzneub.+Erwe	593	0	783	800	-18
I.03748	51 KT Künstlerviertel Anbau 2 Krippeng	0	0	466	466	0
I.03257	510203 Ev.KT Johannesgem.Ersatz+Erweit	210	150	450	450	0
I.02084	51 Neubau Kleinkinderhaus S.Veiter Pla	402	0	403	403	0
I.00599	36 Sonnenberg Hochwasserschutz	536	0	745	385	360
I.03885	510203 Ev.KT Auferstehung 2 Krippengr.	0	0	372	372	0
I.03803	51 KT Wallauer Str. Anbau	0	0	330	330	0
I.02578	51Invzusch.Stephanus Umbau Sanierung K	300	0	300	250	50
I.04045	51.5103 EVIM Wohngruppe E.-Ollenaer	0	0	250	250	0
I.03289	36 WRRL Mosbach Schlosspark	290	0	290	246	44

Jahresabschluss 2014

Bezeichnung		Überleitung aus 2013	Ansatz 2014	aktualisierter Ansatz 2014	Ist 2014	Restbudget 2014 / max. Überleitung
Dezernat II						
I.01585	51 Ersatzneubau Kita Schlangenbader St	219	0	219	239	-20
I.01642	51 Kita Hellkund Erweiterung um eine G	152	0	215	215	0
I.03676	51.510203 Krippenausb.48 DRK	0	0	180	180	0
I.01909	51 Investiv städt. KTs Freiflächen WI	75	128	160	146	14
I.02034	36 HWS BP3 Wickerbach	202	0	202	134	68
I.04292	51 Zusch. SJR Zeltplatz Sanitärgebäude	0	0	115	115	0
Programme		14.255	9.465	22.748	3.605	19.144
	Soz. Stadt Bieb./Südost Inv II	3.298	1.200	3.526	1.177	2.350
	Soz. Stadt Westend Inv II	281	0	281	72	209
	Wohnungsbau Dez. II Wiesbaden+ AKK	10.676	8.265	18.941	2.356	16.585
Maßnahmen (Ist < 100 Tsd. €)		12.010	6.016	13.865	809	13.056
Beschaffungen		707	640	1.250	476	774
Gesamt		35.626	18.978	56.868	21.017	35.851

(Stand Ende Mai 2015)

Jahresabschluss 2014

Bezeichnung		Überleitung aus 2013	Ansatz 2014	aktualisierter Ansatz 2014	Ist 2014	Restbudget 2014 / max. Überleitung
Dezernat III						
Maßnahmen (Ist > 100 Tsd. €)		4.702	15.000	20.590	6.390	-888
I.03414	93 Investitionszuschuss Neubau RMH	4.702	15.000	19.702	5.502	0
I.04173	80 Ank. Hessenring 48 Nordenstadt	0	0	783	783	-783
I.04097	80 Ank Wiesbaden Flur 40 von Csury	0	0	105	105	-105
Maßnahmen (Ist < 100 Tsd. €)		3.666	0	3.258	125	0
Beschaffungen		358	220	410	118	0
Gesamt		8.726	15.220	24.257	6.633	-888

(Stand Ende Mai 2015)

Jahresabschluss 2014

Bezeichnung		Überleitung aus 2013	Ansatz 2014	aktualisierter Ansatz 2014	Ist 2014	Restbudget 2014 / max. Überleitung
Dezernat IV						
Maßnahmen (Ist > 100 Tsd. €)		5.436	2.868	9.323	6.970	2.352
I.01845	66 WIN Glarusstraße	625	2.108	2.733	1.913	820
I.02388	66 WIN HWS Sonnenberg Straßenbau 2.BA	1.116	400	1.534	1.240	294
I.02732	66 WIN Stadtplatz / Platz d. deut. Ein	1.200	0	1.039	738	300
I.01521	66 WIN Söhnleinstraße K648	919	360	1.279	675	604
I.02057	66 WIN KP Konrad-Zuse-Straße/Daimlerri	640	0	640	618	22
I.01513	66 WIN Wilfried-Ries-Straße	0	0	456	456	0
I.03466	66 05 Baulanduml. östl. Anna-Birle-Str	0	0	449	449	0
I.03385	66 WIN KP K634/B455/Luftbrückenstraße	205	0	205	275	-70
I.04049	66 WIN Mainzer Str./Gartenfeldstr.	500	0	466	218	248
I.03645	66 AIN EM Anna-Birle-Str. östl. Gehweg	0	0	176	176	0
I.04134	66 WIN KP Siegfr.ring/Brunhildenstr./L	0	0	245	111	134
I.02673	66 ZU WIN Wandersmannstraße Parkplatz	231	0	101	101	0

Jahresabschluss 2014

Bezeichnung	Überleitung aus 2013	Ansatz 2014	aktualisierter Ansatz 2014	Ist 2014	Restbudget 2014 / max. Überleitung
Dezernat IV					
Programme	4.083	3.064	7.523	3.912	3.614
Straßenbeleuchtungsanlagen INV WI	1.161	1.567	2.727	1.234	1.494
Fahrbahndeckenprogramm INV WI	451	707	1.193	678	515
Verkehrssicherung Fahr-/Gehwege INV	158	150	541	541	0
Dorfplatzprogramm INV WI	1.374	0	1.174	466	709
Ingenieurbauwerke INV WI	427	240	968	392	576
Parkscheinautomaten Erneuerung INV	165	150	315	239	77
Lichtsignalanlagen INV WI	290	150	467	229	238
Wirtschaftswege INV WI	57	100	138	133	5
Maßnahmen (Ist < 100 Tsd. €)	6.311	15.687	10.992	676	10.318
Beschaffungen	494	412	1.851	305	1.546
Gesamt	16.325	22.031	29.691	11.864	17.829

(Stand Ende Mai 2015)

Jahresabschluss 2014

	Bezeichnung	Überleitung aus 2013	Ansatz 2014	aktualisierter Ansatz 2014	Ist 2014	Restbudget 2014 / max. Überleitung
Dezernat V Schulen u. a.						
Maßnahmen (Ist > 100 Tsd. €)		518	5.747	6.490	2.073	4.417
I.03440	40 Th.-Fliedner-Schule Ausbau Vollgymn	500	2.767	3.267	883	2.384
I.04226	40 Brückenschule Sanierung	0	0	1.866	598	1.268
I.00914	40 Diltheyschule Sanierung	0	0	180	180	0
I.00546	40 Joh.-Maaß-Schule Neubau	18	2.070	397	158	239
I.03722	40 Albert-Schweitzer-Schule Neubau	0	510	459	141	318
I.00003	40 Kerschensteinerschule Erweiterung 2	0	400	321	113	208
Programme		3.353	192	10.477	1.874	8.605
	Betreuung an Grundschulen (inkl. Einzelmaß- nahmen)	2.992	0	10.126	1.585	8.541
	Schulbudget (Beschaffungen)	361	192	354	289	64
Maßnahmen (Ist < 100 Tsd. €)		4.930	10.969	4.411	294	4.117
Beschaffungen (ohne Schulbudget)		1.062	1.209	2.657	1.665	991
Gesamt		9.863	18.117	24.037	5.907	18.131

(Stand Ende Mai 2015)

Jahresabschluss 2014

Bezeichnung		Überleitung aus 2013	Ansatz 2014	aktualisierter Ansatz 2014	Ist 2014	Restbudget 2014 / max. Überleitung
Dezernat V Kultur						
Maßnahmen (Ist > 100 Tsd. €)		6.482	0	3.675	2.970	706
I.01834	41 Zuschuss an Kuk Ersatzneubau	3.822	0	1.762	1.657	106
I.03335	41 Neuer Standort Stadtbibliothek	2.634	0	1.784	1.210	575
I.00174	41 Beschaffungen Musikakademie	26	0	129	103	25
Maßnahmen (Ist < 100 Tsd. €)		20.635	3.058	22.229	132	22.096
Beschaffungen (ohne I.03335)		351	267	621	186	435
Gesamt		27.468	3.325	26.525	3.288	23.237

(Stand Ende Mai 2015)

Jahresabschluss 2014

Bezeichnung		Überleitung aus 2013	Ansatz 2014	aktualisierter Ansatz 2014	Ist 2014	Restbudget 2014 / max. Überleitung
Dezernat VI						
Maßnahmen (Ist > 100 Tsd. €)		1.853	450	2.303	1.802	501
I.02688	20 mattiaqua Investitionszuschuss	355	0	355	355	0
I.03333	20 IT-M Produktivgang e-Akte	1.498	450	1.698	1.207	491
I.03935	20 WinKoSi/PIWI (Ratsinformationssyste	0	0	250	240	10
Maßnahmen (Ist < 100 Tsd. €)		1.355	0	380	25	355
Beschaffungen		432	24	502	9	492
Gesamt		3.640	474	3.185	1.838	1.348

(Stand Ende Mai 2015)

Jahresabschluss 2014

Bezeichnung		Überleitung aus 2013	Ansatz 2014	aktualisierter Ansatz 2014	Ist 2014	Restbudget 2014 / max. Überleitung
Dezernat VII						
Maßnahmen (Ist > 100 Tsd. €)		1.439	482	4.880	1.568	3.313
I.03264	67 Neukonzeption Kulturpark	0	0	1.840	381	1.459
I.03472	67 G Quartiersplatz Platz dt. Einheit	783	0	1.500	246	1.254
I.03664	67 Grünfläche Mathildenhof AKK	202	0	218	203	15
I.03683	67 Fuchs-Dachs-Anlage INV	0	25	404	134	270
I.00249	67 G KFZ Beschaffungen Grünflächen	306	172	484	278	206
I.00375	67 Beschaffung für Friedhöfe	93	200	294	193	102
I.00245	67 G Beschaffung Maschinen Grünflächen	55	85	140	133	7
Maßnahmen (Ist < 100 Tsd. €)		726	598	1.161	199	990
Beschaffungen		584	498	987	292	694
Gesamt		2.748	1.578	7.027	2.059	4.997

(Stand Ende Mai 2015)